

48. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. Mai 1996, 10 Uhr,
in München

Geschäftliches	3334	zur Verwendung der 2. Tranche der Privatisierungserlöse	
Geburtstagswünsche für die Abg. Erwin Schneider, Frau Marianne Schieder und Kreuzer	3334	Ministerpräsident Dr. Stoiber	3334, 3369
Eintritt des Abg. Dr. Runge in den Landtag.....	3334	Frau Renate Schmidt (SPD)	3344
Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten		Alois Glück (CSU)	3353
		Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3360
		Schösser (SPD)	3366
		Schluß der Sitzung	3375

(Beginn: 10.00 Uhr)

Präsident Böhm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 48. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten und die Debatte werden von Fernsehen und Hörfunk des Bayerischen Rundfunks unmittelbar übertragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich noch einige Glückwünsche aussprechen. Am 11. Mai vollendete Herr Kollege Erwin Schneider sein 35. Lebensjahr.

(Beifall)

Heute feiern Frau Kollegin Marianne Schieder und Herr Kollege Thomas Kreuzer ihren Geburtstag.

(Beifall)

Im Namen des Hohen Hauses und persönlich gratuliere ich der Kollegin und den Kollegen sehr herzlich und wünsche ihnen weiterhin viel Glück und Erfolg bei der Erfüllung ihrer parlamentarischen Arbeit.

Als neuen Kollegen begrüße ich in unserer Mitte Herrn Dr. Martin Runge als Nachfolger für den ausgeschiedenen Kollegen Sepp Daxenberger.

(Beifall)

Herr Kollege Dr. Runge, ich heiße Sie willkommen und wünsche Ihnen für Ihre parlamentarische Tätigkeit viel Erfolg.

Nun rufe ich den einzigen Tagesordnungspunkt der heutigen Vollsitzung auf, nämlich die

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur Verwendung der 2. Tranche der Privatisierungserlöse

und erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner Regierungserklärung vom 8. Dezember 1994 habe ich die Fortsetzung der Privatisierungsoffensive der Bayerischen Staatsregierung angekündigt. Der Freistaat Bayern hat mit Wirkung vom 1. Juli 1995 die Versicherungsunternehmen der Bayerischen Versicherungskammer an die Bayerischen Sparkassen verkauft. Was privatwirtschaftlich organisierte Versicherungsgesellschaften heute gut erfüllen können, muß nicht mehr Aufgabe des Staates sein.

Der Verkauf der Bayerischen Versicherungskammer war auch eine bedeutende strukturpolitische Weichenstellung. Die Sparkassen als flächendeckender Finanzdienstleister

wurden gestärkt. Im Verbund mit diesen werden sich die über 3000 Arbeitsplätze der Versicherungskammer in Bayern im liberalisierten und damit wesentlich schwierigeren europäischen Versicherungsmarkt besser behaupten können.

Die „Offensive Zukunft Bayern“ in ihren beiden Teilen umfaßt insgesamt 5,3 Milliarden DM. Mit diesen Mitteln stellen wir entscheidende Weichen für eine gute Zukunft Bayerns. Nicht besitzen, sondern gestalten ist der oberste Grundsatz unserer Beteiligungspolitik. Die 2. Tranche der Privatisierungserlöse beträgt rund 2,3 Milliarden DM.

Die Staatsregierung schlägt die Verwendung dieser Mittel in enger Abstimmung mit der CSU-Fraktion vor. Für die enge und gute Kooperation danke ich den Mitgliedern der CSU-Fraktion mit Alois Glück an der Spitze sehr herzlich.

Mit dem ersten Teil der „Offensive Zukunft Bayern“ haben wir rund 3 Milliarden DM in erster Linie in Wissenschaft, Technologie und neue Märkte investiert. Wir haben uns auf strategische Innovationsfelder und auf Schlüsselprojekte unserer Zukunft konzentriert.

Ein Vergleich unserer Privatisierungsoffensive, im Rahmen des kooperativen Föderalismus, mit Initiativen in Niedersachsen und Hamburg macht den Qualitätsunterschied deutlich: Bayern investiert in die Zukunft, diese SPD-geführten Länder stopfen mit Privatisierungserlösen Haushaltslöcher. Das ist Verscherbeln von Tafelsilber.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem zweiten Teil „Offensive Zukunft Bayern“ setzen wir um, was wir öffentlich angekündigt haben. Wir werden die vorgesehenen Einzelprojekte im 2. Nachtragshaushalt dem Landtag zur Zustimmung vorlegen. Es bleibt dabei:

Wir wollen die soziale Infrastruktur Bayerns stärken.

Wir wollen mehr Umweltschutz durchsetzen. Hierfür stellen wir 400 Millionen DM zur Verfügung.

Wir werden der Kultur Bayerns neue Akzente verleihen. Hierfür stellen wir 672 Millionen DM zur Verfügung.

Ursprünglich wollten wir die Erlöse aus der Privatisierung der Bayerischen Versicherungskammer ausschließlich in diese Felder investieren. Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der wirtschaftlichen Strukturprobleme legen wir aber im zweiten Teil der „Offensive Zukunft Bayern“ den entscheidenden Schwerpunkt auf beschäftigungswirksame Maßnahmen, auf Investitionen in die Infrastruktur, einschließlich Sozialem, und auf die Förderung von Innovationen. Von den genannten 2,3 Milliarden DM werden dafür, also für Beschäftigung und Soziales, 1,23 Milliarden DM verwendet. Allein im staatlichen Bereich wenden wir für beschäftigungswirksame Baumaßnahmen rund 800 Millionen DM auf.

Die Vorschläge der SPD zur Verwendung der Privatisierungserlöse waren konfus. In dem Zusammenhang darf ich an die in den Jahren 1994 und 1995 geführten Debatten erinnern. Frau Schmidt wollte zuerst Staatsschulden abbauen, während der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion die Privatisierung weitgehend ablehnte und für eine höhere Staatsverschuldung eintrat. Dann wollte Frau Schmidt - gegen die Verfassung - mit den Privatisierungserlösen die Schulden der Kommunen abbauen. Herr Schmid wollte lieber 2 bis 3 Milliarden DM allein für Solartechnologie und Chipproduktion ausgeben. Die Dissonanz innerhalb der SPD war auch hier perfekt.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Das ist doch Geschichtsklitterung! - Zuruf der Frau Abgeordneten Renate Schmidt (SPD))

- Wenn Sie hier „Geschichtsklitterung“ rufen, muß ich Ihnen entgegen: Das trifft nicht zu. Sie sollten einmal nachlesen, was Ihre Sprecher hierzu vor zwei Jahren gesagt haben. - In den letzten Monaten hat die SPD offensichtlich dankbar unsere Ankündigungen zu dieser Privatisierung aufgegriffen. Das zeigt: Die Kreativität der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion reicht auch noch für diese Opposition.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Die Frage nach der Verwendung der Privatisierungserlöse stellt sich heute auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt: Die jüngsten Steuerschätzungen haben uns die dramatische Lage der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden drastisch vor Augen geführt. Insgesamt sind in Deutschland für die Jahre 1996 und 1997 gegenüber der bisherigen Finanzplanung Steuerminderungseinnahmen in Höhe von mehr als 88 Milliarden DM zu erwarten. Allein für Bayern bedeutet dies Einnahmeausfälle in Höhe von zirka 1,29 Milliarden DM. Ich hoffe, daß in diesem Hause niemand auf die Idee kommt, diese Einnahmeausfälle durch Privatisierungserlöse kompensieren zu wollen. Denn Sparen kann durch nichts ersetzt werden.

Bayern - das spüre ich auch immer im Kreise meiner Kolleginnen und Kollegen - hat stets sparsam gewirtschaftet und ist in Deutschland das Land mit den geringsten Schulden. Ein solider Haushalt hat für uns Vorrang vor Neuverschuldung. So beträgt die Zinslastquote in Bayern rund 3,3 %, in Niedersachsen aber mehr als 10 und im Saarland gar 17 %. Durch Verringerung der Kreditaufnahme - diese war vor allem wegen des frühzeitigen Eingangs der Privatisierungserlöse möglich - haben wir rund 280 Millionen DM an Zinsausgaben einsparen können. Der Finanzminister hat sich darüber außerordentlich gefreut.

Auch wir müssen noch mehr als bisher sparen und im Rahmen unseres Haushalts Schwerpunkte setzen. Während andere aber nur sparen können, geben uns die Privatisierungserlöse die Möglichkeit, gezielt in die für mehr Beschäftigung relevanten Felder sowie in die soziale, ökologische und kulturelle Infrastruktur zu investieren. Mit den Privatisierungserlösen investieren wir außerhalb des regulären Haushalts in die Zukunft. Das

gibt es in dieser Größenordnung nirgendwo sonst in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit ihren beiden Teilen ist die „Offensive Zukunft Bayern“ ein Programm, das Mut machen soll; denn Zukunft braucht Mut. Der globale internationale Wettbewerb ist die große Herausforderung für uns. Wir haben aber keinen Grund, davor in die Knie zu gehen. Wir müssen die Globalisierung offen annehmen. Die „Offensive Zukunft Bayern“ leistet dazu im Rahmen der Möglichkeiten, die wir in Bayern haben, einen herausragenden Beitrag.

In einem globalen Markt konkurrieren zunehmend nicht nur Unternehmen mit ihren Produkten und Dienstleistungen, sondern auch Standorte um Kapital, Arbeit und Wissen. Lohn und Lohnzusatzkosten, steuerliche Belastungen, gesetzliche Auflagen und behördliche Genehmigungsverfahren stehen heute im internationalen Wettbewerb. Hier haben wir an Attraktivität verloren. Manche Wissenschaftler wandern aus Deutschland aus, weil ihre Forschungstätigkeit behindert wird. Wo zum Beispiel genehmigte gentechnische Versuchsfelder systematisch zerstört werden, wird Zukunft verhindert. So locken wir auch keine Köpfe in unser Land.

Meine Damen und Herren, wir wollen diesen Entwicklungen mit allen Kräften entgegenwirken, auch mit Hilfe der Privatisierungserlöse. Wir verlieren Industriearbeitsplätze; Dienstleistungsarbeitsplätze entstehen nicht von selbst. Wir müssen uns dem globalen Wettbewerb offensiv stellen. Wir brauchen dazu erstens mehr Markt und weniger Versorgungsmentalität in der sozialen Marktwirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Unsinn!)

Das „Svenska Dagbladet“ charakterisierte Deutschland dieser Tage so: „zu fett, zu unbeweglich und zu bequem. Erstarrt in überkommenen Regeln und Besitzständen, servicefeindlich und hoffnungslos veraltet im Denken.“

(Zurufe von der SPD)

- Meine Damen und Herren von der SPD, daß Sie nur in diesen Kategorien denken können, ist Ihr Problem. Sie scheinen die wahren Probleme nicht zu kennen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

So empfehle ich Ihnen, ein bißchen intensiver mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, mit den Sozialistinnen und Sozialisten in Europa, von Österreich bis zur Schweiz, von Frankreich über England, Schweden und Holland zu diskutieren. Wenn Sie das täten, würden Sie vielleicht anders reden, als Sie es gegenwärtig tun.

(Beifall bei der CSU)

Die „New York Times“ analysiert:

In Deutschland wird viel über Reform geredet, aber nur selten zur Tat geschritten. ... Einige Amerikaner glauben, daß die Deutschen vergessen haben, was harte Arbeit bedeutet.

Das stimmt so pauschal mit Sicherheit nicht. Aber es muß uns zu denken geben, wenn im Ausland immer mehr Stimmen so über uns urteilen. Vor zehn oder zwanzig Jahren hat man über die „Englische Krankheit“ gesprochen, über den Mangel an Modernität der englischen Volkswirtschaft. Es ist für mich schon bedrückend, daß heutzutage deutsche Politiker gerade von den westlichen Partnern immer stärker mit Begriffen wie „German Angst“ und „German disease“, also „deutsche Krankheit“, konfrontiert werden und daß diese Länder in der Tat sehr herablassend auf unseren deutschen Standort blicken. Das darf uns nicht ruhen lassen. Auch wenn nicht alles stimmt, was uns vorgeworfen wird, müssen wir darauf antworten. Denn wir zimmern heute die Grundlagen für die Zukunft, die Grundlagen für die Bürgerinnen und Bürger von morgen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Wir müssen uns immer wieder auf den Kern der sozialen Marktwirtschaft konzentrieren. So müssen wir aufhören, uns mehr zu leisten, als wir leisten. Im verschärften internationalen Wettbewerb überfordern unsere Ansprüche an das Sozialsystem und zum Teil auch unsere ökologischen Standards unsere Unternehmen, Arbeitnehmer wie Unternehmer.

Ludwig Erhards Appell - damals oft verhöhnt - „maßhalten“ ist heute aktueller denn je.

(Max von Heckel (SPD): Wohlstand für alle, hat der Erhard gesagt!)

Wer nicht den Kollaps unserer Sozialversicherungssysteme riskieren will, muß bereit sein zu sparen, und zwar bei der Lohnfortzahlung, bei Kuren, beim Urlaub, bei Renten

(Max von Heckel (SPD): Bei der Vermögensteuer, nicht wahr!)

und beim Zahnersatz. Mit Demonstrationen und Jammern werden wir in unserer Gesellschaft die dringend nötigen Veränderungen nicht erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie von der SPD glauben, an diese Stelle „Vermögensteuer“ einwerfen zu können,

(Max von Heckel (SPD): Ja!)

sollten Sie zur Kenntnis nehmen, daß die nationale Kraft in Europa nicht ausreicht, um die Dinge wie bisher festzuhalten. Kapital ist heute so beweglich wie nie zuvor. Warum sind denn diese und ähnliche Steuern, angefangen von Schweden über Österreich, Belgien, Holland bis hin zu England, abgeschafft worden?

(Frau Renate Schmidt (SPD): In Schweden ist die Vermögensteuer um 1 % erhöht worden!)

Auch wir können letztlich nicht anders; denn sonst wandert das Kapital in andere Länder ab.

(Walter Engelhardt (SPD): Tolle Begründung!)

Wir brauchen Arbeitsplätze und Investitionen in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Was sich Schweden und andere Länder zumuten, muß auch für uns wenigstens teilweise ertragbar sein, und deshalb sage ich noch einmal: Wir müssen uns - so ernst wir alle Einwendungen nehmen - darüber im klaren sein, daß wir mit Demonstrationen und Jammern in unserer Gesellschaft die dringend nötigen Veränderungen nicht erreichen werden. Regierende Sozialisten anderswo in Europa verlangen den Bürgern viel mehr ab als die Bonner Regierungskoalition den Deutschen.

(Lachen bei der SPD - Alois Glück (CSU): Ja, das ist die Realität!)

Die soziale Marktwirtschaft ist nur funktionsfähig bei einem ausgewogenen Verhältnis zwischen volkswirtschaftlicher Leistung und sozialer Wohlfahrt, zwischen Eigenverantwortung und Solidarität, zwischen Eigenleistung und Sozialleistungen.

Bundespräsident Herzog bezeichnete die USA vor kurzem als „Reservat bewährter Tugenden: voller Zuversicht, Unternehmungslust, Innovations- und Pioniergeist“. Von diesem Mut zur Zukunft, so sagte er, könnten wir Deutsche lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich gebe ihm recht: Wir werden - wenn ich so sagen darf - ein wenig amerikanischer werden müssen.

(Widerspruch bei der SPD)

Aber ich betone mit Nachdruck: Ich will kein wirtschaftliches und soziales System

(Max von Heckel (SPD): Des hire and fire!)

des Wettbewerbs um jeden Preis - und des hire and fire. Der Staatsregierung geht es um den Erhalt auch der sozialen Solidarität in unserem Land.

(Widerspruch bei der SPD - Dr. Scholz (SPD): Davon habe ich nichts gemerkt!)

Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, Sie fordern höhere Steuern,

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie führen sie ein!)

Ökosteuern und Vermögensteuer. Wenn es aber wirklich ums Sparen geht, tauchen Sie ab und blockieren im Bundesrat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Damit machen Sie es sich zu leicht. Ihre Vorschläge sind nicht geeignet, unsere Wirtschaft zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Leitartikel, die das ausdrücken, sind geradezu Legion. Dem Leitartikel in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“, in dem Sie meine Damen und Herren von der SPD, als „Neinsager ohne Konzepte“ qualifiziert werden, kann ich vorbehaltlos zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Offensive im globalen Wettbewerb heißt aber nicht nur mehr Markt, sondern auch mehr geistige Leistung, mehr technische Innovation, weniger Ängstlichkeit und Verweigerung. Auch unsere Ausbildung muß Spitzenanforderungen gerecht werden, wenn wir weiterhin zu den führenden Industrienationen dieser Welt gehören wollen. Besorgt muß uns machen, daß mittlerweile zwischen 12 und 13% der BMW-Ingenieure Engländer sind.

(Dr. Kaiser (SPD): BMW hat schließlich auch Rover gekauft!)

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß andere in Konkurrenz zu uns treten. Zwar kennen wir unsere Stärken; wir kennen aber auch unsere Defizite. Deshalb arbeiten wir an Verbesserungen. Die Staatsregierung wird im Herbst im Landtag Vorschläge für eine Hochschulreform vorlegen.

Neue Arbeitsplätze werden vor allem in Dienstleistung und in modernen Zukunftstechnologien entstehen. Dazu gehören Kommunikationstechnologie' Gentechnologie' Biotechnik' Biomedizin, Material- und Energieforschung sowie Umwelttechnik. Wir wollen neue, hochwertige Arbeitsplätze in Bayern, und deshalb fördern wir Zukunftstechnologien. Wer, wie die GRÜNEN, den neuen Forschungsreaktor in Garching verhindern will, der „demonstriert“ Arbeitsplätze ins Ausland.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dies zeigt erneut: Die GRÜNEN sind, wenn sie überhaupt aufhören zu streiten, eine Partei für das Schlaraffenland, für ein Land, in dem Milch und Honig fließen, aber nicht für Deutschland, wo hart um Arbeitsplätze gerungen werden muß.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Beschäftigung in einem solidarischen Bayern zu schaffen, das ist aktuell die wichtigste Aufgabe. Daher investieren wir jetzt in der „Offensive Zukunft Bayern“ rund 1,23 Milliarden DM, also mehr als die Hälfte der Privatisierungserlöse, in Beschäftigung und soziale Infrastruktur. Wir richten einen Arbeits- und Sozialfonds ein. Wir stellen Mittel für Qualifizierung und regionale arbeitsplatzschaffende Investitionen zur Verfügung. Wir fördern innovative Technologien und wir stärken die regionale Infrastruktur. Mit den Maßnahmen, die ich Ihnen heute vorschlage, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des gegenwärtigen strukturellen Umbruchs

zur Sicherung von Bayerns Zukunft als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort und zu einer vernünftigen Sozialpolitik auf solider Grundlage.

Erstens. Wir schlagen einen Arbeits- und Sozialfonds in Höhe von 400 Millionen DM vor.

Im Rahmen der Verhandlungen zu einem Beschäftigungspakt Bayern haben Gewerkschaften und Arbeitgeber übereinstimmend eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vorgeschlagen. Mit dem Arbeits- und Sozialfonds wollen wir diese Vorschläge aufgreifen und verwirklichen. Er ist ein Angebot an Gewerkschaften und Arbeitgeber für eine kooperative Beschäftigungspolitik.

Die Verteilung der jährlichen Fondserträge auf Arbeitsmarkt- und Sozialmaßnahmen ist noch nicht festgelegt. Wir wollen dies gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern im Beschäftigungspakt am 11. Juni dieses Jahres erörtern. Ich hoffe, daß wir dann im Rahmen eines Beschäftigungspaktes ein gemeinsames Signal für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Bayern setzen können.

Heute will ich Ihnen unsere Vorstellungen für die Verwendung der Fondsmittel beispielhaft darlegen:

Wir schlagen vor, einen Experimentiertopf für neue Wege in die Arbeit einzurichten. Mitarbeiter in finanzschwachen kleinen und mittleren Unternehmen könnten damit für den technologischen Wandel qualifiziert werden. Wir denken an die Finanzierung von Regiestellen. Sie sollen durch Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von unternehmerischem Wissen den Übergang in eine neue Beschäftigung oder in die Selbständigkeit vorbereiten und steuern. Wir denken auch an die Mitfinanzierung regionaler Arbeitsmarktinitiativen und von Modellprojekten wie Dienstleistungszentren. Sie könnten als Arbeitgeber den Einsatz von Arbeitnehmern koordinieren, zum Beispiel auch in Privathaushalten.

Wir denken an den Ausbau der Arbeitnehmerüberlassung in gemeinnütziger Trägerschaft. Sie soll vor allem Langzeitarbeitslose wieder in den regulären Arbeitsmarkt eingliedern helfen. Wir denken auch daran, Frauen, die besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, den Schritt in die Selbständigkeit zu erleichtern.

Ihr Anteil an Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus betrug 1995 lediglich 21 %. Mit einem einmaligen Startzuschuß könnte ihnen der Schritt in die Selbständigkeit erleichtert werden.

Mit der Koordinierung der regionalen Arbeitsmarktinitiativen und Modellprojekte wollen wir neu eingerichtete Beschäftigungsreferate bei den Bezirksregierungen beauftragen.

Daneben wollen wir aus dem Fonds auch Maßnahmen insbesondere für Familien und Kinder sowie für kranke Menschen finanzieren:

Wir wollen das Angebot an Kinderhorten ausbauen. Wie beim Ausbau der Kindergärten gilt auch hier: Andere

reden, wir handeln. Schauen Sie sich das in den anderen Ländern an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ein besonderes Anliegen ist uns die Betreuung schwerkranker und sterbender Patienten. Sie sollen ihre letzte Lebensphase würdig erleben können. Wir wollen die stationäre und ambulante Hospizarbeit sowie Palliativstationen fördern. Dort kann man modellhaft die Erfahrungen und Kenntnisse sammeln, die für die seelische Betreuung und optimale Schmerztherapie von Sterbenden notwendig sind.

Zweitens. Wir werden mit zirka 250 Millionen DM ein Arbeitsplatzprogramm auflegen. Es wird in strukturschwachen Gebieten neue Unternehmen unterstützen, bestehende Arbeitsplätze erhalten sowie neue Arbeitsplätze und Qualifizierung fördern. Auch dies ist ein Beitrag der Staatsregierung für einen Beschäftigungspakt in Bayern.

Wir werden die regionale Wirtschaftsförderung mit zusätzlich 70 Millionen DM in den vom strukturellen Wandel besonders betroffenen Fördergebieten verbessern. Drei Jahre werden wir Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen mit einem Fördersatz im Regelfall von bis zu 25 %, Investitionen größerer Unternehmen mit 15 % fördern. Diese zusätzlichen Mittel fließen in die Regionen Hof/Wunsiedel, Tirschenreuth/Neustadt an der Waldnaab teilweise Amberg/Amberg-Sulzbach sowie Schweinfurt/Haßberge.

Wir helfen den Städten Nürnberg, Fürth und Augsburg bei der Lösung ihrer strukturpolitischen Probleme:

Wir schlagen vor, Nürnberg, Fürth und Augsburg in die landeseigene Regionalförderung einzubeziehen. Mit 70 Millionen DM sollen arbeitsplatzschaffende Investitionen mittlerer Unternehmen mit einem Förderhöchstsatz von 7,5 %, und kleiner Unternehmen von bis zu 15 % unterstützt werden.

Wir wollen den Wirtschaftsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen zu einem Kompetenzzentrum für Verkehrs- und Telekommunikationstechnologie sowie Medizintechnik ausbauen. Dazu entwickeln wir in enger Zusammenarbeit mit den Städten, den Kammern und den Gewerkschaften Leitprojekte zum Aufbau zukunftsträchtiger Wissenschafts- und Unternehmensstrukturen. Dafür haben wir 70 Millionen DM eingeplant.

Wir unterstützen die Errichtung eines „Technologieparks Mittelfranken“. Dafür stocken wir zunächst die im ersten Teil der Offensive Zukunft Bayern vorgesehenen Mittel für einen „Technologiepark Nürnberg-Fürth-Erlangen“ um weitere 10 Millionen DM auf. Wir wollen international wettbewerbsfähige Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den richtungsweisenden Kompetenzfeldern wie Verkehrs- und Kommunikationstechnik in enger Kooperation mit entsprechenden Hochschulforschungseinrichtungen bündeln. In diesem Technologiepark sollen neue Ideen vom Labor zur Produktion reifen, hier soll Forschung nahtlos zu Produkten führen. An der Nahtstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft entscheidet

sich letzten Endes, ob Deutschland seine Spitzenstellung halten kann.

Wir wollen in Augsburg die Entwicklung eines Kompetenzzentrums für Umwelttechnologie und neue Materialien anstoßen. Dazu haben wir unsere ursprüngliche Absicht, mit 145 Millionen DM den Neubau des Landesamtes für Umweltschutz in Grub zu errichten, zugunsten Augsburgs geändert. Mit dem Institut für Abfallforschung und dem umwelttechnologischen Gründerzentrum erhält die drittgrößte bayerische Stadt einen Grundstock an umwelttechnologischer Kompetenz, von dem eine Signalkwirkung für neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze ausgehen soll.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, daß damit in bereits getroffene Dispositionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes eingegriffen wird. Ich bitte aber um Verständnis für diese strukturpolitische Entscheidung. Verständnis habe ich natürlich auch für die Enttäuschung in Grub und im Landkreis Ebersberg. Die Staatsregierung wird prüfen, wie für den Raum Grub ein Ausgleich geschaffen werden kann.

Mit 20 Millionen DM wollen wir einen Kapitalfonds der Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft Bayerns einrichten. Damit kann die Kapitalbeteiligungsgesellschaft über die bisherigen Bundes- und Landesgarantien hinaus stille Beteiligungen eingehen. Insbesondere bei grundlegenden innovativen Umstrukturierungen und Erweiterungen kann so die oft unzureichende Eigenkapitalbasis kleiner und mittlerer Unternehmen gestärkt und ihre Kreditwürdigkeit verbessert werden.

Wir werden die Eigenkapitalausstattung der Kreditgarantiegemeinschaften von Handel und Handwerk durch eine Einlage in Höhe von 10 Millionen DM verbessern. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen in Handel und Handwerk haben häufig Schwierigkeiten, für den Geschäftsbetrieb dringend benötigte zusätzliche Kredite zu erhalten. Die Kreditgarantiegemeinschaften unterstützen die Unternehmen durch Übernahme von Bürgschaften. Damit können wir Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte dies auch als ein klares Signal an die Menschen verstanden wissen, die im Mittelstand tätig sind, dort ein Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, oft nicht auf die Arbeitszeit schauen können, und die auch noch ein anderes Verhältnis als Großbetriebe zum Arbeitnehmer haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden den Meisterpreis auf landwirtschaftliche und hauswirtschaftliche Berufe ausweiten. Dazu stocken wir den hierfür angelegten Förderfonds um 10 Millionen DM auf. Damit unterstreichen wir auch den hohen Stellenwert der beruflichen Bildung in Bayern.

Drittens. Wir fördern mit 240 Millionen DM Innovationen in Wissenschaft und Technologie:

Die Staatsregierung schlägt vor, das Leibniz-Rechenzentrum zu einem Zentrum für Höchstleistungsrechnen bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften auszubauen. Dazu investieren wir 60 Millionen DM in einen Höchstleistungsrechner. Universitäten sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der Privatwirtschaft werden die Kapazität dieses in weiten Teilen der Hochtechnologie unverzichtbaren Super-Computers nutzen können. Sie erhalten damit ein wichtiges Hilfsmittel, um sich in Forschung und technologischer Entwicklung behaupten zu können.

Mit 55 Millionen DM wollen wir den Neubau der Zentralverwaltung der Fraunhofer-Gesellschaft fördern. Damit sichern wir in einem schwierigen Konkurrenzkampf den Sitz dieser hochangesehenen Einrichtung der angewandten Forschung in München. Bayern bleibt damit auch in Zukunft Standort der beiden angesehensten Forschungseinrichtungen Deutschlands: der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft. Man muß sich das vor Augen halten, meine Damen und Herren. Deutschland ist größer geworden. Damit ist auch die Standortauseinandersetzung größer geworden. Viele haben natürlich gehofft - ich habe dafür Verständnis -, jetzt eine der ganz großen Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft zu erhalten. Es ist uns aber gelungen, beide Gesellschaften mit in der Zentrale in Bayern zu halten. Das ist eine große Leistung, die wir alle miteinander erbracht haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Im ersten Teil der „Offensive Zukunft Bayern“ haben wir mit 100 Millionen DM viele Projekte der Telekommunikation gestartet, um Anwendungen für Unternehmen, Wissenschaft, Verwaltung und Bürger zu fördern.

Mit dieser Initiative hat Bayern in der Einführung der neuen Telekommunikationstechnologien eine führende Position. Das wollen wir ausbauen. Deshalb werden wir weitere 45 Millionen DM in diese Zukunftstechnik investieren.

Zwei Bereiche möchte ich besonders hervorheben: Wir wollen vor allem Multimedia-Anwendungen in Schule und Bildung fördern. Schüler und Lehrer sollen im Wege von Pilotprojekten mit modernen Informations- und Telekommunikationstechnologien vertraut werden. Die strukturellen Nachteile der ländlichen Räume in Bayern können durch die Telekommunikation vermindert werden. Wir werden deshalb Pilotprojekte fördern, insbesondere zur Telearbeit.

Projekte, für die wir im ersten Teil der „Offensive Zukunft Bayern“ die Grundlagen gelegt haben, werden wir fortführen und ausbauen. Hierzu gehört die rasche Errichtung eines integrierten Behördennetzes für eine moderne und schlanke Verwaltung und die Nutzung dieser Infrastruktur auch durch unsere Polizei.

Der Luft- und Raumfahrt kommt als Technologiemotor besondere Bedeutung zu. Wir wollen die in Bayern vorhandenen technologischen Kompetenzen erhalten und weiter ausbauen. Da sich 40 bis 50 % aller Arbeitsplätze

der Luft- und Raumfahrt in Deutschland in Bayern befinden, ist für mich von entscheidender Bedeutung, daß mir gestern der französische Staatspräsident in der Diskussion versichert hat, daß die Kürzungen und strukturellen Veränderungen, die Frankreich in der Verteidigungspolitik vornimmt, keine grundlegenden Auswirkungen auf die deutsch-französischen Kooperationen in der Luft- und Raumfahrt haben werden. Das ist für uns eine ganz entscheidende Aussage, die ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte.

(Beifall bei der CSU)

Mit 20 Millionen DM werden wir einen Fonds „Hochschule international“ einrichten. Wir wollen damit den internationalen Austausch unserer wissenschaftlichen Eliten verstärken sowie die Zusammenarbeit bayerischer und ausländischer Hochschulen fördern. Wir müssen nicht nur Kapital hier halten oder hierherbringen, sondern auch Köpfe. Wir müssen gegenüber dem englischsprachigen Raum große Anstrengungen unternehmen, um mehr ausländische hochqualifizierte Studentinnen und Studenten an unsere Universitäten zu bekommen. Ich werde dem Landtag Vorschläge unterbreiten, wie wir hier eine stärkere Position erreichen können, als wir sie gegenwärtig haben. Innerhalb Deutschlands ist unsere Position zwar nach wie vor gut. Aber ich möchte uns nicht allein mit den anderen Bundesländern vergleichen, sondern auch mit anderen Regionen innerhalb Europas.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden Mittel bereitstellen, um Forschungsvorhaben für molekulare Medizin in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut in Martinsried voranzutreiben. Das Vordringen in die molekularen Ursachen der Krankheitsbildung wird zu einem früheren Erkennen von Krankheiten als bisher und zur eigentlich ursächlichen Behandlung durch Gen- und Zelltherapie führen. Für diese Forschung stellen wir aus Privatisierungserlösen 15 Millionen DM zur Verfügung, davon 5 Millionen DM aus dem Umweltfonds.

Mit 5 Millionen DM werden wir die Hochschule für Fernsehen und Film mit modernster digitaler Technik ausstatten. Die bundesweit angesehenste Medienhochschule kann damit auch in Zukunft ihre führende Stellung behaupten.

In einem Logistik-Kompetenz-Zentrum in Prien sollen moderne Methoden der Logistik, der Verkehrstechnik und der Informatik entwickelt werden. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollen unter anderem für Messe-Informationssysteme, Güterverkehrszentren, City-Logistik sowie für grenzüberschreitendes Güterverkehrsmanagement praxisnahe Lösungen angeboten werden. Mit einem angeschlossenen Existenzgründerzentrum wollen wir auch einschlägige junge Unternehmen ansiedeln. Dafür stehen 5 Millionen DM bereit.

Mit 5 Millionen DM unterstützen wir den Ausbau des „Innova High-Tech-Parks“ in Kaufbeuren. Hier helfen zentrale Dienste und Beratung Existenzgründern dabei, Anlaufschwierigkeiten und typische Managementfehler zu vermeiden. Schon im ersten Teil der „Offensive Zukunft

Bayern“ unterstützen wir Existenzgründerzentren in Memmingen, Neu-Ulm und Kempten. Wir schaffen damit beste Voraussetzungen für neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze im südlichen Schwaben.

Viertens. Wir investieren 340 Millionen DM in die regionale Infrastruktur:

Mit 100 Millionen DM verbessern wir das Staatsstraßennetz. Dabei konzentrieren wir uns auf den Bau von dringend benötigten Ortsumgehungen. Wir legen unseren Schwerpunkt mit 60 % der Mittel auf Oberfranken, die Oberpfalz und Niederbayern als den Gebieten mit besonderem Nachholbedarf.

(Straßer (SPD): Das ist viel zuviel!)

- Es ist hochinteressant, daß Sie hier einwenden, das sei viel zuviel. Das sollten Sie den Menschen draußen erklären, die das hoffentlich alle gehört haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen den hohen Standard des Breitensports in Bayern weiter verbessern. Dazu werden wir ein Darlehensprogramm von 50 Millionen DM für den Bau, die Modernisierung und die Sanierung von Vereinssportanlagen auflegen.

Zur Infrastruktur Bayerns gehört auch ein breites Angebot von Schulen kirchlicher und privater Träger, welches das öffentliche Schulnetz ergänzt. Wir haben eingehend geprüft, ob die notwendige Förderung von Baumaßnahmen dieser Schulen in den Rahmen dieser „Offensive Zukunft Bayern“ eingepaßt werden kann. Denn in diesem Bereich gibt es unbestreitbar gravierenden Sanierungsbedarf. Wir wollen hier eine entscheidende Verbesserung. Im Rahmen dieses Programms war die Verbesserung wegen der notwendigen Grundstockkonformität nicht finanzierbar. Daher schlägt die Staatsregierung dem Landtag hierfür im Rahmen der Aufstellung des regulären Doppelhaushalts 1997/98 eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 50 Millionen DM vor.

An der Universitätsklinik Erlangen-Nürnberg werden wir zwei Medizinische Kliniken mit Poliklinik unter Einbeziehung von Notfallaufnahme und Röntgendiagnostik zu einem hochmodernen Nichtoperativen Zentrum in einem Neubau zusammenfassen. Dazu investieren wir 150 Millionen DM. Die Universität erhält damit modernst ausgestattete Kliniken für die medizinische Versorgung der Region auf höchstem Niveau.

(Beifall bei der CSU)

Die Kopfkliniken der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg modernisieren wir mit 40 Millionen DM. Wir gestalten die Operationseinrichtungen neu und bringen die Notfallversorgung auf den modernsten medizinischen Stand. Zusammen mit der Errichtung des 1994 beschlossenen chirurgisch-operativen Zentrums, des Trauma-Zentrums, investieren wir in Würzburg insgesamt 200 Millionen DM in Spitzenmedizin.

(Beifall bei der CSU)

Mit 155 Millionen DM werden wir auch den ersten Teil des letzten Bauabschnitts des Klinikums der Universität Regensburg fertigstellen. Damit wird die Krankenversorgung in der Region weiter verbessert und die Medizinische Fakultät der Universität als Standort für Forschung und Lehre gestärkt. Die dafür ursprünglich vorgesehenen Haushaltsmittel werden dadurch frei für innovative, aber nicht grundstocksfähige Projekte, die wir im Rahmen der „Offensive Zukunft Bayern“ fördern.

Das gleiche gilt für folgende bisher im Haushalt vorgesehene Projekte: den Neubau für die Ausbildungsrichtungen Wirtschaft und Sozialwesen an der Fachhochschule Nürnberg mit 41 Millionen DM, den Neubau eines Laborgebäudes für den Fachbereich Maschinenbau an der Fachhochschule Regensburg mit 30 Millionen DM, den Neubau eines Hörsaal- und Laborgebäudes für den Studiengang Elektrotechnik an der Fachhochschule Rosenheim mit 22 Millionen DM, die Erweiterung der Universitätsbibliothek an der Universität Regensburg mit 16 Millionen DM sowie den Umbau und Neubau von Gebäuden für die Historischen Institute der Ludwig-Maximilians-Universität München mit 21 Millionen DM.

Meine Damen, meine Herren, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Wohlfahrt müssen sich mit dem dauerhaften Schutz unserer Lebensgrundlagen verbinden. Das ist eine Verpflichtung unserer Umwelt gegenüber, aber noch weit mehr eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen.

Umweltschutz ist für uns in Bayern Handlungsschwerpunkt. Meine Regierungserklärung „Umweltinitiative Bayern“ sowie der „Umweltpakt Bayern“ unterstreichen dies. Umweltreparaturen sind unvermeidlich, bis die Umweltvorsorge und der in den Wirtschaftsprozeß integrierte Umweltschutz voll greifen. Darüber hinaus kommt für Bayern hinzu: Wir wollen durch Umweltschutz immer auch unsere Natur und Landschaft, unsere Heimat lebenswert und liebenswert erhalten. Deshalb investieren wir mit dieser Offensive 400 Millionen DM in die Erhaltung der Umwelt in Bayern.

Wir wollen einen Umweltfonds einrichten. Wir schlagen vor, für Natur- und Umweltbildung in Bayern ein neues Tagungszentrum zu schaffen. Wir wollen den Nationalpark Bayerischer Wald erweitern.

Die einzelnen Maßnahmen: Erstens. Wir werden einen Umweltfonds in Höhe von 340 Millionen DM einrichten. Mit den Erträgen dieses Umweltfonds finanzieren wir drei Aufgaben: Modellprojekte im technischen Umweltschutz und in der Umweltbildung, den klassischen Naturschutz und die Altlastensanierung.

Mit dem Altlastensanierungsfonds in Höhe von 100 Millionen DM sollen vor allem mittelständische Unternehmen, die die Altlastensanierung finanziell nicht verkraften können und dadurch in den Konkurs getrieben würden, zinsgünstige Darlehen zur raschen Beseitigung von Altlasten erhalten.

Für ganz Bayern wollen wir sieben innovative Modellprojekte aus dem allgemeinen Umweltfonds auf den Weg bringen.

Wir wollen den Forschungsschwerpunkt „Allergie und Umwelt“ an der TU München gezielt fördern. Fachübergreifend sollen die genetischen und umweltbezogenen Allergieursachen, bessere Diagnose- und Therapiemöglichkeiten erforscht werden.

Wir wollen ein Technologieprojekt „Gentechnik und Umweltschutz“ durchführen. Dabei sollen Umwelanalytik und Biomonitoring, insbesondere Schadstoffabbau und Altlastensanierung durch Gentechnik erforscht werden.

Wir streben Umweltpartnerschaften zwischen Staat und Kommunen an. Internationale Umweltziele müssen vor Ort angepackt werden. Wir wollen zum Beispiel Gemeinden bei der Erstellung von CO₂-Minderungsprogrammen unterstützen. Wir werden außerdem kommunale Klimaschutzprojekte finanziell fördern.

Wir wollen im Hotel- und Transportgewerbe, im Einzelhandel, für Kfz-Unternehmen und im Brauereigewerbe branchenspezifische Umweltkonzepte in die Praxis umsetzen. Dafür schaffen wir finanzielle Anreize. Durch ein bayernweites Umweltsiegel wollen wir auch andere Wirtschaftszweige dafür gewinnen.

Wir werden ein erstes Modellprojekt für die geologische Landesaufnahme Bayerns in der Region Ingolstadt durchführen. Damit schaffen wir einen geologischen und hydrogeologischen Informationspool. Digitale geowissenschaftliche Kartierung ist die moderne fachliche Grundlage für Rohstofferkundung und Grundwasserschutz.

Mit den Erträgen aus 100 Millionen DM dieses Umweltfonds stärken wir den Naturschutz. Wir wollen insbesondere durch Grunderwerb ökologisch besonders wichtige Gebiete Bayerns dauerhaft sichern: Zum Beispiel im Donau-Moos, dem größten zusammenhängenden Niedermoorgebiet in Süddeutschland; zum Beispiel im Einzugsgebiet der Loisach-Kochelsee-Moore, einem einzigartigen Ausschnitt einer voralpinen Moorlandschaft; zum Beispiel im Ampermoos, einem wichtigen Lebensraum für stark bedrohte Pflanzen- und Tierarten.

Zweitens. Mit 60 Millionen DM werden wir die ökologische Infrastruktur ausbauen: Wir wollen den Nationalpark Bayerischer Wald erweitern.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Darin sehe ich eine einmalige Chance, dieses einzigartige Waldgebiet als ursprüngliche Naturlandschaft weiter zu stärken. Zusammen mit dem angrenzenden tschechischen Nationalpark Sumava können wir eine europaweit vorbildliche Region länderübergreifenden Natur- und Umweltschutzes aufbauen. Unsere Verantwortung für die Schöpfung ist auch Verpflichtung, Rückzugs- und letzte freie Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten in

Ursprünglichkeit für unsere Kinder und Enkel zu bewahren.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen den Wünschen und Bedenken der betroffenen Kommunen und Bürger soweit wie möglich entgegenkommen. Bei der Änderung der Nationalparkverordnung werden wir berechnete Anliegen vor Ort einbeziehen. Wir wollen mit insgesamt 31 Millionen DM - davon 5 Millionen DM aus Fondserträgen - Umweltbildung, Freizeit- und Infrastruktureinrichtungen sowie Naturschutz im Nationalpark und dessen Vorfeld fördern. So werden wir zum Beispiel ein Besucherzentrum und Tierfreigehege errichten sowie das bestehende Wegenetz verbessern.

Ich appelliere an die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und an die Gemeinden, wie auch an die Wald- und Forstwirtschaft, das einmalige umweltpolitische Signal der Erweiterung des Nationalparks mitzutragen. Der Nationalpark ist und wird in Zukunft ein noch größerer Gewinn für diese Region sein.

Wir wollen Forschung, Bildung und Information im Biosphärenreferat Rhön verbessern. Dafür investieren wir 5 Millionen DM in den Aufbau einer Umweltforschungsstätte.

Wir wollen mit 29 Millionen DM eine Erwachsenenbildungs- und Forschungsstätte für die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege im Kloster Laufen schaffen. Diese Akademie hat sich in den fast 20 Jahren ihres Bestehens internationales Ansehen erworben.

Meine Damen, meine Herren, der dritte Schwerpunkt, den ich Ihnen heute im Rahmen der Verwendung der anstehenden Privatisierungserlöse vorschlagen möchte, sind Investitionen in die Kultur Bayerns.

Manch einer mag sich fragen, warum Millionen für die Kultur verwandt werden, warum nicht alles Geld für die Sicherung unserer Arbeitsplätze eingesetzt wird. Bayern ist nicht allein der Verfassung wegen ein Kulturstaat. Bayern bleibt nur Kulturstaat durch kulturpolitische Initiativen auch in schwieriger Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mir die Haushalte der anderen Bundesländer angesehen und festgestellt: Andere Länder kürzen zuerst bei der Kultur. Sie offenbaren damit: Kultur gilt ihnen als Verfügungsmasse, die die Substanz menschlichen Zusammenlebens nicht entscheidend prägt. Wir dagegen waren und sind der Überzeugung: Kunst und Kultur gehören seit Jahrhunderten in Bayern wesentlich zum menschlichen Zusammenleben. Die Attraktivität und der Bekanntheitsgrad dieses Landes hängen nicht alleine mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zusammen, sondern mit der kulturellen Substanz, die in Jahrhunderten in diesem Lande geschaffen worden ist und die wir sorgsam pflegen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Kulturelle Lebendigkeit ist darüber hinaus ein entscheidender weicher Standortfaktor, der gerade in harten Zeiten von unschätzbarem Wert ist. Vor allem aber ist Kultur für uns wesentlicher Ausdruck dessen, daß sich der Mensch nicht allein im Wirtschaften findet. Kunst und Kultur zeigen, wie der Mensch für sein Leben Sinn suchen und finden kann.

Wir wollen durch Art und Ziel des Mitteleinsatzes für die Kultur Anreize schaffen, schöpferisch zu sein. So wird das lebendige kulturelle Erbe Bayerns auch künftig ein zusätzlicher Trumpf im Wettbewerb um Arbeitsplätze bleiben. Um diese schöpferische Kraft zur Entfaltung zu bringen, investieren wir in dieser Offensive 672 Millionen DM für die Kultur Bayerns.

Wir wollen die reichen Schätze moderner Kunst in Bayern und die technologische Geschichte unseres Landes in neuen Museen erschließen.

Wir planen in Bamberg ein internationales Künstlerhaus, wo junge bayerische und ausländische Künstler zeitweise zusammenarbeiten sollen. Das ist auch ein Beitrag zur Völkerverständigung und zur künstlerischen Inspiration.

Wir beabsichtigen die Einrichtung eines Kulturfonds, der Vielfalt und Kreativität im ganzen Land fördern und Neuinvestitionen ebenso wie herausragende Projekte der Denkmalpflege unterstützen soll.

Wir wollen - 50 Jahre nach Zusammenbruch und demokratischem Neubeginn - die jüngste Geschichte Bayerns durch Gedenkstätten und Symbole im Bewußtsein der Bevölkerung lebendig halten.

Für die Präzisierung der Einzelmaßnahmen stelle ich an die Spitze unseren Vorschlag, mit 300 Millionen DM einen Kulturfonds auszustatten. Wir wollen damit Kulturinvestitionen und Kulturprojekte fördern, und zwar bayernweit und mit besonderem Nachdruck in der Fläche unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Denn Kultur in Bayern meint ausdrücklich mehr als die unbestrittenen Glanzpunkte der zentralen Städte. Durch die Kapitalbindung im Fonds werden die im folgenden nur beispielhaft genannten Projekte begreiflicherweise nicht sofort, sondern im Laufe der nächsten Jahre bedient werden können. Für mich ist aber entscheidend, daß durch die Einrichtung eines solchen Kulturfonds eine dauerhafte Finanzquelle geschaffen wird, um die ganze Breite des Kulturlebens unseres Freistaates dauerhaft zu unterstützen - ein Anliegen dieses Hauses, im besonderen der CSU-Fraktion, seitdem ich in diesem Hause sein kann.

Zehn Felder werden die Schwerpunkte bilden. Die nicht-staatlichen Theater und die nicht-staatlichen Museen können Investitionsförderungen erhalten. Das Stadttheater in Regensburg und das E.T.A.-Hoffmann-Theater in Bamberg sind ebenso für die Förderung eingeplant wie das Fränkische Freilandmuseum Bad Windsheim, das Komhaus in Kempten und - bei Mitengagement aller Betei-

ligten - das Schulmuseum Ichenhausen. Fördern wollen wir auch herausragende Veranstaltungen, etwa Inszenierungen mit besonderem Aufwand, Ausstellungen oder internationale Kulturbegegnungen.

Wir werden die zeitgenössische Kunst, die Laienmusik, den Denkmalschutz und die Denkmalpflege fördern, zum Beispiel die Kaiserpfalz in Forchheim, die Klöster Speinshart und Waldsassen sowie Schloß Weißenstein in Pommersfelden, notwendige Investitionen bei Bibliotheken und Archiven, Einrichtungen der Heimatpflege sowie innovative Projekte in der Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung und der kirchlichen Bildungsarbeit sowie internationale Begegnungen und besonders auch herausragende Aktivitäten von Schulen.

Aus dem Kulturfonds können Zuschüsse und Darlehen gegeben werden. Er gibt uns die Möglichkeit, gerade das Neue, Innovative und Ungewöhnliche anzuregen. Wir erwarten, daß dieser Fonds, der in der Bundesrepublik Deutschland ein einzigartiges Förderinstrument darstellt, die vielen kulturellen Aktivitäten in der Breite unseres Landes entfalten hilft.

Zum zweiten werden wir neue Museen errichten. Gerade die bildenden Künste brauchen Zentren, sie brauchen Museen, die international bedeutsames Kulturgut präsentieren können. Museen als Kristallisationskerne der Kulturlandschaft vervielfältigen ihre Wirkung, wenn sie getragen sind von einem breiten Engagement der Bürger.

So werden wir mit 270 Millionen DM staatlicherseits und einem privaten Spendenaufkommen von zirka 27 Millionen DM - der Kultusminister war hier sehr fleißig - die dritte Pinakothek in München und das Museum des 20. Jahrhunderts in Nürnberg bauen, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der CSU)

Europaweit beachtete Museen entstehen so mit einem europaweit beachteten Finanzierungsmodell. Um beides wird Bayern beneidet. Dies sind nicht nur kulturpolitische, sondern auch kulturhistorische Wegmarken. Allen Spendern und allen Helfern bei der Spendenaktion danken wir nachdrücklich.

(Beifall bei der CSU)

In Europa ebenfalls singulär ist, daß die Kunstwerke und der Bau eines herausragenden Museums gespendet werden. Mit dem Museum der Phantasie - Sammlungen Buchheim in Feldafing ist uns das gelungen. Der Freistaat wird mit 13 Millionen DM seinen Beitrag dazu leisten und die notwendige Renovierung des in Staatsbesitz liegenden Zentralbaus, nämlich der Maffei-Villa, übernehmen. Mit dem guten Willen aller hier notwendig Beteiligten wird dieses Museum verwirklicht werden können und den Expressionismus stärker nach Bayern holen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es war hierfür zwei Minuten vor zwölf.

In den denkmalgeschützten Messehallen auf der Theresienhöhe in München wollen wir dem Deutschen Museum

die notwendige Erweiterungsfläche schaffen. Mit 19 Millionen DM wird dort ein Verkehrsmuseum entstehen, wenn die Stadt München das Vorhaben durch grundstocksfähige Überlassung der jetzigen Messehallen unterstützt. Durch die Auslagerung der wertvollen Sammlung zur Verkehrstechnik von der Museumsinsel in die jetzigen Messehallen gewinnt das europaweit einmalige Deutsche Museum selbst Raum, modernste Technik zu dokumentieren. Für unsere Kinder und Enkel geht der Reiz der Technik über Bergbau und Lokomotiven heute natürlich weit hinaus.

In Augsburg soll die Katharinenkirche, in der die bedeutende Zweiggalerie alter Meister bis hin zu Albrecht Dürer untergebracht ist, mit 2 Millionen DM instand gesetzt werden.

Auf die Burg Trausnitz in Landshut soll die bislang in Regensburg bestehende bedeutende Zweiggalerie der Staatsgemäldesammlungen mit Werken deutscher Maler des 19. und frühen 20. Jahrhunderts verlagert werden. 2 Millionen DM werden wir für die Herrichtung des Ausstellungstraktes in Landshut bereitstellen.

Wir sind bereit, der weltweit umfangreichsten und qualitativ wohl bedeutendsten Privatsammlung deutscher Malerei des 19. und des 20. Jahrhunderts eine museale Heimstatt zu bieten, wenn die Stadt Schweinfurt das Vorhaben durch Überlassung eines geeigneten Grundstücks unterstützt. Damit entstünde ein kultureller Schwerpunkt in dieser alten und an Erfahrung reichen Industriestadt, meine Damen, meine Herren. Die Sammlung Georg Schäfer in Schweinfurt wird in eine Stiftung übergehen. Sie wird dem Museum zirka 900 Gemälde und 3500 Zeichnungen und andere Arbeiten von Caspar-David Friedrich und Carl Spitzweg bis hin zu Max Liebermann und Max Slevogt als Dauerleihgabe überlassen. Für den Neubau des Museums sind 28 Millionen DM vorgesehen.

In Bamberg - hier gab es eine lange Entscheidungsphase - wollen wir ein internationales Künstlerhaus errichten. Hierfür legen wir einen Kapitalstock von 25 Millionen DM an. Nach dem Modell der italienischen Villa Massimo sollen zwölf Künstler mit internationalem Ansehen hier eine Stätte der Begegnung und des fruchtbaren geistigen Austausches finden. Stipendien werden vergeben für bildende Kunst, Musik sowie Literatur unter Einschluß der Dramaturgie und der Theaterregie. Wir fördern den lebendigen Austausch hochqualifizierter Künstler verschiedenster Sparten und Nationen in Bayern und bekommen auf diese Weise in Bamberg und damit in Oberfranken einen weiteren Schwerpunkt dieser Art.

(Beifall bei der CSU)

50 Jahre Nachkriegsbayern sind eine Zeitspanne, die Anlaß gibt, an die großen historischen Umbrüche unseres Landes und den Wiederaufbau zu erinnern.

Zeichen der Zeitgeschichte und Symbole der Erinnerung sind in Deutschland bislang selten; sie sind aber Teil des Selbstverständnisses einer Nation. Wir wollen daher markante Stationen unserer neueren Geschichte mit Zeichen und Symbolen der Erinnerung deutlich machen.

Das Denkmal an der Bayerischen Staatskanzlei für den Widerstand gegen Hitler war ein erster Schritt.

Mit dem Ausbau des Westflügels und weiterer Gebäude in der KZ-Gedenkstätte Dachau sowie der Neugestaltung der Ausstellung wollen wir eine würdige und eindringliche Begegnung mit diesem düstersten Abschnitt der deutschen Geschichte ermöglichen. Hierfür sind 6 Millionen DM vorgesehen. Eine Zusage, die ich am 29. April des letzten Jahres in Dachau gegeben habe, wird damit eingelöst.

Wir wollen auch die Folgen des Krieges und die Zeiten des Neuanfangs unserer Demokratie bildhaft im Bewußtsein der Bevölkerung und der jungen Menschen verankern. Wir werden deshalb in Nürnberg mit dem Haus der Heimat eine Erinnerungsstätte für die Flucht und Vertreibung Millionen Deutscher und für ihre Aufbauarbeit in Bayern schaffen, wenn die Stadt Nürnberg, wie in Aussicht gestellt, dem Freistaat das Grundstück zur Verfügung stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Aufbau unserer Demokratie nach dem Krieg wäre ohne den Schutzschild der Amerikaner und ihrer vielfältigen Hilfe undenkbar gewesen. Deswegen werden wir -das sind keine großen Dinge, aber sie sind zeitloser als manche großen Dinge, über die wir gegenwärtig oft beraten - in Aschaffenburg, der ersten bayerischen Stadt, die 1945 von amerikanischen Truppen befreit wurde, ein Denkmal zur Erinnerung an die amerikanische Hilfe schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Die Geburtsstunde und der Geburtsort demokratischen Handelns in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg liegt in Bayern. Zu wenigen ist das bewußt. Wir werden mit der Wiederherstellung und der Ausstattung des Verfassungszimmers im Alten Schloß Herrenchiemsee dokumentieren, wo der Verfassungskonvent zur Vorbereitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, der entscheidenden Grundlage unseres Landes, zusammengekommen ist. Ähnlich wie in Amerika die Verfassungsurkunde in einer Gedenkstätte zugänglich ist, wollen auch wir die damals erarbeiteten Verfassungstexte ausstellen. Die zahlreichen Besucher der Insel können so einem der wichtigsten Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, das in Bayern aufgeschlagen wurde, begegnen.

(Beifall bei der CSU)

Die deutsche Nachkriegsgeschichte war geprägt vom Ringen der Deutschen um Freiheit. Deshalb werden wir ein Originalstück der Berliner Mauer in München an einem repräsentativen Platz errichten und damit an das einschneidende historische Ereignis des Mauerfalls und der Stunde Null der deutschen Einheit erinnern.

Das deutsch-deutsche Museum in Mödlareuth im Landkreis Hof erinnert mit originalen Grenzsperranlagen an die verhängnisvolle Teilung Deutschlands. Aus dem Kulturfonds werden wir einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung eines Museumsgebäudes leisten. Die Präsentation von Zeugnissen der innerdeutschen Grenze soll Kristallisationspunkt werden für weitere Zeugnisse deutsch-deutscher Geschichte.

Wir wollen mit diesen Zeichen der Erinnerung nicht seelenlose Denkmale in Stein oder Eisen entstehen lassen. Es sollen Stätten werden, die das unmittelbare Lernen und Erfassen ermöglichen, die vor allem für alle Bürger die Identifikation mit unserem Staat erlebbar machen, das heißt: nicht nur klagen, daß zu geringe Identifikation besteht, sondern handeln. Das ist ein kleiner, aber auch wichtiger Beitrag, der häufig vergessen wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, sicherlich soll man auch als Regierungschef mit Superlativen vorsichtig sein, aber die Verwendung der Privatisierungserlöse ist ein Programm, das einzigartig in ganz Deutschland ist. Mit neuen, starken Impulsen setzen wir fort, was die Staatsregierungen in Bayern in den letzten Jahrzehnten immer wieder erfolgreich betrieben haben: Bayern wirtschaftlich, sozial, ökologisch und kulturell in all seinen Landesteilen zukunftsfähig zu machen.

Die Fonds für Arbeit und Soziales, für Umwelt und Kultur sichern die Substanz der Privatisierungserlöse. Dies gibt uns auch die Möglichkeit, nichtstaatliche Verbände und freie Initiativen grundstockskonform zu fördern. Manche mögen die Anlage von Fonds bedauern, weil durch den sofortigen Einsatz der Geldmittel natürlich höhere und schnellere Wirkung zu erzielen wäre. Für die Staatsregierung sind die Fonds Zeichen der Solidität, Beweise nachhaltiger Wirksamkeit unserer Initiativen und darüber hinaus flexible Instrumente. 60 % unseres Programms sind nicht gebunden und können damit in erster Linie der Fläche zugute kommen. Das bitte ich nie zu vergessen, wenn man das Gesamtprogramm betrachtet, wenn Sie die Fonds zusammenzählen, die nun schwerpunktmäßig oder überwiegend der Fläche zugute kommen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, bei der Auswahl der Projekte im Rahmen des zweiten Teils der Offensive Zukunft Bayern war Richtschnur ihr Beitrag zur Lösung gegenwärtiger struktureller Probleme, zur innovativen Gestaltung eines zukunftsfähigen Bayerns und zur Bewahrung unserer Identität in einer sich rasch verändernden Welt. Dieses Programm steht für Bayern als Ganzes. Mit dieser Verwendung der Privatisierungserlöse zeigen wir, daß sich die Antwort auf die globalen Herausforderungen nicht auf fiskalische und ökonomische Maßnahmen allein beschränken darf, wenn man Bayern richtig versteht, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Globalisierung birgt in sich die Gefahr der Verengung des Lebens und Wirtschaftens auf Funktionalität und auf

Effizienz. Wir halten dagegen - wir müssen auch dagegenhalten -: Ökonomie muß sich mit Ökologie verbinden. Das ist eine Daueraufgabe. Sustained development ist sozusagen unsere Aufgabe, damit die materiellen und natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Ökonomie und Ökologie müssen sich darüber hinaus mit sozialen Werten und Tugenden verbinden, damit wir den Menschen gerecht werden. Dies ist auch ein Bekenntnis zum christlich-abendländischen Weltbild. Wir setzen dabei auch auf unsere Lebenskultur, die uns in der Vergangenheit zu großen Leistungen befähigt und motiviert hat. Das ist der Kern unserer Identität gerade in Bayern, und das wollen wir erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Die Bayerische Staatsregierung ist entschlossen, mit ihrer Politik einen Beitrag dazu zu leisten. Bayern ist ein traditionsreicher Kulturstaat. Das macht unser Land selbstbewußt und leistungsfähig. Diese Anerkennung, meine Damen, meine Herren, darf ich in meinem Amt gegenwärtig erfahren, auch wenn ich mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen spreche. Bayern - das ist ein Begriff. Diesen haben jahrhundertlang die Menschen in diesem Lande geprägt, und dies haben vor allen Dingen in der Nachkriegsgeschichte die Staatsregierungen der verschiedenen Zeitepochen, der verschiedenen Jahrzehnte gestaltet.

Meine Damen, meine Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen, daß Bayern auch in dieser Umbruchzeit sein besonderes Gesicht, seinen Charakter als Land des Fortschritts und der Tradition behält. Unser Ziel ist es, Bayern auch über die Jahrtausendwende hinaus als mustergültiges Land in Europa zu gestalten und zu bewahren. Die „Offensive Zukunft Bayern“ trägt in ihren beiden Teilen dazu bei, die Weichen für unser Land so zu stellen, daß wir selbst, unsere Kinder, unsere Enkel und unser Land eine gute Zukunft haben.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Als erste Rednerin hat Frau Kollegin Schmidt das Wort.

Frau Renate Schmidt (SPD): Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich bedanke mich zunächst und sicherlich im Namen des gesamten Hohen Hauses dafür, daß Sie geruhen, diesem Parlament seit dem 15.11.1995, seit sage und schreibe sechs Monaten endlich wieder einmal das seltene Privileg der Möglichkeit der direkten politischen Auseinandersetzung und Ihrer leibhaftigen Anwesenheit zuteil werden zu lassen.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Wir und unsere Wählerinnen und Wähler fühlen uns geehrt, daß Sie die Volksvertretung, die nach der Verfassung über den Haushalt unseres Freistaates zu entscheiden hat, tatsächlich als das Forum ausgewählt haben, auch uns hier mitzuteilen, wie Ihre Regierung die

Mittel aus dem Verkauf des Volksvermögens zweiter Teil auszugeben gedenkt.

Auch wenn die verehrten Kolleginnen und Kollegen - ich habe das so erwartet, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CSU - mir hier nicht öffentlich zustimmen werden, nehme ich doch die Gelegenheit wahr, Ihnen, Herr Stoiber, direkt zu sagen, daß wir alle als gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter diesen nahezu verächtlichen Umgang mit dem Parlament in einer Demokratie für völlig unentschuldig halten.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Wer häufiger als Studiogast in Ihnen gegenüber untätigen Sendungen des Bayerischen Fernsehens präsent ist

(Zurufe von der CSU)

- ich weiß, daß Sie das aufregt, deshalb sage ich es doch -, hat offenbar demokratische Anstaltsregeln verlernt. Deshalb darf ich Sie daran erinnern: Gewaltenteilung und Parlamentarismus sind nicht abgeschafft, auch nicht im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

An die Kolleginnen und Kollegen von der CSU appelliere ich: Lassen Sie uns gemeinsam darauf bestehen. Sollen die Demokratie und der Parlamentarismus nicht den Bach hinuntergehen, ist der verfassungsmäßig wichtigste Ort für Politik nicht der Fernsehschirm, sondern das vom Volk gewählte Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Erinnern Sie sich daran, daß auch Sie als Teil des Parlaments die Pflicht zur öffentlichen Kontrolle der Regierung und damit auch eines telekratischen Ministerpräsidenten haben. Vorstands- und Fraktionssitzungen hinter verschlossenen Türen sind kein Ersatz für die öffentlichen Beratungen in diesem Haus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, nun zu dem, was Sie uns heute zur Verwendung der zweiten Tranche der Privatisierungserlöse mitzuteilen hatten.

Dazu eine grundsätzliche Vorbemerkung. Wir sind nicht generell gegen die Privatisierung von staatlichen Aufgaben und von Staatseigentum. Wir sind genausowenig generell dafür. Privatisierungsvorhaben müssen von Fall zu Fall geprüft werden, und zwar nach folgenden Kriterien:

Erstens. Wird die staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger auch nach einer Privatisierung im notwendigen Umfang erfüllt?

Zweitens. Welcher Verwendung dienen die Kapitalerlöse aus einer Privatisierung und wird dadurch das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger Bayerns erhöht oder wenigstens erhalten?

Drittens. Dienen solche Erlöse der Zukunftsfähigkeit der Menschen in Bayern und werden damit die Chancen unserer Kinder und Enkelkinder erhöht, ihr Leben selbst gestalten zu können?

Ich möchte die Antwort unserer Überprüfungen vorausschicken. Nein, weder die Privatisierung der ersten Tranche noch die Vorhaben der zweiten Tranche erfüllen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, diese Kriterien. Sie, Herr Ministerpräsident, haben das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger Bayerns verkleckert, verzettelt und zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CSU - Unruhe)

Sie genieren sich nicht, den Glücksfall Privatisierungserlöse für über Monate und Jahre angekündigte Vorhaben, die in jedem anderen Bundesland aus dem laufenden Haushalt finanziert werden müssen, zu verwenden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU - Unruhe)

Ich weiß, das hören Sie nicht gern. Sie haben heute mit Ihrer buchhalterischen Aufzählung von teilweise sinnvollen und teilweise kritikwürdigen Vorhaben nach dem Motto gehandelt: Wem können, wem müssen wir was zukommen lassen. Ihr Koalitionspartner in Bonn nennt so etwas Gefälligkeitsdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

Ich, Herr Ministerpräsident, nenne das Gefälligkeits-Edikt. Wenn es sich der überbeschäftigte, überlastete und abgehetzte Ministerpräsident zum Beispiel nicht nehmen läßt, den Oberbürgermeister von Bamberg höchstpersönlich anzurufen, um ihm mitzuteilen, daß 25 Millionen der 2,3 Milliarden DM Privatisierungserlöse aus der Bayerischen Versicherungskammer für die bayerische Villa Massimo, angekündigt in der Regierungserklärung vom Dezember 1994, für Bamberg vorgesehen sind.

(Kaul (CSU): Was ist denn daran ehrenrührig?)

Ich frage mich, haben Sie eigentlich nichts Besseres zu tun?

(Beifall bei der SPD)

Sie gebärden sich wie ein absolutistischer Fürst, der seine Privatschatulle öffnet. Dabei sollten Sie in diesem Fall nicht mehr und nicht weniger sein als der sorgsame Sachverwalter der Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, ich nenne es Verschleuderung von bayerischem Volksvermögen, wenn Gewinne - wie im Fall des Bayernwerks, das jedes Jahr vor Steuern 76 Millionen DM und damit erhebliche, dem Haushalt zufließende Gewinne abgeworfen hat - und Staatseigentum, das, wie

die Bayerische Versicherungskammer, jährlich immer wertvoller geworden ist, in irgendwelche Fonds gesteckt und deren Zinsen dann irgendwelchen Zweckken zugeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Effekt ist, daß dadurch das Vermögen, nicht etwa, das Vermögen der Regierung, also die Regierungserlöse, wie es heute der Herr Ministerpräsident gesagt hat, sondern das Vermögen der bayerischen Bürger und Bürgerinnen jährlich schrumpft. Die Zinsen sind verbraucht und im übrigen deutlich niedriger als die dem Haushalt ehemals zugeflossenen Gewinne, wie zum Beispiel aus dem Bayernwerk.

(Beifall bei der SPD)

Dieses ist in meinen Augen ein ernster Sachverhalt. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns waren einst stolze Besitzer des florierenden Bayernwerks, der reichen Bayerischen Versicherungskammer, und das war mehr als ein Notgroschen.

(Alois Glück (CSU): Ist nie gelobt worden!)

- Dann war es ein Fehler, wenn es nie gelobt wurde. Das war mehr als ein Notgroschen für schlechte Zeiten. Jetzt gehört den Bürgern und Bürgerinnen Bayerns statt dessen ein Fonds für den Meisterpreis, ein „Altlastenföndchen“, ein Arbeits- und Sozialminifonds und ähnliche Fonds und „Föndchen“. Um das in diesem Fall zutreffende Unwort des Jahres 1994 zu verwenden: Sie haben aus dem stolzen Vermögen der Bürger und Bürgerinnen Bayerns Peanuts gemacht. Das ist das, was wir kritisieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Sie rechnen doch selber nur mit 7 Prozent Zinsen. Dies alles auch noch hohe Regierungskunst zu nennen, ist gelinde gesagt verfehlt. Nein, es wurde eine Riesenchance vertan. Ein Ministerpräsident hat sich bei dieser Verteilung der Privatisierungserlöse als Parteipolitiker entpuppt, der auf den momentanen Effekt bedacht ist, statt als visionärer Staatsmann, der die Zukunft sichert.

(Beifall bei der SPD)

Süß für die betroffenen Empfänger dieser Mittel, aber leider folgenlos für die Gesamtheit der Menschen in Bayern. Mit Verlaub gesagt: Mon chene statt Montgelas.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, damit ich da nicht mißverstanden werde. Was ich jetzt gesagt habe, ist kein Plädoyer gegen die Privatisierung der Versicherungskammer.

(Michl (CSU): Was soll denn das eigentlich?)

Dies ist ein Plädoyer gegen Ihre Art, das Vermögen im Kleinklein zu verzetteln, ohne nennenswerte Effekte für den Arbeitsmarkt, ohne nennenswerte Effekte für die

Zukunftsfähigkeit. Bei großzügiger Auslegung fließen zirka 200 Millionen DM, also nicht einmal 10%, in Zukunftsinvestitionen. Statt großem Wurf viele kleine Häufchen, wo es gerade hinfällt, fast nach dem Losverfahren, ohne Hauptgewinn, viele Trostpreise. Die Zukunft hat im wesentlichen Nieten gezogen.

An dieser Stelle, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, darf und muß gefragt werden: Wie haben sich denn die Privatisierungserlöse zum Beispiel in solchen Fonds aus der ersten Tranche auf den Arbeitsmarkt, auf Existenzgründungen, auf Innovationen ausgewirkt? Nicht auf die großen Worte kommt es nämlich an, nicht auf regelmäßige Gipfeltreffen, sondern auf die Taten kommt es an.

Was ist zum Beispiel aus dieser tollen Risikokapitalbeteiligungsgesellschaft in Landshut geworden?

(Kaul (CSU): Das wird ja immer schlimmer!)

Nach mündlicher Auskunft dieser Gesellschaft vor 14 Tagen gab es bisher 300 Anfragen. Aus diesen 300 Anfragen entstanden 10 bis 15 Kontakte. Vier bis fünf Fälle sind in der engeren Wahl, und ein - in Worten: ein - Kontrakt ist in der Zwischenzeit abgeschlossen worden. Dafür ist das Vermögen der Bürger und Bürgerinnen in Bayern wahrhaftig zu schade.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig hungern im wahrsten Sinne des Wortes ideenreiche junge Mittelständler danach, endlich wirkliches Risikokapital für brachliegende neue Produktionsideen im Freistaat Bayern zu bekommen.

(Kaul (CSU): Die haben Sie auf einmal entdeckt!)

Deshalb schlagen wir vor, mindestens 250 Millionen DM aus diesen Privatisierungserlösen für einen solchen Zweck zur Verfügung zu stellen, weil wir Existenzgründungen - da stimmen wir Ihnen zu - brauchen, weil wir die Bedingungen für den Mittelstand verbessern müssen und weil es nicht mehr angeht, daß das beleihbare Grundstück der Schwiegermutter immer mehr wert ist als die gute neue Produktidee.

(Beifall bei der SPD)

Oder was wurde aus „Bayern innovativ“? In Semantik - das gestehe ich neidlos zu - sind Sie uns manchmal über. Nur: Die Semantik kann nicht länger über die rapide Zunahme leerer Ankündigungsworthülsen hinwegtäuschen. Alles finanziert aus der ersten Tranche Privatisierungserlöse, effektiv verplempert statt sinnvoll angelegt.

Im Zusammenhang mit der zweiten Tranche möchte ich nur einige wenige Beispiele nennen. Ich sage hier ganz deutlich: Natürlich, Herr Ministerpräsident, ist vieles von dem, was Sie uns heute hier vorgetragen haben, sinnvoll,

(Miller (CSU): Immerhin!)

vieles entspricht auch unseren Vorstellungen. Aber es ist doch nicht so, daß man das alles aus Privatisierungserlösen finanzieren muß, daß man mit Beträgen von 0,5 Millionen DM jetzt das Vermögen verteilen muß. Das müßte man doch hinkriegen, daß man diese Vorhaben, die man längst angekündigt hat, endlich anders finanziert.

Ich möchte also nur einige wenige Beispiele nennen. 340 Millionen DM sollen wiederum in einen Umweltfonds fließen. Wir wollen in der Umweltpolitik mehr machen, und wir wünschen uns, daß Ihre heutigen Ankündigungen, daß nämlich Ökonomie und Ökologie, daß nachhaltiges Wirtschaften endlich Bestandteil von Politik würden, daß das auch in anderen Bereichen endlich einmal zum Ausdruck kommt, daß Sie nicht länger einer vernünftigen Besteuerung unserer natürlichen Ressourcen im Weg stehen, sondern sich zum Beispiel Dänemark zum Vorbild nehmen, wo wir Arbeitsplatzeffekte und Energieeffizienzsteigerung verzeichnen, und das alles ganz ohne Privatisierungserlöse.

(Beifall bei der SPD)

340 Millionen DM sollen also wiederum in einen Umweltfonds fließen, 100 Millionen DM davon in einen Altlastenfonds; Zinsen daraus, von Ihnen so angenommen, 7 %. Das sind also 7 Millionen DM für die Beseitigung von Altlasten.

(Miller (CSU): Jahr für Jahr!)

Allein die Altlastenbeseitigung in Marktredwitz hat 150 Millionen DM gekostet. Das ist doch Augenwischerei, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der SPD)

Zweites Beispiel: 100 Millionen DM für den Staatsstraßenneubau. Einmal abgesehen davon, daß diese Staatsstraßenneubauten dem Vernehmen nach einen Sperrvermerk tragen sollen und im wesentlichen der Beruhigung der CSU-Fraktion dienen sollen, wäre dies eine eindeutige Aufgabe des laufenden Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen natürlich genau, warum Sie das machen müssen: weil ein solcher Antragsstau aufgelaufen ist, weil Sie es auf die lange Bank geschoben haben, weil Sie Dinge bei uns im Freistaat Bayern verkommen lassen und nicht rechtzeitig gegensteuern. Natürlich müssen auch in unseren Augen Umgehungsstraßen gebaut werden, müssen Unfallschwerpunkte beseitigt werden; das ist doch überhaupt keine Frage. Dafür sind zum Beispiel die Mittel aus dem staatlichen Anteil der Kfz-Steuer da. Diese betragen im Freistaat Bayern 809 Millionen DM. Das heißt, Sie geben im Moment dafür weniger aus und nehmen dann aus den Privatisierungserlösen 100 Millionen DM, anstatt das aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren, wie es sich eigentlich gehören würde.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Anteil von arbeitsplatzschaffenden und -sichernden Maßnahmen fällt mit 240 Millionen DM angesichts der rapide zunehmenden Arbeitslosigkeit leider auch im Freistaat Bayern beschämend gering aus. Die Forderung des DGB nach einem bayerischen Bündnis für Arbeit, nach einem Pakt für Beschäftigung wird mit diesen bescheidenen Mitteln nicht erfüllt werden können. Aktive Beschäftigungspolitik scheint nach wie vor ein Fremdwort zu sein, dem Sie sich nur zögerlich annähern.

Die Hansestadt Hamburg macht es übrigens vor und hat in der letzten Woche ein Bündnis für Arbeit in Hamburg abgeschlossen. Deshalb meine Frage: Herr Stoiber, bekennen Sie sich nach wie vor zu dem Ziel, die Arbeitslosigkeit in Bayern bis zum Jahr 2000 zu halbieren, oder halten Sie es in der Zwischenzeit für aussichtslos, 200 000 neue Arbeitsplätze in Bayern zu schaffen? Das Bündnis für Arbeit in Hamburg sieht Maßnahmen für Arbeit und Ausbildung, für Umwelttechnik, Existenzgründungen, insbesondere auch für Arbeitslose - Sie haben heute darauf hingewiesen -, Dienstleistungen, Umwandlung von Überstunden in Beschäftigung, Teilzeitangebote in größtem Ausmaß, ein Bündnis gegen illegale Beschäftigung - was ich für besonders interessant halte - und vieles andere vor. Es ist in seiner Anlage - wir kennen die genauen Vorstellungen von Ihnen noch nicht - deutlich umfangreicher als das, was Sie uns heute hier vorgestellt haben - und dies in einer finanziell wesentlich schwierigeren Situation der Hansestadt Hamburg, als es hier im Freistaat Bayern der Fall ist.

Ich halte es in diesem Zusammenhang, Herr Ministerpräsident, übrigens für schlicht und einfach schizophren, wenn Sie am Anfang dieses Jahres gemeinsam mit den Gewerkschaften zu Recht den Abbau von Überstunden gefordert und um mehr Flexibilität für Arbeitszeitkonten geworben haben und ähnliches, gleichzeitig im öffentlichen Dienst des Freistaats Bayern aber nach wie vor Überstunden in Millionenhöhe gemacht werden. Die einen schufteten bei immer höheren Abzügen, und die anderen bleiben außen vor und möchten gerne arbeiten. Da muß der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen und darf nicht hinterherdackeln. Das ist das, was wir zu erreichen versuchen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Stoiber, ich halte es gleichfalls für schizophren, wenn Sie die Arbeitgeberseite richtigerweise am Anfang dieses Jahres aufgefordert haben, ihre Ausbildungsanstrengungen zu erhöhen, und gleichzeitig während Ihrer Regierungszeit die Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst des Freistaats von 4416 Ende 1993 auf 3180 Ende 1995 zurückgegangen sind, also um mehr als 25 %. So kann es doch nicht weitergehen: von anderen fordern, was man selber nicht einzuhalten bereit ist.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht eben nicht, die Arbeitgeber publikumswirksam zu beschimpfen und gleichzeitig selbst als Arbeitgeber zu versagen.

An dieser Stelle frage ich mich folgendes: Was hat Sie eigentlich geritten, die Vorschläge, die Sie am Jahresanfang in einem Interview der Zeitschrift „Focus“ vorgelegt haben, nicht durchzusetzen oder wenigstens zu versuchen, sie durchzusetzen? Sie haben dort zu den zehn Punkten, die Sie genannt haben, gesagt, daß sich die Tarifsteigerungen im Rahmen der Inflationsrate, also zur Sicherung des Realeinkommens, bewegen sollen. Jetzt werden jedoch zwei Nullrunden gefordert. Was hat das eigentlich für einen Sinn?

Welche Schwierigkeit haben wir denn zur Zeit: Wir haben die Schwierigkeit, daß die Binnenkonjunktur lahm, daß keine Nachfrage vorhanden ist, daß wir Exportüberschüsse haben aber keine Menschen, die über genügend Geld verfügen. Deshalb ist dies das falsche wirtschaftspolitische Konzept.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist richtig, daß momentan die Tarifforderungen nicht in den Himmel wachsen können. Das wissen auch die Gewerkschaften. In Zeiten einer lahmenden Binnenkonjunktur mit Nullrunden zu operieren bedeutet jedoch, den Staat kaputtzusparen. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen die Verwendung der Privatisierungserlöse unter vier Überschriften stellen:

Erstens. Weichenstellung für moderne Zukunftstechnologien, für Forschung und für die Einführung neuer Studiengänge.

Zweitens. Neue Unternehmen müssen gegründet und ihre Existenz gesichert werden.

Drittens. Der Wirtschaft müssen Hilfen geboten werden, um aktuelle Schwierigkeiten zu überstehen und den in Bayern dramatischen Anstieg von Pleiten zu stoppen.

Nach dem Rekordjahr der Pleiten im vergangenen Jahr im Freistaat Bayern haben wir im ersten Quartal 1996 einen nochmaligen Anstieg um ein Drittel zu verzeichnen. Dies ist ein Alarmsignal. Aus diesem Grunde muß in diesem Bereich schnell etwas getan werden. Am Sonntag und an Feiertagen vom Mittelstand und vom Selbständigmachen zu reden und an den Wochentagen der Großindustrie Forschungsmittel und Subventionen zu geben, ist die falsche Politik.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Im sozialen Bereich sollen beschäftigungswirksame Maßnahmen durchgeführt werden. Wir haben versucht, diese Gelder nicht in Fonds zu stecken, da dies momentan kein angemessenes Rezept ist und wir versuchen wollen, möglichst viel von diesen 2,3 Milliarden DM direkt beschäftigungswirksam anzulegen. Wir sind uns bewußt, daß es hier verfassungsmäßige Schwierigkeiten gibt und Umwegfinanzierungen nötig sind.

In diesen von mir genannten vier Blöcken sind Gründerzentren und vernünftige Möglichkeiten, in größerem Umfang an Risikokapital zu kommen, genauso enthalten wie die Förderung neuer Technologien, die Nutzung regenerativer Energien, eine Energieeffizienzsteigerung, die Einführung neuer Lehrstühle und Studiengänge insbesondere in Krisenregionen und die dringend überfällige Sanierung naturwissenschaftlicher und anderer universitärer Einrichtungen.

Schließlich wollen wir unseren Kindern keinen Schrott und keine Ruinen hinterlassen. Wenn Ihr eigener Kultusminister sagt, daß der Sanierungsbedarf bei den Universitätskliniken zwischenzeitlich auf 1,5 Milliarden DM angestiegen sei, halte ich das für eine Schande. Das ist der Beweis dafür, daß Sie auch mit Ihrem Programm versuchen, Haushaltslöcher zu stopfen, weil Sie in den letzten Jahren auf diesem Gebiet versagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne diese Vorschläge nur kursorisch, weil wir sie bereits im März vorgestellt haben. Ich betone nochmals, daß es in der einen oder anderen Einzelmaßnahme auch Übereinstimmung gibt. In der großen Linie jedoch kann es keine Übereinstimmung geben.

Meine sehr geehrten Herren, meine sehr geehrten Damen, eine Frage muß erlaubt sein: Was gestaltet die CSU seit Beginn dieser Legislaturperiode in der Landespolitik eigentlich anders, wenn man den Verkauf von Staatsvermögen einmal ausnimmt? Wir hatten und haben in diesem Jahr in Bayern eine absolute Rekordarbeitslosigkeit. Wir haben in vielen Regionen Strukturkrisen, zum Beispiel in Augsburg, in Nürnberg, in Schweinfurt, in Oberfranken, in der Oberpfalz und in Niederbayern. Herr Ministerpräsident, liebe Kollegen und Kolleginnen der CSU-Fraktion, ich wünschte mir, daß Sie zum richtigen Zeitpunkt - teilweise schon vor zehn Jahren - unseren Warnungen Rechnung getragen und in diesen Krisenregionen investiert hätten. Damals waren für Sie „Industriepolitik“ und „regionale Strukturpolitik“ Fremdwörter. Wir könnten uns heute viele Mittel sparen, wenn Sie damals unseren Anträgen gefolgt wären.

(Miller (CSU): Sie haben doch an den alten Zöpfen festgehalten!)

Ist Bayern eigentlich wirklich vorn? In der Zwischenzeit leider ja, nämlich bei der Zunahme der Arbeitslosigkeit. Es ist nicht vorne bei der Wirtschaftskraft pro Erwerbstätigem und auch nicht beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Die Arbeitslosigkeit hat im März dieses Jahres in Bayern um 18,5 % zugenommen. Im April dieses Jahres hat sie sogar um 12,5% zugenommen. Wir wollen diese Quote nicht schlechttreden, da sie die niedrigste in ganz Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU)

Diese Quote hat jedoch stärker als in anderen Bundesländern zugenommen. Das sind Alarmzeichen. Wir dürfen nicht abwarten, bis die Quote noch schlechter wird. Deshalb darf man auch bei 6,7 oder 7,9 % nicht klatschen.

(Beifall bei der SPD)

Beim Bruttoinlandsprodukt liegt Bayern unterhalb des Schnitts der alten Bundesländer. Bei der Wachstumssteigerung liegt es hinter Hessen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen.

Bayern vorn? Ich fordere Sie zu mehr Redlichkeit in dieser Debatte auf. Das verarbeitende Gewerbe verlor 17 000 Arbeitsplätze, der Handel 13 000 und das Kredit-gewerbe 4 000. Nur bei den sonstigen Dienstleistungen waren 6 000 Arbeitsplätze mehr zu verzeichnen.

An dieser Stelle sei mir die ewig gleiche Frage wieder einmal gestattet: Wer regiert denn im Freistaat Bayern? Wer hat hier mit einer absoluten Mehrheit die Chance, rechtzeitig gegenzusteuern, ohne sich mit einem Koalitionspartner oder dem Bundesrat herumschlagen zu müssen? Das sind Sie. Die Situation, die wir heute haben, haben Sie und kein anderer zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, die heutige Debatte kann nicht isoliert von der wirtschafts-, finanz-, arbeits- und sozialpolitischen Gesamtsituation in unserem Lande geführt werden. Die Vielstimmigkeit, mit der über die zahlreichen Details, über die Zukunft des Standorts Deutschland und damit auch des Standorts Bayern diskutiert wird, birgt die Gefahr in sich, daß wir langsam den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen. Die Bundesrepublik Deutschland verdankt ihren Aufstieg zu einer der führenden Industrienationen dieser Welt

(Zuruf von der CSU: Der Union!)

nicht in erster Linie dem mehr oder weniger segensreichen Wirken von Regierungen oder gar Parteien. Sehr verehrter Herr Kollege, sie verdankt diesen Aufstieg dem Können und dem Fleiß der in unserem Lande arbeitenden Menschen und sonst niemandem.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es für das Gesamtklima in unserem Lande unerträglich, wenn CDU, CSU, FDP und manche Funktionäre von Unternehmerverbänden seit Monaten und teilweise seit Jahren den Eindruck erwecken, daß es sich bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern um eine Ansammlung arbeitsscheuer, fauler, satter und egoistischer Sozialschmarotzer handele, die sich mit minimalem Aufwand auf Kosten der Zukunft unseres Landes bereichern wollten.

(Miller (CSU): Das hat nur Herr Schröder gesagt!)

- Nein, das hat er nicht gesagt. Diesem Denken der genannten Parteien und Interessengruppen entspricht auch das Originalzitat des Vorstandsmitglieds eines großen Unternehmens. Wenn man es hört, kann es einem kalt den Rücken herunterlaufen. Danach sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Grunde nichts anderes als „Kostenstellen mit zwei Ohren“. Dazu kann ich nur sagen:

Pfui! Aus solchen Vokabeln spricht eine starke Menschenverachtung. Mit solchen Äußerungen wird das notwendige Klima der Kompromißbereitschaft und des Konsenses, in dem eine Wirtschaft am besten gedeihen kann, kaputtgemacht.

(Beifall bei der SPD)

Wer allen Ernstes glaubt, daß er mit einer solchen Politik die Menschen zu Anstrengungen motivieren kann, die dringend notwendig sind, um Deutschland im Zuge der Globalisierung und des technologischen Strukturwandels auch im nächsten Jahrtausend im internationalen Vergleich an der Spitze zu halten, der täuscht sich gewaltig.

Ich bitte Sie einmal, sich von der Illusion zu verabschieden, daß wir es schaffen könnten, in einen Wettbewerb einzutreten, in dem wir dauernd versuchen, unsere Standards nach unten zu korrigieren. Einen solchen Wettbewerb könnten wir nie gewinnen. Es wird uns nie möglich sein, im Hinblick auf die Lohnkosten, auf die Sozialstandards und die Umweltstandards mit den Ländern Südostasiens, Osteuropas und anderer Regionen dieser Welt in einen Wettbewerb zu treten. Denn was wäre die Folge?

(Zuruf des Abgeordneten Miller (CSU))

- Doch, es ist vorhin gesagt worden, unsere Umweltstandards seien zu hoch, unsere Sozialstandards seien zu hoch. - Was würde denn passieren, wenn wir sie senkten? - Dann würden die anderen sie wiederum senken. Dann würden auch wir sie weiter senken und noch einmal und noch einmal und noch einmal. Irgendwann hätten wir dann die niedrigsten Standards, oder alle auf der Welt hätten die gleichen.

(Zurufe von der CSU)

- Selbstverständlich übertreibe ich jetzt. Ich tue es, um die Entwicklung zu verdeutlichen. Man muß doch einmal klarmachen dürfen, in welche Richtung etwas geht. Ich weiß natürlich, daß meine Schilderung etwas überspitzt ist.

(Zuruf von der CSU: Märchenstunde!)

Da die anderen uns immer wieder überbieten würden, würde bei uns letztlich der Zustand eintreten, daß es keine Menschen mehr gäbe, die kaufen könnten, was dann produziert würde. Wer uns das dargestellte Verhalten empfiehlt, der sägt an dem Ast, auf dem er selbst sitzt. Darum sollten wir eine solche Diskussion wie die jetzt begonnene endlich einmal sein lassen.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen Nenner gebracht: Nicht der Sozialstaat ist die Ursache für unsere Strukturkrise. Vielmehr ist die Strukturkrise mit Millionen von Arbeitslosen als Konsequenz der Grund dafür, daß unsere Sozialsysteme ins Wanken kommen. Um auch hier einer Legendenbildung vorzubeugen, möchte ich auf eines hinweisen: Der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt ist mit einem Drittel seit 16 Jahren unverändert. Er hat sich nicht erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur die Finanzierung dieses Anteils hat sich dramatisch verändert, und zwar zu Lasten von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, nachdem immer mehr Leistungen aus den Kassen der Sozialversicherungen bezahlt wurden, für deren Inanspruchnahme nie ein Pfennig an Beitrag geleistet worden ist. Das ist das Dilemma, in dem sich unser Sozialversicherungssystem befindet. Ich nenne nur zwei Beispiele in dem Zusammenhang: die Fremdrenten und der Aufbau Ost.

Herr Stoiber, vor dem Hintergrund weiß ich nicht, warum Sie von den Forderungen abgerückt sind, die Sie zu Jahresbeginn erhoben haben, auch in dem bereits erwähnten Interview. Sie sagten damals, die Lohnnebenkosten müßten gesenkt werden, und zwar die, für die keine Beiträge geleistet worden seien. Sie erklärten, man müsse damit anfangen, und zwar sofort, weil die Lohnkosten nicht gesenkt werden sollten - da gebe ich Ihnen recht -, wohl aber die Lohnneben- und damit die Arbeitskosten. Ich frage mich, warum Sie von diesen Forderungen Abstand genommen haben, warum davon nun keine Rede mehr ist und warum all das sogar verschoben werden soll. Heute geht es darum, Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn uns das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das Ifo-Institut und alle anderen sagen, daß die Senkung der Lohnnebenkosten um ein Prozent die Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen zur Folge hätte, sollten wir es einmal ernst nehmen und nicht in den Wind schießen.

(Beifall bei der SPD)

Jahrelang haben Sie es zugelassen, daß die Sozialversicherungssysteme durch sachfremde Ausgaben ausgeräubert wurden. Nicht Sozialmißbrauch, sondern Sozialsystemmißbrauch hat stattgefunden. Aber jetzt sollen die Beraubten gleichermaßen Wiedergutmachung leisten. Wir sagen - und wir sind keine Neinsager - ja zum Sparen. Denn Sparen ist etwas Gutes. Aber es muß an der richtigen Stelle und sozial gerecht erfolgen, also bei allen.

(Frau Riess (CSU): Wo?)

- Ich komme gleich dazu. - Sparen muß vernünftig sein, Sparen muß gerecht sein. Sonst geht das Modell Deutschland kaputt, das Modell Deutschland, das geschaffen wurde von Adenauer, von Erhard, von Willy Brandt und von Helmut Schmidt. Dieses Modell Deutschland geht sonst kaputt. Dem müssen wir uns entgegenstemmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Stoiber, Sie haben vorhin richtigerweise gesagt: Wir können uns nur das leisten, was wir auch tatsächlich leisten. - Ich sage Ihnen: Die Art des „Sparens“, die Sie auf Bundesebene mitzutragen versuchen, diese Art des sogenannten Sparens, diese Art des Raubes an denen, die Beiträge gezahlt haben und die auf die Systeme der sozialen Sicherung angewiesen sind, diese Art des Raubes, die können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem heute auch in Bonn darüber diskutiert wird und Sie, Herr Ministerpräsident, bei der Aktuellen Stunde hier am Freitag vor 14 Tagen nicht anwesend sein konnten - auch Herrn Glück war es nicht möglich -, sage ich es noch einmal: Besonders schlimm ist es, daß Sie das Renteneinstiegsalter für Frauen nun innerhalb eines Jahres erhöhen wollen, und zwar unter Mißachtung der Lebensplanung der Frauen. Dabei haben doch Sie, Herr Glück - ich betone das nochmals -, in Ihrer unnachahmlichen nachdenklichen Art erst kürzlich gesagt, daß man in die Lebensplanung von Menschen nicht eingreifen dürfe.

(Alois Glück (CSU): Deshalb gibt es Rentenerhöhungen!)

- Wenn man Frauen, die 45 Jahre lang gearbeitet haben und die nun mit 60 Jahren in Rente gehen wollen, für jedes Jahr vor Erreichen der Altersgrenze 3,6 % der Rente abzieht, hilft eine marginale Rentenerhöhung von weniger als einem Prozent garantiert nicht weiter. So etwas ist Betrug an diesen Frauen. Das ist nichts anderes als „Bananisierung“ unserer Republik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Miller (CSU))

- Herr Kollege, wir haben doch zugestanden - das war Teil des Rentenkonsenses -, daß im Jahre 1997 geprüft werden soll, ob es die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik zuläßt, daß wir, beginnend im Jahre 2001, in mehreren Schritten und über einen längeren Zeitraum, nämlich bis zum Jahre 2012, das Renteneinstiegsalter für Frauen auf 65 Jahre erhöhen. Die Frage, ob derlei arbeitsmarktpolitisch sinnvoll wäre, ist derzeit zu verneinen. Denn es hätte zur Folge, daß ältere Menschen im Arbeitsprozeß bleiben, die jüngeren außen vor. Insofern wäre es unsinnig, die Erhöhung jetzt vorzunehmen. Auch so etwas können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Stoiber, ich frage mich auch, warum Sie sich nicht dafür eingesetzt haben, was Sie Anfang dieses Jahres beabsichtigten. So haben Sie damals gesagt, Sie begrüßten das Angebot der Gewerkschaften, daß Überstunden nicht mehr in die Berechnung der Lohnfortzahlung einbezogen werden sollen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Stoiber)

- Ich kann es Ihnen zeigen; ich habe es dabei. - Jetzt aber reichen Sie Ihre Hand dazu, daß die Lohnfortzahlung generell auf 80 % des bisherigen Betrags gekürzt werden soll. Das wird uns Streiks bescheren. Aber was wir im Moment am wenigsten gebrauchen können, sind Streiks. Diese Kürzung ist sozial ungerecht. Im Hinblick auf die angestrebten Einsparungen ist sie auch unsinnig. Durch die Erhöhung des Renteneinstiegsalters für Frauen werden Sie zwar 100 Millionen einsparen, durch die Reduzierung der Lohnfortzahlung aber 180 Millionen

weniger an Einnahmen haben, woraus ein Minus in Höhe von 80 Millionen DM resultiert. Die Art von Sparkommissaren, die so etwas vorschlagen, habe ich satt. Nichts bewirken sie, sondern machen nur unser Land weiter kaputt.

(Beifall bei der SPD)

Nein, meine sehr geehrten Herren und meine sehr geehrten Damen von der CSU, wir sind keine Neinsager. Vielmehr sagen wir: Wir brauchen einen vernünftigen Umbau unserer Sozialsysteme. Einen Punkt in dem Zusammenhang habe ich bereits genannt: Versicherungsfremde Leistungen müssen anders finanziert werden als derzeit.

(Zuruf von der CSU: Wie?)

- Ich komme auch darauf noch. - Wir sagen zum zweiten: Eine grundlegende Reform der Sozialhilfe ist überfällig, und zwar nicht eine, bei der an einem Prozent hier und einem Prozent da herumgepfriemelt wird, sondern eine wirklich grundlegende Reform, die mehr Eigenständigkeit der Menschen zum Ziel hat, aber auch gezielte Hilfe für die Menschen und unter anderem Kosteneinsparungen.

Drittens. Es ist natürlich notwendig, endlich zu einer schrittweisen Beteiligung der Beamten an ihrer eigenen Altersversorgung zu kommen und zu einer Angleichung der Alterssicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland. Gleiche Lebensarbeitszeiten und gleiche Bezahlung müssen Pensionen und Renten in gleicher Höhe zur Folge haben. Das ist derzeit nicht der Fall. Da können wir ansetzen und auch zugunsten unserer Kinder sparen.

Viertens wäre es ein Unsinn, wenn die sogenannten versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse nach wie vor versicherungsfrei blieben. Vernünftiger wäre, zum Beispiel wenigstens die Steuerbelastung umzulenken, das heißt, in Sozialabgaben umzuwandeln; denn auch davon würden die Rentenkassen profitieren.

Sie haben gefragt, was ich tun will. Wir wollen zum Beispiel die Massenkaukraft stärken, das heißt, Steuern und Abgaben müssen runter, und zwar vor allen Dingen die Eingangssteuersätze.

(Dr. Bernhard (CSU): Durch Schulden!)

- Nein, nicht durch Schulden, Herr Kollege. Wir sagen, daß der Eingangsteuersatz von 25,9 % auf 20 % herunter muß; außerdem muß der Solidaritätszuschlag so schnell wie möglich abgeschafft werden. Wenn Sie fragen, wie wir das finanzieren wollen, sage ich Ihnen - in manchen Punkten stimmen wir sogar überein -: Wir wollen endlich die unerträglichen Steuersparmodelle abschaffen und die legalen Steuerschlupflöcher schließen, das Steuerrecht vereinfachen und in diesem Land endlich wieder Steuergerechtigkeit schaffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Anlässlich einer Anhörung haben uns die zuständigen Beamten in dieser Woche gesagt: „Man muß sich nur bücken, das Geld liegt auf der Straße.“ Würden wir endlich mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder einstellen, hätten wir auch mehr Steuergerechtigkeit und könnten Steuererleichterungen für diejenigen finanzieren, die sie brauchen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU - Miller (CSU): Das sollten Sie zuerst einmal dem Lafontaine sagen!)

Es war notwendig, in den neuen Bundesländern Hilfe zu leisten, und es ist weiterhin notwendig - aber auf vernünftige Art und Weise. Bestimmte Subventions- und Abschreibungsmöglichkeiten sollten abgeschafft werden. Bislang haben wir uns nur damit beschäftigt, wie es um das Aufbringen der Hilfsmittel für die neuen Bundesländer steht, haben uns aber nie darum gekümmert, was mit diesen Mitteln eigentlich getan wird. Dem sollten wir nunmehr gemeinsam nachgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. Bernhard (CSU): Das hat der Herr Ministerpräsident schon vor längerem eingefordert!)

Ich bin mit Ihnen einer Meinung: Es kann nicht sein, daß wir Betriebsverlagerungen mit Steuermitteln subventionieren, ohne daß ein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz entsteht.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten zehn bis 15 Jahren sind die meisten Arbeitsplätze bei Dasa, Daimler, Vulkan-Werft und Grundig verlorengegangen. Selbst wenn die Belegschaft angeboten hätte, zum halben Lohn doppelt soviel zu arbeiten, wären die Arbeitsplätze weg gewesen. Weshalb? Falsche Marktstrategien, falsche Produktentscheidungen und mangelnde Fähigkeit, in reichem Ausmaß vorhandenes Wissen in kurzem Zeitraum in wettbewerbsfähige Produkte umzusetzen. Deshalb brauchen wir eine neue Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, um Bayern für das 21. Jahrhundert fit zu machen. Während Ihre Regierung mit dem Leertitel „Bayern Online“ eine Worthülse geschaffen hat,

(Lachen des Abgeordneten Sinner (CSU))

ist Nordrhein-Westfalen gerade dabei, sämtliche Schulen an das Internet anzuschließen.

(Miller (CSU): Und was machen die in den Schulen mit dem Internet?)

Was passiert in Bayern? Der „Initiativkreis High-Tech in Bayern“, hinter dem mehr als 20 bayerische Unternehmen stehen, bietet Jugendlichen die Möglichkeit, Hochtechnologie praxisnah zu erleben. Unter dem Motto „Meet the future“ finden im Juni und Juli „Future events“ für Schüler statt. Die Wirtschaft ist also in der Bildungspolitik wesentlich innovativer als der Altphilologe Zehetmair.

(Sinner (CSU): Sokrates war innovativer als Sie!)

Gestern ist uns vom Personalchef eines renommierten bayerischen Automobilunternehmens mitgeteilt worden: Gäbe es ein vernünftiges Konzept für den Einsatz von Computern in den Schulen, würde sich sein Unternehmen - wie es die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen tun - selbstverständlich auch an der Ausstattung der Schulen mit PCs und anderen Kommunikationstechniken beteiligen. Deshalb fordere ich Sie auf, für ein solches Konzept zu sorgen; denn der Umgang mit PCs und Datennetzen wird zur Kulturtechnik der kommenden Generation - ob es den Älteren gefällt oder nicht. Deshalb müssen die Lehrinhalte endlich geändert werden. Wir müssen von der fruchtlosen Diskussion über Schulorganisation wegkommen und hin zur Diskussion über Lehrinhalte an unseren Schulen kommen. Absichtserklärungen, Schlüsselqualifikationen zu lehren, müssen nun endlich umgesetzt werden. Wir dürfen unsere Kinder nicht weiterhin in den Schulen mit dem Griffel schreiben lassen, wenn sie zu Hause schon den PC bedienen. Da muß sich manches gründlich ändern.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU - Dr. Bernhard (CSU): Die haben doch PCs, schauen Sie doch einmal in die Schulen rein!)

- Verehrtester, ich habe zwei Enkelinnen und weiß ein klein bißchen darüber Bescheid, wie das Schulwesen in Bayern ausschaut.

(Fortgesetzte Zurufe von der CSU – Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Gestatten Sie mir doch hin und wieder semantische und rhetorische Übertreibungen, um Sachverhalte klarzumachen. Müssen denn alle so dröge Reden halten wie der Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der CSU - Kolo (SPD): Das übersteigt deren Auffassungsvermögen! - Max von Heckel (SPD): Bei denen muß man ankündigen: „Jetzt kommt ein Scherz“!)

Wir brauchen ein bayerisches Bündnis für Arbeit, Schwerpunkte in der Bildungspolitik und in der Kommunikationstechnologie, eine solidarische Arbeitsmarktpolitik sowie Optimismus und positive Visionen.

Das heißt auch, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern. Ich hoffe immer noch, daß wir in manchen Punkten gemeinsam etwas erreichen, zum Beispiel bei der steuerlichen Begünstigung reinvestierter Gewinne. Von Mittelständlern, die Arbeitsplätze nicht ins Ausland verlagern können, hören wir immer wieder, daß Gewinne, die in den Betrieben im Inland investiert werden, gegenüber Gewinnen steuerlich begünstigt werden müssen, die aus Unternehmen herausgenommen und irgendwo in dieser Welt angelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen den Generationswechsel insbesondere in den Handwerksbetrieben erleichtern und die Kapitalausstattung kleiner und mittlerer Unternehmen verbessern. Solche in die Zukunft gerichteten Botschaften und Programme, die den Menschen Mut machen, hätten wir auch von Ihnen angesichts der schwierigen Situation erwartet. Die Redlichkeit gebietet aber auch, den Menschen offen zu sagen: Selbst wenn es uns gelingt, alle vorhandenen Ressourcen intelligent und effizient auszuschöpfen, wird es nie mehr so sein, wie es einmal war; denn mit der Globalisierung sind tiefgreifende Veränderungen verbunden, die von uns vollkommen neue Antworten verlangen.

Professor Ulrich Beck, der Ihrer Zukunftscommission angehört, hat in der vergangenen Woche in einem „Spiegel“-Essay mit dem Titel „Kapitalismus ohne Arbeit“ anschaulich aufgezeigt, wie künftig immer weniger Menschen immer profitabler wirtschaften werden, so daß der lebenslange voll versicherungspflichtige Arbeitsplatz für immer mehr Menschen der Vergangenheit angehören dürfte. Wenn aber eine immer kleinere Zahl von Menschen und Unternehmen immer mehr verdient und die große Masse immer weniger, müssen wir zu neuen Formen der Verteilung und des Ausgleichs kommen, sofern uns die Gesellschaftsordnung nicht um die Ohren fliegen soll.

Ich halte es für skandalös, daß nur 10 % der Privathaushalte über 49 % der mehr als 4000 Milliarden DM umfassenden privaten Vermögen verfügen. Auf die übrigen Privathaushalte entfallen lediglich 2,4 % dieser privaten Vermögen. Diese Verteilung ist das Ergebnis der Entwicklung der Bundesrepublik - auch das Ergebnis Ihrer Regierungszeiten.

Die Schere der Vermögensverteilung wird künftig noch weiter auseinanderklaffen, und darauf hinzuweisen hat nichts mit Neidmentalität, nichts mit Klassenkampf und nichts mit Ballonmützenrhetorik zu tun, Herr Ministerpräsident. Vielmehr muß man fragen: Wer sind in dieser Gesellschaft eigentlich die sozial Schwachen? Diejenigen, die bei kleinsten Einkommen, vollzeitbeschäftigt zum Beispiel als Verkäuferinnen und Postboten arbeiten und deren Einkommen nach Abzügen für den Unterhalt ihrer Familien nicht ausreichen, so daß sie teilweise zum Beispiel in München noch einen Zweitjob annehmen müssen?

Diejenigen, die als Kleinstrentnerinnen eine Durchschnittsrente von nicht einmal 1000 DM haben, und denen Sie jetzt pro Jahr 3,6 % wegnehmen wollen, wenn sie früher in Rente gehen? Oder meinen Sie diejenigen Frauen, die von ihren Männern alleingelassen worden sind und als alleinerziehende Mütter zwei oder drei Kinder großziehen? - Diejenigen als die sozial Schwachen zu bezeichnen, habe ich allmählich satt.

Sozial schwach sind in Ihrem Sozialempfinden nämlich diejenigen, die ihre Steuern in dem Land zahlen, in dem sie am geringsten sind, oder die bei uns möglichst keine Steuern zahlen, es aber für selbstverständlich halten, daß hier in diesem Lande für sie und ihre Familien kostenlos die beste Infrastruktur geboten wird, die auf der Welt

überhaupt zu haben ist. Das sind die „sozial Schwachen“ in dieser Gesellschaft.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Deshalb besteht die Notwendigkeit eines gerechten Lastenausgleichs, der auch denjenigen ein menschenwürdiges Leben sichert, die zur Produktivitätssteigerung nichts beitragen können. Dieser gerechte Lastenausgleich ist auch im ureigensten Interesse der Globalisierungsgewinner. Schon der griechische Sagenkönig Midas mußte die Erfahrung machen, daß man Geld nicht essen kann. Auch Spitzenverdiener - ob als Privatpersonen oder Unternehmer - wollen saubere Straßen und Flüsse, wollen Schulen, Theater, Krankenhäuser, funktionierende Verkehrsverbindungen, kurz die gesamte Infrastruktur, die den Standort Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch für die persönliche Lebensqualität so lebenswert macht, und derentwegen wir von einem „Lebensstandort Deutschland“ sprechen können.

Die beängstigende Kriminalität und die zum Teil offene Anarchie, die es in zahlreichen Metropolen dieser Welt gibt - bei uns Gott sei Dank noch nicht -, die zunehmende „Verslumung“ insbesondere auch amerikanischer Großstädte, all dies sollte uns warnend vor Augen führen, zu welcher Entwicklung es kommt, wenn der soziale Kitt einer Gesellschaft wegbriecht.

Das, Herr Ministerpräsident, sind die eigentlichen Themen und Probleme, denen sich die Politik stellen muß, und zwar nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern sofort und auf allen Ebenen, und hoffentlich auch hier im Bayerischen Landtag.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Hiersemann: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CSU, Herr Kollege Alois Glück.

Alois Glück (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Rede der Frau Kollegin Schmidt habe ich mich an meine erste Bürgerversammlung erinnert. Ich war, wenn ich mich recht erinnere, etwa 15 Jahre alt. Als bei dieser Bürgerversammlung der Bürgermeister vorne aufgestanden ist, um die Versammlung zu eröffnen, sagte mein Tischnachbar: „Na, was wird er denn sagen?“ Daraufhin sagte mein anderer Tischnachbar: „Das ist mir völlig wurscht, ich bin auf jeden Fall dagegen.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU - Max von Heckel (SPD): Der Witz ist ganz neu!)

Die Versammlungsteilnehmer haben das sehr genossen, und weil der betreffende Redner immer wieder Beifall bekommen hat, hat er gemeint, auch Chancen zu besitzen, gewählt zu werden.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Er hat aber völlig verkannt, daß es die Menschen zwar ganz gerne haben, wenn kritisiert wird, daß Sie aber sehr gut unterscheiden können, wer zum Regieren geeignet ist und wer nicht.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Schmidt, was Sie heute vorgetragen haben ist dort, wo Sie Themen angesprochen haben, reduziert auf Überschriften. Nirgendwo haben Sie konkrete Alternativen genannt. Letztlich haben Sie nur einen Beleg dafür geliefert, daß Sie mit Ihrer Partei dauerhaft zur Opposition geeignet sind, daß Sie aber ungeeignet sind, als echte Alternative zur CSU das Land zu regieren.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Ihr Grundproblem. Sie sind stets verstrickt in innere Widersprüche des Sowohl-Als-auch. Auch heute habe ich mich an das erinnert, was ich am 27. März in der Abendzeitung gelesen habe. Da steht als wörtliches Zitat von Herrn Kronawitter:

Das ist doch katastrophal. Nicht mal ich verstehe, was die SPD eigentlich will. Jetzt bin ich ein „qualifizierter“ Sozi.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wie sollen es die Bürger verstehen?

Ich lasse jetzt einmal offen, was ein „qualifizierter Sozi“ ist. Ich kann mir darunter schon etwas vorstellen.

(Heiterkeit bei der CSU)

Aber in einem sind wir einig, Herr Kronawitter: Wir sind gemeinsam ratlos, was Ihre Partei wirklich will.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Wenn der neue SPD-Generalsekretär - ich sehe ihn gerade nicht - meint, das Ganze mit Aggressivität überspielen zu müssen und dann sagt, daß dieses Land in einem erbarmungswürdigen Zustand sei, dann, meine Damen und Herren, verwechselt er den Zustand der SPD mit dem des Landes Bayern, und das ist eine Beleidigung für unseren Freistaat.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Schmidt, Sie haben nach der letzten Kommunalwahl Ihre eigene Basis stark kritisiert. Das ist zunächst ein innerparteilicher Vorgang. Sie haben das mit sich selbst und Ihrer Partei auszumachen. Dennoch kritisieren Herr Schösser und andere zu Recht, daß bei Schwierigkeiten einer Firma deren Führung den Arbeitnehmern stets die Schuld gibt, sich selbst aber als schuldlos bezeichnet. Sie müssen innerparteilich selbst ausmachen, ob und welche Impulse von der Führung ausgehen, um die Basis entsprechend zu motivieren.

Sie haben davon gesprochen, eine große konzeptionelle Alternative für den Einsatz der Privatisierungserlöse aufzeigen zu können.

(Miller (CSU): Nichts haben wir in letzter Zeit gehört!)

Am 8. März - Sie haben es angedeutet - haben Sie in einer Pressekonferenz die Vorschläge der SPD für eine zweite Tranche vorgestellt. Ich nenne einmal einige Positionen:

Erstens. Förderung neuer und Sicherung bestehender Unternehmen, Erhöhung der Beteiligung an der LfA für Risikokapitalengagements für junge und aussichtsreich operierende Unternehmen. Das wurde bereits in der ersten Tranche berücksichtigt; und in der zweiten Tranche - -

(Frau Renate Schmidt (SPD): Ich habe doch gesagt, was daraus geworden ist!)

- Sie haben es doch selbst am 8. März wieder vorge schlagen. Wo ist denn Ihre Alternative?

Zweitens. Aufstockung des Kapitals der Kreditgarantiegemeinschaft. Das ist bereits im Konzept der Staatsregierung enthalten. Bei der Wirtschaftsförderung schlagen Sie eine staatliche Beteiligung an Gründerzentren vor. Das ist bereits in der ersten Tranche berücksichtigt. Sie wollen mittelständische Unternehmen durch staatliche Baunachfrage stärken und staatliche Werte erhalten. Das ist aber bereits ausdrücklich in beiden Programmen berücksichtigt. Allein im vorliegenden Programm beträgt das Bauvolumen 800 Millionen DM. Außerdem fordern Sie sonstige Investitionen in staatliche Einrichtungen und nennen dabei das KZ Dachau und die Hochschule für Film und Fernsehen. Auch das ist bereits im Konzept der Staatsregierung enthalten.

(Kaul (CSU): Alles drin!)

Im Bereich Umwelt und Energie fordern Sie die Nutzung regenerativer Energien in staatlichen Gebäuden. Das ist der einzige Bereich, der hier nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Insoweit bestehen nämlich unterschiedliche Vorstellungen, wie wir mit der Umwandlung weiterer Beteiligungen im Energiebereich zielgerichtet etwas unternehmen können.

Der Bereich Bildung, Ausbildung und Forschung ist sowohl in der ersten als auch in der zweiten Tranche enthalten. Ebenso zukunftsorientiertes Wohnen und Arbeiten neue Museen, Wohnen auf dem Land, Förderung von Breitensport und Hochschulsport.

(Kaul (CSU): Alles drin!)

Meine Damen und Herren, wer einerseits das Konzept der Staatsregierung als ein Streuen der Mittel über das Land kritisiert, andererseits aber selbst nichts anderes macht, als vom ersten Programm der Staatsregierung abzuschreiben und das dann als eigene Politik auszugeben, der leistet letztlich eine Bankrotterklärung für die eigene Politikfähigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Über den Schwerpunkt des Einsatzes der Privatisierungserlöse kann man zwar unterschiedlicher Meinung sein, aber die Tatsache, daß wir in der Lage sind, Privatisierungserlöse zu zusätzlichen Akzenten in der bayerischen Politik zu verwenden, ist das Ergebnis der langen Regierungszeit der CSU. Wie anders es laufen kann, erleben wir überall dort, wo die SPD regiert. Wenn bei uns die Pro-Kopf-Verschuldung nicht bei rund 2400 DM läge, sondern bei 6000, 7000, 12000 oder 14000 DM, wie in SPD-regierten Ländern, könnten wir nichts anderes tun, als Schulden abzubauen, anstatt neue Initiativen zu fördern.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Bis 1989 haben Sie von diesen verschuldeten Ländern noch etwas bekommen!)

Die Situation in Bayern wäre genau so wie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen,

(Frau Renate Schmidt (SPD): Von Nordrhein-Westfalen haben Sie bis 1989 noch Geld bekommen!)

wenn die SPD in Bayern regiert hätte oder wir den Anträgen der SPD im Plenum oder im Haushaltsausschuß zugestimmt hätten. Dann befänden wir uns in genau derselben Situation.

(Beifall bei der CSU)

Insofern müßten Sie fast dankbar dafür sein, daß Sie nicht regiert haben, denn so können Sie jetzt wenigstens darüber nachdenken, wie wir das zusätzliche Geld besser einsetzen könnten. Wenn Sie selbst regiert hätten, könnten Sie nur noch Löcher stopfen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen möchte ich an dieser Stelle den Vorgängern in den Ämtern des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und in Ämtern innerhalb der Fraktion ausdrücklich dafür danken, daß in Bayern immer eine Haushaltspolitik der Kombination von Sparen und Investieren praktiziert wurde. Wir hatten über Jahrzehnte hinweg eine so solide Finanzpolitik, daß wir jetzt nicht bis zur Kante der Oberlippe im Wasser der Verschuldung stehen wie jene Bundesländer, die von der SPD geführt werden, und deswegen noch für Handlungsinitiativen frei sind.

Das typische Merkmal bayerischer Politik war seit jeher die Kombination von Fortschritt und Wandel einerseits und von Lebenskultur andererseits. Nach diesem Kriterium wurden die Privatisierungserlöse eingesetzt. 60 % der Privatisierungserlöse aus der ersten und der zweiten Tranche werden für Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur eingesetzt und rund 20 % für die unmittelbare Wirtschaftsförderung. Die übrigen 20 % verteilen sich auf verschiedene Bereiche, zum Beispiel auf Umwelt, Soziales, Kindergärten und Wohnungsbau. In ganz Deutschland wird registriert, daß die Privatisierungserlöse in Bayern dort investiert werden, wo sie für die langfristige Entwicklung eines Landes von erheblicher Bedeutung sind.

Frau Schmidt, Sie haben davon gesprochen, daß es in unserer Wirtschaft da und dort an Innovationskraft mangelt. Das ist ein ernstzunehmendes Thema. Ich hatte in dieser Woche ein Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herrn Professor Frühwald. Er hat unter anderem berichtet, daß die gesamte deutsche Wirtschaft, im wesentlichen aber die Industrie, in den letzten Jahren - wenn ich mich recht erinnere - 34 000 Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung abgebaut hat. Nach seiner und auch nach meiner - unmaßgeblicheren - Einschätzung ist das eine kurzsichtige Politik.

Zwar können wir Wissenschaftler in aller Welt einkaufen. Auch in Asien und anderswo gibt es hervorragende Wissenschaftler, und Entfernungen spielen kaum mehr eine Rolle. Ich empfehle aber, daß sich die deutsche Wirtschaft intensiver mit der Frage auseinandersetzt, ob es richtig ist, in diesem Bereich in eine so weltweite Arbeitsteiligkeit zu gehen und ob man dadurch eventuell die eigene Innovationskraft schwächt, anstatt alles nur unter dem Aspekt des Kostenmanagements zu sehen.

Kreativität und Kostenmanagement gehören zusammen. Es nützt nichts, nur kreativ zu sein, ohne die Kosten im Griff zu haben. Ein solches Unternehmen war beispielsweise Nixdorf. Es nützt aber auch nichts, nur Kostenmanagement zu betreiben und die Kreativität zu verlieren. Deshalb beachten wir in unserer Politik beide Ansätze.

Der Strukturwandel ist nicht nur ein Ergebnis der Kosten unseres Sozialstaats. Im Strukturwandel, der durch die technische Revolution der Mikroelektronik ausgelöst ist, durch den Chip, den Winzling, der die Welt verändert, und durch die Globalisierung fällt es uns aufgrund unserer Kostenbindungen sehr schwer, die Veränderungen zu meistern.

Der Vorwurf mangelnder Innovationen kann sich nicht nur an das Management und die Führungskräfte richten. Herr Schösser, einer Ihrer Vorgänger im Amt, Herr Deffner, hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des DGB gesagt, als der Computer kam - ich zitiere -:

(Schösser (SPD): Das sollten Sie nachlesen, das stimmt nicht!)

Die neuen Technologien sind universelle Rationalisierungs- und Kontrolltechnologien, die dazu dienen, Arbeitsplätze zu zerstören und das Denken und Handeln der Arbeitnehmer umfassend zu kontrollieren.

(Schösser (SPD): Weiterlesen, jetzt geht es um die Sozialverträglichkeit!)

Ich bin sehr dafür, miteinander ein anderes Klima für Innovationen zu schaffen. Wenn aber heute die Genossen, die jahrelang durchs Land gezogen sind und Technologiefeindlichkeit gepredigt haben, andere anklagen wollen, dann ist das eine falsche Rollenverteilung.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten über Ihren Beitrag zu so mancher Innovationslücke nachdenken, die es in der Tat gibt.

(Beifall bei der CSU - Frau Renate Schmidt (SPD): Ich bin mit Computern schon umgegangen, da konnten Sie das Wort noch nicht einmal buchstabieren! - Lachen bei der CSU - Dr. Weiß (CSU): So alt sind Sie doch noch gar nicht! - Unruhe)

- Verehrte Frau Schmidt, an Selbstbewußtsein hat es Ihnen nie gefehlt. Die Frage ist nur, ob es manchmal eine gewisse Diskrepanz zwischen Ihrer Fähigkeit zur Selbstdarstellung und Ihren inhaltlichen Aussagen gibt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Frau Renate Schmidt (SPD): Von Computern verstehe ich mehr!)

Gewiß haben wir auch in Bayern Strukturprobleme; Bayern ist keine Insel der Seligen. Auch wir kämpfen mit der Arbeitslosigkeit. Bayern ist aber in den vergangenen Jahren immer das Land geblieben, in dem die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden sind, und das Land mit den meisten Existenzgründungen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Und mit den meisten Pleiten!)

Wenn Sie die Entwicklung der Arbeitslosenstatistik im Frühjahr als Beleg für Ihre Ausführungen verwenden, dann müssen Sie hinzufügen, daß wir regional durch einen langen Winter stark betroffen sind und daß sich die im Frühjahr zu Ende gehende Wintersaison in der Arbeitslosenstatistik stark auswirkt; das Baugewerbe spielt hierbei eine große Rolle.

Sie haben die Arbeitslosigkeit und den öffentlichen Dienst angesprochen. Man kann nicht auf der einen Seite über zu hohe Personalkosten der öffentlichen Hand klagen und Einsparungen fordern, um investieren zu können - wenn ich alle Zuschüsse einrechne, haben wir eine Personalquote von fast 50 % -, und andererseits verkünden, daß der Arbeitsmarkt durch zusätzliche Einstellungen der öffentlichen Hand entlastet werden soll. Die Probleme des Arbeitsmarkts sind nicht durch zusätzliches Personal im öffentlichen Dienst zu lösen.

(Beifall bei der CSU - Frau Renate Schmidt (SPD): Ich habe von Ausbildungsplätzen gesprochen!)

Wenn wir die zu hohen Steuern und Abgaben beklagen und sie reduzieren wollen, dann müssen wir ehrlich darauf antworten, welche Ausgaben wir reduzieren wollen; beides gehört zusammen. Wir müssen mit dem Bürger ehrlich darüber diskutieren und ihn fragen, wie weit er dazu bereit ist, und zwar nicht nur dann, wenn es den anderen betrifft, die Ansprüche an den Staat und die Sozialgemeinschaft zu reduzieren. Dazu gehört mit Sicherheit das Thema der Kosten des öffentlichen Dienstes.

Sie haben von einer Deckung durch Sparmaßnahmen im Osten gesprochen. Verehrte Frau Schmidt, ich mache Ihnen einen Vorschlag. In der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU in Dessau haben wir gemeinsam eine Entschließung verabschiedet, in der zum

einen gefordert wird, daß das Fördergefälle zwischen West und Ost in den früheren Grenzbereichen ausgeglichen wird, und zum zweiten, daß die Kontrolle über die eingesetzten Mittel ausgebaut wird. Ich empfehle Ihnen, in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der SPD in einer gemeinsamen Sitzung von Ost und West zum selben Ergebnis zu kommen. Dann können wir weiterreden.

(Beifall bei der CSU - Miller (CSU): Das versuchen die gar nicht!)

Wir erleben bei Ihnen die fatale Arbeitsteilung: Im Westen - bei uns - verkünden Sie, daß drüben zuviel Geld ausgegeben werde. Bei der nächsten Gelegenheit polemisieren Sie, daß die Bundesregierung zuwenig für den Aufbau Ost unternehme. Es darf nicht unterschiedlich geredet werden - je nachdem, wo man sich gerade befindet. Darum empfehle ich - -

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das tue ich nicht!)

- Ich behaupte nicht, daß Sie unterschiedlich reden. Aber versuchen Sie das in Ihrer eigenen Partei zur Wirklichkeit zu machen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das versuche ich!)

- Sie versuchen es. Aber Sie sind bislang nicht in der Lage, und keine andere Partei ist gegenwärtig in der Lage, das auf den Weg zu bringen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Herr Töpfer ist gegen jeden konkreten Vorschlag!)

Nun noch eine Bemerkung zu den Vermögensstatistiken, die Sie nennen und die gerne genannt werden: Eine Globalstatistik beinhaltet das Betriebsvermögen. Deshalb sind die Vergleiche unredlich. Warum gelang es bislang der Lohnpolitik in der Bundesrepublik Deutschland nicht, die Beteiligung und damit auch die Beteiligung am Risikokapital zum Gegenstand von Tarifvereinbarungen zu machen? - Weil der durchschnittliche Arbeitnehmer aus durchaus verständlichen Gründen kein Interesse daran hat, durch die Beteiligung auch Teilhaber am Risiko zu sein. Und deswegen, meine Damen und Herren, kann es nicht angehen - -

(Schösser (SPD): Weil er seit 1980 keine Mark mehr in der Tasche hat!)

- Nein, Herr Schösser, Sie sagen in der Öffentlichkeit nichts anderes als in der Diskussion.

Deshalb sind die Vergleiche unredlich. Richtig wäre der Vergleich der Verteilung des Privatvermögens. Natürlich gibt es nicht die pure Gerechtigkeit. Nennen Sie mir aber Staaten in der Welt, in denen der Vermögensausgleich besser ist als in Deutschland. Sie werden in dieser Welt wenige finden.

(Beifall bei der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat auf die Bedeutung der Schwerpunktbildung beim Einsatz der Privatisierungserlöse hingewiesen. Er hat es selbst dargestellt, und ich brauche das nicht weiter zu vertiefen. Dabei ist ganz wichtig, daß der soziale Sektor und die Beschäftigungspolitik eigene Akzente haben. Ich möchte auf eines deutlich hinweisen: Die Frage, wie beschäftigungswirksam der Einsatz des zweiten Teils der Privatisierungserlöse ist, mißt sich nicht allein an dem Titel „Beschäftigung und Soziales“; denn zum Beispiel für die Kultur sind sehr viele Investitionen nötig. Alleine der Bausektor, der im Gesamtprogramm enthalten ist, bringt nach Durchschnittswerten der Bauwirtschaft Arbeit für 10000 Arbeitsplätze. Deswegen muß man den Beschäftigungseffekt in seiner Gesamtheit sehen, einschließlich der Maßnahmen, die nicht unmittelbar umgerechnet werden können. Zum Beispiel verbessern Wirtschaftsförderungsmaßnahmen die Rahmenbedingungen und können nicht unmittelbar und sofort in einzelne Arbeitsplätze umgesetzt werden.

Für die CSU-Fraktion unterstreiche ich ganz ausdrücklich die Bedeutung der Investitionen für die Kultur des Landes. Dazu möchte ich einen Kronzeugen benennen, der als Ökonom einen weltweiten Ruf hatte. Der Nobelpreisträger von Hayek; er gilt als einer der geistigen Väter der Marktwirtschaft,

(Zuruf von der SPD: Volkswirtschaft!)

hat in einem seiner grundlegenden Werke geschrieben - ich zitiere:

Es gab wahrscheinlich nie einen echten Glauben an die Freiheit und gewiß keinen erfolgreichen Versuch, eine freie Gesellschaft zu schaffen, ohne eine echte Ehrfurcht vor entstandenen Einrichtungen, vor Bräuchen und Gewohnheiten, und vor allem jenen Sicherungen der Freiheit, die sich aus lang bestehenden Regelungen und alten Gepflogenheiten ergeben. So paradox es klingen mag: eine erfolgreiche freie Gesellschaft wird eine immer im hohen Maße traditionsgebundene Gesellschaft sein.

Meine Damen und Herren, die Globalisierung ist nicht nur ein Vorgang im Wettbewerb und der Technik. Das ist der Aspekt, der uns gegenwärtig besonders beschäftigt. Aber es ist auch eine immer stärkere Begegnung und zum Teil Konfrontation der Kulturen. Viele Menschen im Lande bekommen Angst - wir haben das bei der Europadebatte erlebt -, daß mit der Internationalisierung unseres Lebens die eigene Identität verloren gehen könnte. Deswegen ist in diesem Zusammenhang das Kulturelle so wichtig wie das Soziale; denn nur technischer und ökonomischer Wettbewerb ohne die starke Verwurzelung in der eigenen Kultur und der eigenen Identität, würde sehr schnell in eine Entwicklung führen, in der wir Bayern nicht mehr als Heimat empfinden würden

Die Ökologie ist ein wichtiger Akzent in dem Programm. Ich bin sehr dankbar, daß es insbesondere ein wichtiger Akzent unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes ist.

Frau Kollegin Schmidt, Sie haben im letzten Teil von der Bedeutung der Globalisierung gesprochen und über die Gefahren, die darin enthalten sind. Die Frage ist aber, welche Schlußfolgerungen Sie ziehen. Darin ist für unseren Sozialstaat gewiß ein erhebliches Bedrohungspotential enthalten. Darum dürfen wir uns im Blick auf die notwendige Konsequenz keinen Illusionen hingeben. Klaus von Dohnanyi hat das mit Blick auf Ihre Partei nach der Bundestagswahl folgendermaßen beschrieben - das gilt nach allem, was ich mitverfolge und was Sie heute gesagt haben, nach wie vor. Ich zitiere:

Der Mangel an theoretischer Einsicht in die wirklichen Ursachen der Veränderungen der Industriegesellschaft führt daher die SPD noch immer zu Illusionen und leeren Versprechungen. Der Staat wird weiterhin als das beste Instrument für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Stärkung der Innovationskräfte oder auch nur für die Neuordnung der Universitäten verstanden, obwohl inzwischen längst der Wettbewerb zur kreativen Kraft auch auf diesen Feldern geworden ist. Auf Druck von oft unzulänglich informierten oder opportunistischen Funktionären, halten die Sozialdemokraten an veralteten Inhalten, Begriffen und Formen fest.

(Kaul (CSU): Da hat er recht!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das in einer anderen Weise, in einem kleinen Wortspiel ausdrücken: Wir erleben zur Zeit den Wandel von der Globalsteuerung zu Zeiten von Karl Schiller und in der großen Koalition gemeinsam mit Franz Josef Strauß zur Globalisierung. Damals war es noch möglich, mit nationalen Mitteln die nationale Konjunktur wesentlich mit zu gestalten und zu prägen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das ist richtig!)

- Das ist richtig. Ich habe aber erlebt, was Kollege Dr. Kaiser und andere in den diversen Debatten der letzten Monate gesagt haben. Das waren die Parolen von 1982 - beinahe hätte ich gesagt: Mit Schaum vor dem Mund. Das war jedenfalls nicht in der Erkenntnis, daß sich die Probleme von heute nicht mit den Konjunkturproblemen der achtziger Jahre oder gar von 1969 und 1970 vergleichen lassen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Niemand hat behauptet, daß das vergleichbar ist!)

- Genau so wurde argumentiert.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Sie verstehen nichts!)

- Ich habe schon richtig hingehört, aber zu dem Bereich war nichts enthalten.

Vor diesem Hintergrund heißt das im Klartext und mit Blick auf die Sparmaßnahmen, die notwendigen Investitionen und die Steuerpolitik: Das Notwendige und der Handlungsspielraum werden von internationalen Rahmenbedingungen diktiert und nicht von dem, wie wir es gerne hätten. Die Diskussion aus Ihren Reihen kommt mir

manchmal so vor, als würde jemand beim Wetteramt anfragen, wie das Wetter am dritten Sonntag im Mai werde, weil dann ein Fest stattfindet; schließlich war in den letzten Jahren das Wetter am dritten Sonntag im Mai immer schön. Die internationale Wetterkarte interessiert ihn nicht, denn er will an diesem Tag schönes Wetter. So ist das mit der wirtschaftlichen und der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Vor dem Hintergrund - -

(Max von Heckel (SPD): Er macht einen Spaß und ihr lacht nicht, das ist unmöglich! - Hofmann (CSU): Ja, weil sie dein Gesicht sehen! - Heiterkeit bei der CSU)

- Das ist wirklich wahr, Herr von Heckel. - Ich verkneife mir jetzt die Bemerkung.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund erleben wir gegenwärtig zum Beispiel im Bereich der internationalen Sozialpolitik folgendes - ich sage das nur, damit wir die Maßstäbe für das zurückgewinnen, was bei uns derzeit vorgeschlagen wird -: Bei den Renten und Pensionen gibt es in Schweden eine Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 66 Jahre, in den Niederlanden eine Veränderung der Rentenberechnung und eine Abkopplung von der Lohnentwicklung, in Finnland und in Schweden eine teilweise Abkopplung durch Einfrieren bzw. die Berücksichtigung der Preisentwicklung nur noch zu 60 %.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Erhöhung der Vermögensteuer in Schweden!)

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung gibt es in Schweden und in Österreich - dort regieren Ihre Genossen - eine Eingrenzung des anspruchsberechtigten Personenkreises und eine Verschärfung der Bezugskriterien.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Erhöhung der Vermögensteuer in Schweden!)

Im Rahmen der Familienunterstützung im weitesten Sinn nenne ich die Abschaffung von Kinderfreibeträgen in Schweden und die Reduzierung von Kindergeld in Schweden, Finnland und den Niederlanden,

(Frau Renate Schmidt (SPD): Trotzdem liegen sie noch über uns!)

Reduzierungen beim Erziehungsurlaub in Schweden und Österreich, das Einfrieren von Familienbeihilfen in Frankreich, die Reduzierung der Studienförderung in den Niederlanden und Österreich sowie die Kürzung des Wohngeldes in Schweden. So, meine Damen und Herren, könnte ich einige weitere Passagen zitieren.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Erhöhung der Vermögensteuer in Schweden!)

Was soll damit deutlich gemacht werden? Der Zwang, die jetzige Kostenstruktur zu verändern, ist aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen für alle gegeben, und wir in Bayern - in weiten Bereichen auch in Deutschland - sind in einer deutlich besseren Situation, als es die Länder sind, in denen Sie schon länger regieren.

Das gleiche mag das folgende Zitat aus dem „Handelsblatt“ vom Donnerstag, dem 2. Mai - ganz jüngsten Datums -, deutlich machen:

Schröder plant tiefe Einschnitte

Schröder hat in jüngster Zeit oft von notwendigen Einschnitten ins soziale Netz geredet. Jetzt macht er ernst damit. Fast zwei Tage lang hat er persönlich mit den Mitgliedern seines Kabinetts über Ausgabenkürzungen verhandelt. Am Donnerstag präsentierte er ein Zwischenergebnis. Allein das Sozialministerium muß mehr als 200 Millionen DM streichen, wenn im kommenden Jahr ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden soll. So wurde eine neuerliche Kürzung des Krankenhausbauprogramms beschlossen, wurden Reduzierungen bei der Wohnungsbauförderung durchgesetzt und die Zuwendungen an Asylbewerber und Flüchtlinge gekappt. Sozialhilfeempfängern, die zumutbare Arbeiten ablehnen, drohen jetzt in Niedersachsen erhebliche Einkommenseinbußen, und auch beim Landesblindengeld wird er aller Voraussicht nach den Rotstift ansetzen. Die Förderung der sozialen Betriebe, die Langzeitarbeitslose in die Berufswelt zurückführen sollen, wird auf dem Stand des Jahres 1995 eingefroren. Im übrigen schloß Schröder gestern nicht aus, daß es für den öffentlichen Dienst weitere Einbußen geben könnte, wenn die Steuerschätzungen am 9. Mai für Niedersachsen weitere Einkommensverluste prognostizieren sollten.

- Das ist der Fall. -

In Schröders Kabinett wird diskutiert über eine Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für den öffentlichen Dienst.

Meine verehrte Frau Schmidt, Sie können sich leicht hierher stellen und sagen: Ich bin gegen eine Nullrunde im öffentlichen Dienst. Die Ihrer Partei angehörenden Ministerpräsidenten sind dafür. Es ist keine glaubwürdige Politik,

(Frau Renate Schmidt (SPD): Wir werden sehen, was dabei herauskommt!)

dort, wo man in der Opposition ist, zu sagen, daß man für die Annehmlichkeiten dieser Welt sei, aber dort, wo man in der Verantwortung ist,

(Frau Renate Schmidt (SPD): Wir werden sehen, was dabei herauskommt!)

den Realitäten Rechnung zu tragen. (Beifall bei der CSU)

Frau Schmidt, ich teile Ihre Meinung, daß manche Äußerungen aus dem Kreis der Repräsentanten der Wirtschaft gelegentlich schwer zu ertragen sind. Das gilt etwa für die Zitate, die Sie gebracht haben. Ich habe erst neulich in einem Vortrag beim Wirtschaftsbeirat gesagt: Ich würde mir sehr wünschen, daß auch aus den Äußerungen von Managern, die rationalisieren müssen, was oft unabwend-

bar ist, deutlich wird, daß sie spüren und erkennen, daß dahinter auch Menschen und nicht nur Zahlen stehen.

(Beifall bei der CSU - Walter Engelhardt (SPD): Fürwahr!)

Hier tragen manche sehr zur Polarisierung bei.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit eine andere Bemerkung hinzufügen. Manchmal staune ich doch, mit welchem Selbstverständnis oder scheinbarem Selbstbewußtsein Manager oder Unternehmer, die nicht in der Lage waren, die Entwicklung einer Branche in ihrem Bereich richtig einzuschätzen, Belehrungen an die Politik abgeben. In der Politik aber haben wir nicht nur die Probleme einer Branche, sondern die Summe der Probleme.

Von daher wünsche ich mir, daß die Herren Führungskräfte im Bereich der Wirtschaft - in der Regel sind das Herren - in ihrem Umgang mit der Politik und in ihren Erwartungen an die Politik ein bißchen realistischer und fairer sind und das, was sie von der Politik erwarten, mit ihrem eigenen Verhalten praktizieren. Dann, glaube ich, können wir uns besser miteinander verständigen.

(Beifall bei der CSU)

Im übrigen kann ich mich nicht daran erinnern, daß jemand aus unseren Kreisen so von den Arbeitnehmern gesprochen hätte, wie Sie das propagiert haben. Ich kann mich aber daran erinnern, daß zum Beispiel Herr Schröder von Lehrern als von „faulen Säcken“ gesprochen hat.

Ich will auf das, was Sie selbst gesagt haben, zum Beispiel über den Mißbrauch im Sozialsystem und darüber, daß die SPD dazulernen möchte und müßte - Sie haben das später leider wieder ein Stück zurückgenommen -, nicht eingehen.

Mit Blick auf die aktuelle Problematik gilt, daß wir zunächst die Rahmenbedingungen für die Arbeit verbessern müssen. Deswegen ist auch der Verlauf der Diskussion über das Programm für Wachstum und Beschäftigung in weiten Bereichen schief. Wenn wir die Bedingungen für die Arbeit verbessern wollen, müssen wir auch die Bedingungen für die Investition von Kapital verbessern.

Ich nenne ein ganz konkretes Beispiel; ich komme aus dem südostbayerischen Raum. Wenn jemand aus dem Landkreis Traunstein den Firmensitz nach Österreich verlegt, zahlt er dort weder Gewerbesteuer noch Vermögensteuer. Deswegen hat Herr Vranitzky, der der SPÖ angehört, vor Jahren zum Beispiel die Vermögensteuer abgeschafft. Sie polemisieren dagegen.

Es mag uns gefallen oder nicht gefallen, wenn jemand seinen Firmensitz nicht nach Liechtenstein, sondern nur ins benachbarte Österreich verlegt, weil er dort weniger Steuern zahlt; aber daran können Sie niemanden hindern.

Wir können unserer Empörung Luft machen und eine scheinbar moralische Kraftübung vollbringen; in Wirklichkeit treiben wir die Investoren zum Land hinaus, wenn wir uns weiter so wie bisher verhalten, meine Damen und Herren. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sind in dem Programm die Förderung von Existenzgründungen und eine Reform der Unternehmensteuer vorgesehen, und deswegen sind auch Maßnahmen im Bereich des Arbeitsrechtes vorgesehen.

Sie sagen immer wieder, wie viele Gespräche Sie zum Beispiel mit mittelständischen Betrieben führen - das ist auch gut -; aber ich nehme an, daß Sie dabei auch hören, welche Anstellungshemmnisse es infolge zu starrer Regelungen im Arbeitsrecht gibt, auch wenn Sie davon nicht reden.

Wenn jetzt, weil im Kündigungsrecht der Schwellenwert von fünf auf zehn Arbeitnehmer verändert wird, durch das Land gezogen und so getan wird, als sei dies wieder ein sozialer Kahlschlag, dann ist das schlichtweg absurd; denn gerade die mittelständischen Unternehmen sind immer noch diejenigen, die die stärkste Bindung zu ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben und deswegen mit ihnen nicht leichtfertig umgehen. Es ist also Unsinn, mit solchen Parolen durch das Land zu ziehen.

Gleiches gilt für die verbesserten Möglichkeiten von befristeten Arbeitsverträgen

(Dr. Scholz (SPD): Das bringt absolut gar nichts!)

oder für die Begrenzung der Lohnfortzahlung - nirgendwo in der Welt gibt es eine Regelung wie in Deutschland -

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das ist nicht wahr! Zum Beispiel in Österreich!)

und für die Senkung der Arbeitskosten im Rahmen des Schlüsselproblems Lohnzusatzkosten.

Frau Schmidt, ich stimme Ihnen in einem zu - das ist keine neue Erkenntnis -: Ein großes Strukturproblem für unseren Sozialstaat ist und wird zunehmend die starke Bindung der Finanzierung des Sozialstaates an den Arbeitsplatz und damit an die Arbeitsplatzkosten. Die Frage ist nur: Wie können wir diese Erkenntnis umwandeln? Denn mit der allgemeinen Feststellung ist es nicht getan.

Zunächst einmal müssen wir die Kostendynamik einfangen. Wenn wir nicht bereit sind, diesen Schritt zu tun,

(Frau Renate Schmidt (SPD): So fangen Sie sie doch nicht ein!)

können wir uns jede Umschichtung in den Steuerbereich sparen, weil sie uns auffressen wird. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, meine Damen und Herren.

Wir haben in diesem Jahr eine Steuerentlastung in der Größenordnung von knapp 30 Milliarden DM, und wir haben in diesem Jahr eine Erhöhung der Sozialabgaben in der Summe von Pflegeversicherung, Krankenkasse, Bundesanstalt für Arbeit usw. um rund 2 Prozentpunkte. Diese 2 Punkte bedeuten rund 36 Milliarden DM.

Nun gibt es die Überlegung, die ich mittelfristig jedenfalls als diskussionswürdig betrachte, einen Teil dieser Leistungen unter Umständen über die Mehrwertsteuer zu finanzieren. Welchen Weg man auch immer wählen wird - ich nenne diesen nur als Beispiel. In Ihrer Partei gibt es darüber sehr unterschiedliche Meinungen, in meiner eigenen auch. Zwei Punkte Mehrwertsteuer bedeuten rund 30 Milliarden DM. Was will ich damit sagen? Solange wir die Kostendynamik nicht in den Griff bekommen, wird eine Mehrwertsteuererhöhung um 2 Punkte nicht ausreichen, um allein die Erhöhungen der Sozialabgaben dieses Jahres aufzufangen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Aber Sie fangen doch mit Ihrem Konzept die Kosten nicht auf!)

- Natürlich sind die Maßnahmen, die die Bundesregierung und die Koalition vorschlagen, ein wesentlicher Beitrag, um den Anstieg zunächst einmal zu stoppen. Darüber ist dann im einzelnen zu reden. Nur: Jetzt durch das Land zu ziehen und zu sagen, wir können das Problem dadurch lösen, daß wir einen Teil der Sozialabgaben über die Steuern finanzieren, ohne daß wir die Kostendynamik auffangen, führt doch nicht zu einer Reduzierung der Summe der Abgaben und Steuern; es führt nicht einmal zu einer wichtigen Umschichtung. Deswegen muß die Reihenfolge anders gewählt werden.

(Beifall bei der CSU)

Zur Reihenfolge: Ich bin jetzt schon ganz bescheiden. Richtig wäre eine Senkung der Lohnzusatzkosten. Es ist aber unrealistisch, dies jetzt zu versprechen. Wir müssen daher froh sein, und es bedarf nunmehr großer Anstrengungen, die Steigerungsraten der Lohnzusatzkosten einzufangen, um dann zu einer Reduzierung zu kommen. Dann bekommen wir eben bei den Renten die Situation: Wenn wir den Beitragssatz unter 20 Punkten halten wollen - das ist doch eine Belastung für den Arbeitnehmer, eine Belastung für den Arbeitgeber und damit in der Summe eine zusätzliche Belastung für die Arbeitsplätze-, müssen wir 13 Milliarden DM einsparen. Daran führt kein Weg vorbei. Jetzt kann man diskutieren, mit welchen Maßnahmen. Ich habe damals gesagt, die Lebensplanung sollte so weit kalkulierbar bleiben, daß es im nächsten Jahr eine Rentenerhöhung gibt, nicht aber einen Ausfall, auch zum Schutze des Vertrauens in das System. Das kommt auch so.

An anderen Stellen gibt es aber schmerzliche Konsequenzen. Ich bestreite überhaupt nicht, daß schmerzliche Konsequenzen dabei sind, insbesondere für ältere Frauen, die relativ kurz vor dem Ruhestandsalter sind. Wer Kosten begrenzen will, wer das wie Sie fordert, der

muß eine Antwort darauf geben, mit welchen anderen Maßnahmen dies finanziert werden kann. Diese Antwort bleiben Sie mir wiederum schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Im übrigen ist alles, was im Bereich der Rente geregelt worden ist, einvernehmlich geregelt worden. Daraus sollten Sie sich nicht davonstellen. Der letzte große Rentenkompromiß ist gemeinsam verhandelt worden.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das ist die Aufkündigung des Rentenkompromisses!)

- Ich sage, die bisherigen Regelungen sind gemeinsam vereinbart worden.

Meine Damen und Herren, Bayern wird in den nächsten Jahren nur dann einen guten Weg gehen, wenn wir die Zeichen der Zeit immer wieder richtig erkennen. Das war in der Vergangenheit der Schlüssel zum Erfolg. Die Verantwortlichen in Bayern haben häufig früher als andere politisch Verantwortliche in anderen Ländern die Zeichen der Zeit immer wieder richtig gedeutet und früher als andere reagiert - ob es im Energiebereich war, ob es im Forschungsbereich war, ob es bei der Politik für die Entwicklung der ländlichen Räume war, als man erkannt hat, daß man den meisten Menschen, die damals in der Landwirtschaft beschäftigt waren, wirksam nur noch dadurch helfen kann, daß man ihnen Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft anbietet.

So haben wir auch jetzt wieder eine solche Umbruchzeit. Der Einsatz der Privatisierungserlöse ist eine solche Wegmarkierung. Dies sind strategische Entscheidungen. Wir stellen uns Bayern in zehn Jahren nicht als ein Land vor, das technisch und ökonomisch in der Welt Spitze ist, aber sozial und kulturell immer ärmer wurde. Im Gegenteil: Wir wollen vielmehr, daß auch in zehn Jahren, im Jahre 2006, Bayern in der ersten Liga der Weltwirtschaft und in der ersten Reihe der Sozialstaaten ist und eine blühende Kultur hat. Deswegen ist es gerade auch in dieser Zeit des Umbruchs und der Hektik wichtig, längerfristig zu denken. Wir haben heute eine ganz besondere Verantwortung mit Blick auf die Zukunft. Der Philosoph Ludwig Börne hat einmal gesagt: „Die Lebenskraft einer Epoche zeigt sich nicht in der Ernte, sondern in der Aussaat.“ Wir ernten gegenwärtig aufgrund der Leistungen der älteren Generation. Die Frage ist Was säen wir für unsere Kinder und für unsere Enkel? Der Einsatz der Privatisierungserlöse, wie er hier vorgeschlagen ist, ist eine solche Aussaat für die Zukunft.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Hiersemann: Das Wort hat Frau Abgeordnete Kellner.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, oder sollte ich vielleicht besser Herr Oberfinanzminister

sagen; denn heute geht es um nicht mehr und um nicht weniger als um die Einbringung eines Nachtragshaushaltes. Das ist doch das ureigenste Geschäft des Finanzministers.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann verstehen, Herr Stoiber, daß Sie das eine oder andere Thema zur Chefsache machen, wenn es mit dem jeweiligen Minister gerade nicht so hinhaut, aber daß Sie ausgerechnet dem zugegebenermaßen engagierten Minister Huber in die Parade fahren, überrascht dann doch. Ich an Ihrer Stelle, Herr Huber, würde mir quasi als zum Steuerinspektor degradiert düpiert vorkommen, auch wenn Sie am 11. Juni noch zum Nachtarock antreten dürfen. Wir, das Parlament, müssen heute die Kulisse zur ministerpräsidentlichen Selbstbeweihräucherungsorgie bieten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ritzer (SPD): Der Inhalt war schon in der Zeitung!)

Herr Ministerpräsident, ähnlich wie vor der Landtagswahl sind Sie auch dieses Mal vor der Kommunalwahl mit 2,3 Milliarden DM Privatisierungserlösen wie Fortuna mit dem Füllhorn durch die Lande gereist und haben Versprechungen gemacht. Jede und jeder durfte sich etwas wünschen. Es gab sozusagen einen Wunschwettbewerb. Ich habe die ganzen Zeitungsartikel gesammelt. Da hieß es: 200 Millionen DM für die Regionalförderung; auch Augsburg soll einbezogen werden. Dann: 200 Millionen DM für Oberfrankenhilfe; jetzt werden auch Ballungsgebiete gefördert; Ministerpräsident Stoiber will Mittel aus dem Verkauf der Versicherungskammer einsetzen. Dann eine besonders erfreuliche Überschrift in der „Passauer Neuen Presse“: Wird das Tafelsilber bald verteert? Staatssekretär Zeller präsentiert dann den Wunschkatalog für Schwaben; Privatisierung soll Straßen und Arbeit bringen. Dann noch: Gelder für die Textilregion. So könnte ich mich hier sicherlich noch eine halbe Stunde in irgendwelchen Zeitungsartikeln ergehen.

(Zuruf von der CSU: Unglaublich!)

- Ja, das ist unglaublich; das haben wir uns auch gedacht,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als Sie vor der Kommunalwahl Privatisierungserlöse verteilt haben, die noch nicht einmal im Parlament in einem Nachtragshaushalt vorgestellt wurden. Das wäre nämlich das richtige Verfahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Bürgerinnen und Bürgern gerade in Krisenregionen wie Nürnberg und Augsburg wurde suggeriert: Der Stoiber wird's schon richten. Sie haben dann auch, wie man in Augsburg und Nürnberg sehen konnte, mit Erfolg deutlich gemacht, daß der Geldfluß noch mächtiger strömen würde, wenn der jeweilige CSU-Kandidat gewählt werden würde. Sie haben dort sozusagen eine Menacher- und Scholz-Wahlhilfeveranstaltung aufgeführt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch klar: Beziehung ist alles. Ich darf aus dem „Nordbayerischen Kurier“ zitieren. Dort stand genau zu diesem Sachverhalt zu lesen: „So einfach ist das also; man wähle nur die richtige Partei, und schon schüttet Vater Staat sein Füllhorn aus.“

Wie anders soll man denn die Ankündigung des bayerischen Finanzministers - jetzt sind Sie wieder dran, Herr Huber -, werten, die Regierung werde auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Region Nürnberg reagieren? Als dort noch ein SPD-Oberbürgermeister im Amt war, haben Sie nicht reagiert, da haben Sie gewartet und geschlafen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin gesagt, die GRÜNEN seien eine Partei für das Schlaraffenland. Ich muß sagen, seit 16 Jahren erzählen Sie uns dasselbe. Sie sind noch nicht einmal bei Ihren Vorurteilen zu Innovationen fähig, geschweige denn in anderen Bereichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen, vom Sparen verstehen die GRÜNEN nichts. Herr Ministerpräsident, Sie waren doch im Haushaltsausschuß. Beim Doppelhaushalt 1992 war ich auch schon drin; Sie waren noch im Innenministerium. Hier haben wir die Streichungsanträge unserer Fraktion vorgelegt, die von Ihrer Fraktion abgelehnt wurden. Wie oft haben wir versucht, Ihnen gerade diesen ministeriellen Wasserkopf, den Sie damals im Innenministerium aufgebaut hatten, Ihren Führungshilfenstab, der Ihnen den Weg in die Staatskanzlei freischieben mußte, wegzukürzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab damals sogar einen Untersuchungsausschuß „Führungshilfen“, wenn Sie sich vielleicht noch erinnern. Sie sagen, die GRÜNEN seien gegen Garching, deshalb seien sie gegen Arbeitsplätze. Das ist wieder so etwas grob Vereinfachendes, daß es fast nicht der Erwiderung wert ist. Ich habe, weil ich Sie genau kenne - Sie wollen uns immer in die Schuhe schieben, daß die GRÜNEN Arbeitsplätze vernichten -, sehr genau nachgefragt, wie denn nun die Innovation in Garching aussehen würde, was da geforscht werden würde und wie viele Arbeitsplätze sozusagen als Sekundäreffekt dabei herauskommen könnten. Die Antwort sind Sie mir bis heute schuldig geblieben. Ich sage Ihnen, wir lehnen den Reaktor in jedem Fall ab, weil er uns unverantwortlich erscheint und weil wir der Meinung sind, daß diese Milliarde, die Sie hier hineinpumpen, andernorts sehr viel besser angelegt werden könnte,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch mit einer höheren Wirkung auf den Arbeitsmarkt.

Jetzt wieder zurück zur Sache. Die Krise, in der wir uns befinden, ist viel zu ernst, um zuzulassen, daß Grundstockvermögen, quasi die Rücklage des Staates für künftige Generationen, für eine Sympathiewerbung des Ministerpräsidenten eingesetzt wird.

(Dr. Fleischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist uns der Spaß schon wert!)

Wenn schon staatliches Vermögen veräußert wird - wir haben eine sehr differenzierte Meinung in dieser Frage -, dann muß es in die Zukunft, sprich zugunsten künftiger Generationen, investiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns heißt das: Rückführung der staatlichen Verschuldung um neuen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Für uns heißt das: Sicherung der Bildungschancen für alle bayerischen Kinder und Jugendlichen, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, Unterstützung eines ökologischen Strukturwandels, der auch der Sicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen dient.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion werde ich mich nun auf die Essentials dieses Nachtragshaushalts konzentrieren und dabei auf Ausflüge in die große weite Welt, mit der Sie Ihren Vortrag garniert haben, verzichten. Beim Haushalt geht es um Fakten und nicht um Glaubensbekenntnisse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die heutige Debatte hat eine längere Vorgeschichte. An dieser Stelle muß man auch die Zusammenhänge aufdecken. Noch 1992 - ich erinnere mich sehr genau daran - wurde von Ihrer Seite der Verkauf, egal welcher staatlichen Beteiligung, und wenn es noch so eine Pampelbeteiligung war, vehement abgelehnt. Als dann offensichtlich wurde, daß Sie in Zukunft - auch dank der katastrophalen Finanzpolitik Ihres Bankrottministers Waigel - keine Wohltaten mehr verteilen können, haben Sie eine Kehrtwendung gemacht und sich zum Ausverkauf entschlossen. Die Situation für Sie war damals sehr kritisch. Sie erinnern sich vielleicht noch, es stand sogar die Mehrheit der CSU auf dem Spiel. Da haben Sie sich gedacht, mit gefüllten Kassen läßt sich ganz famos Wahlkampf machen. Stoiber hier und Stoiber da, Versprechen hier, Versprechen da. Am liebsten hätten Sie noch die Verfassung geändert, damit Sie die Milliarden nicht grundstockskonform anlegen müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Gründung vieler Kapitalgesellschaften und Fonds haben Sie die Hürde Grundstock elegant umschiffert. Ganz so offensichtlich wollten Sie es dann doch nicht machen, daß Sie im Zeitraum von fünf Jahren 5 Milliarden DM verkonsumieren. Nichts anderes tun Sie damit. Sie erledigen das Alltagsgeschäft, das aus dem Stammhaushalt bestritten werden muß, mit der Verteilung der Privatisierungserlöse, so wie Sie es jetzt vorhaben. Davon sollten wir wahrhaftig erlöst werden. Herr Präsident Böhm hat die Sitzung schon mit dem richtigen Wort eröffnet, als er von der „Privatisierungserlösung“ gesprochen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN haben den Verkauf staatlicher Beteiligung noch nie als Dogma gesehen. Nur eines stand für uns immer fest: Schlüsselbeteiligungen, wie zum Beispiel an der Energieversorgung - hier geht es um die Bayernwerke-, gibt man nicht aus der Hand.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht besitzen, sondern gestalten haben Sie gesagt, Herr Ministerpräsident. Ich sage Ihnen, Sie könnten sehr viel leichter gestalten, wenn Sie die Bayernwerke noch besitzen würden. Man gibt solche Beteiligungen auch deshalb nicht aus der Hand, weil eine Umorientierung - weg von der Atomkraft, hin zu einer umwelt- und sozialverträglichen Energieversorgung - eine der wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber da klappen Sie die Ohren zu, genauso wie bei der ökologischen Steuerreform. Sie setzen weiter auf die technische Dinosaurierlösung, die zudem eine todsichere Gefahrenquelle ist, nämlich auf die Atomenergie. Die Entsorgung des Atommülls überlassen Sie großzügig anderen. Da tun Sie so, als ob Sie das gar nichts angeht, und fahren weiter die Castors nach Sellafeld. Wie Sie an Gorleben gesehen haben, der Castor kommt wieder. Er kommt immer wieder. Die einzige Möglichkeit, von diesen mit der Atomnutzung verbundenen Problemen wegzukommen, ist der Ausstieg. Während sich alle anderen Bundesländer um Ausstiegsszenarien zumindest bemühen, ist diese Regierung noch nicht einmal gedanklich in der Lage, sich umzustellen und sich ein Ausstiegsszenario vorzustellen. Dieses sture Festhalten an einer veralteten und in hohem Maße gefährlichen Technologie bremst jeden Fortschritt. Ich sage Ihnen noch etwas. Gerade eine Wende in der Energiepolitik würde tausende von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Regenerative und rationelle Energiesysteme sind zudem weltweit gefragt. Das, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ist Innovation und Fortschritt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einen weiteren Punkt aus dieser Verkaufs- und Tauschaktion Bayernwerke/Viag muß ich ansprechen, nämlich die Interessenskollisionen, die durch solche Geschäfte entstehen. Der Landtag und die Staatsregierung - zumindest tut Umweltminister Goppel so - sind gegen Getränkedosen. Wir wollen nämlich nicht immer amerikanischer werden, Herr Ministerpräsident. Wir Bayern bestehen auf unserer Mehrwegbierflasche und auf den bayerischen mittelständischen Brauereien. Aber Sie springen hier nicht in die Bresche; Sie unterstützen durch die Ablehnung unseres Antrags auf Einführung eines Dosenpfands genau diese Großbrauereien, die die kleinen Brauereien in Bayern ins Abseits drängen.

Heutzutage wird viel geredet von der Effektivität und der Straffung der Verwaltung und vor allem auch vom Abbau

von Hierarchien. Alles richtig. Nur: Was passiert, ist genau das Gegenteil. Es ist nicht nur die neue Gesellschaft für Film- und Fernsehförderung, die sich für sechs Angestellte einen Geschäftsführer für 230 000 DM Jahresgehalt leistet. Wie viele Geschäftsführer plus Führungspersonal sich in den aus den letzten Privatisierungserlösen gebildeten Kapitalgesellschaften - ich nenne hier die Risikokapitalgesellschaft, die Technologietransfergesellschaft, die Gesellschaft für internationale Beziehungen und auch die Betriebsgesellschaft für Gentechnik in Martinsried - tummeln, weiß kein Mensch. Ich sage Ihnen auch: Wir brauchen hier kein Geschäftsführer-Beschäftigungsprogramm, sondern wir brauchen Arbeitsplätze für die Menschen, die ihren Arbeitsplatz in Nürnberg bei Grundig oder in Augsburg bei der Textilindustrie verloren haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man weiß auch gar nicht so genau, was dort in diesen Gesellschaften gemacht wird und welcher Erfolg dabei herauspringt. Aber eins weiß ich sicher: So durchschlagend kann der Erfolg nicht gewesen sein, denn sonst hätten Sie uns hier schon mehrere Berichte von seiten der Staatsregierung angeeignet lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade diese Außenhandelsgesellschaft sollte man sich noch einmal genauer anschauen. Ob das Haus in Schanghai je Funktionsfähigkeit erreicht hat, hierüber wurde nie mehr berichtet.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wer weiß, wo noch überallhin verreist werden muß.

Man könnte gerade glauben, daß diese Staatsregierung der Modernisierer wirklich noch nichts von Controlling-Methoden gehört hat, oder, wie gesagt, sie will vielleicht auch gar nicht so genau wissen, was bei ihren groß angekündigten Projekten herauskommt. Es heißt nicht umsonst: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.“ Diese Regierung - vor allem Sie, Herr Ministerpräsident - macht zwar immer viel Wirbel um dies und das. Aber ein Bericht über konkrete Ergebnisse wird nicht vorgelegt, zum Beispiel darüber, wie viele Arbeitsplätze in Nürnberg und Augsburg durch Ihre Aktivitäten neu geschaffen oder auch nur erhalten wurden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben vorhin, Herr Ministerpräsident, gesagt, daß Sie Programme machen wollen für Frauen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben nach der Familienpause. Richtig und gut. Aber was wir vor allem brauchen, sind Lebenszeitarbeitsplätze für Frauen, qualifizierte Arbeitsplätze, bei denen die Frauen auch voll sozialversichert sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die GRÜNEN gilt grundsätzlich: Bevor Investitionen getätigt werden, muß das Ziel definiert und müssen not-

wendige Kennzahlen erarbeitet werden, damit eine Erfolgskontrolle überhaupt möglich wird.

(Dr. Weiß (CSU): Das gilt für uns auch!)

- Aber davon merke ich nichts, lieber Kollege Weiß. - Es reicht eben nicht, Hunderte von Millionen in Projekte zu pumpen, die vorgeben, zukunftsorientiert zu sein. Auch mögliche Gewinnchancen können nicht der einzige Aspekt sein. Wir GRÜNEN stehen Neuem grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

(Dr. Weiß (CSU): Na, na, na!)

- Ja. - Wir brauchen Investitionen gerade im Energie- und Verkehrsbereich. Allerdings springen wir nicht auf jeden Zug auf, ohne die Endstation zu kennen bzw. zu wissen, wie man wieder anhält.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem heute die Philosophen hier zitiert werden, möchte ich auch nicht zurückstecken.

(Alois Glück (CSU): Sehr gut!)

„Langfristige Auswirkungen“, Herr Glück, „technologischer Entwicklungen sollten von ihren Risiken und nicht von ihren Möglichkeiten her beurteilt werden.“ So der Philosoph Hans Jonas, der in seinem Werk „Das Prinzip Verantwortung“ eine Ethik für technologische Zivilisation zu entwerfen versuchte. Dem können wir von den GRÜNEN uns voll anschließen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Techniken, die irreversibel sind und deren Gefahrenpotential nicht eingegrenzt werden kann, wie es zum Beispiel bei der Atomtechnik und Gentechnik der Fall ist, lehnen wir ab. Vorrang hat der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, und demzufolge treten wir für nachhaltige Wirtschaftskreisläufe ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die GRÜNEN stehen für eine zukunftsorientierte umwelt- und sozialverträgliche Haushalts- und Finanzpolitik. Dazu gehört, daß wir den kommenden Generationen neben dem Müllberg, auf dem wir jetzt schon sitzen, nicht auch noch einen Schuldenberg hinterlassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Desaster, das diese Bonner Stümperregierung anrichtet, ist das eigentliche Risiko für den Standort Deutschland.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Weiß (CSU): Das war recht grob! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ritzer (SPD))

- Nein, nein, da rührt sich keine Hand, da schlupft man unter den Tisch. - Die täglich neuen Horrormeldungen schaffen kein investitionsfreundliches Klima. Und was noch viel schlimmer ist: Jede und jeder weiß, daß hier nur

noch herumlaviert und die Wahrheit nur stückchenweise zugegeben wird, wenn es gar nicht mehr anders geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, meine Damen und Herren von der CSU, nimmt Sicherheit und zerstört Vertrauen.

Sie müssen nur in den internationalen Finanzzeitungen lesen, was dort über die bundesdeutsche Politik geschrieben wird. Dann wundert Sie auch die schwache Quote an Investitionen aus dem Ausland nicht länger. Auch ich lese internationale Zeitungen. Herr Stoiber, Sie haben die schwedischen zitiert. Ich erlaube mir, hier den englischen „Economist“ zu zitieren, in dem Anfang Mai ganz treffend zu lesen war, daß dieses sogenannte Sparpaket keine Lösung sei und gar keine sein könne, weil unser Problem ein Strukturproblem sei. Genau das ist der Punkt, meine Damen und Herren. Sie versuchen, mit der bei Ihnen üblichen Methode „Unten nehmen, oben geben“ die jeweils nächste Runde zu erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ritzer (SPD): Grund für die German-Angst!)

An tatsächliche Reformen - wir haben einen Reformstau, egal wo man hinschaut - gehen Sie nicht heran, weil Sie fürchten, Ihre Klientel zu vergrätzen. Die Nicht-umsetzung des Bareis-Gutachtens ist hierfür exemplarisch. Dafür wurde jetzt noch einmal ein Gutachten in Auftrag gegeben; aber das wird nicht helfen. Wenn man ein Gutachten hat und sieht, daß die Ergebnisse umsetzbar sind, ja umgesetzt werden müssen, dann muß man sie halt umsetzen und nicht aussitzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Folgen dieses Waigelschen Bankrotturses bekommen wir nun auch in Bayern zu spüren. Nach der jüngsten Steuerschätzung - wenn ich dem Herrn Finanzminister Glauben schenken darf, und das tue ich in diesem Fall - ist im nächsten Jahr eine knappe Milliarde DM an Mindereinnahmen zu verkraften, und das ist schon ein ganz schönes Stück. Das Streichkonzert in der Staatskanzlei probt noch. Herr Falthäuser, es ist uns mehr als recht, wenn Sie die Förderung für regionale Flugplätze streichen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe das mit Freuden in der Zeitung gelesen. Wir GRÜNEN haben hier immer gefordert, die regionalen Flugplätze nicht mehr zu fördern. - Herr Kupka nickt schon ganz zustimmend. - Einmal hatte ich im Haushaltsausschuß damit noch Erfolg; aber dann sind die Lobbyisten gekommen, und dann wurde plötzlich diese Förderung doch beibehalten. Also ich freue mich, wenn Sie diese Förderung streichen. Aber bitte schön, vergessen Sie dann auch nicht, die Förderung für Flugsportverbände gleich mit zu streichen. Das gehört nämlich zusammen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nämlich so, daß die Flugsportverbände immer noch gefördert werden, während die Regelförderung für Behinderten-Selbsthilfegruppen nach drei Jahren eingestellt wurde. Wenn sich der Finanzminister Huber aber nun am Wohngeld und an der Ausbildungsförderung vergreifen will, dann paßt dies wieder genau zur Philosophie der Bundesregierung, die unten kürzt und oben entlastet.

Wenn dieser Staatsregierung angesichts des Anwachsens der Schülerzahlen um 55 000 in den nächsten drei Jahren nichts anderes einfällt, als bei der Stundentafel den Rotstift anzusetzen und die 340 Stellen der mobilen Reserve bis zum Februar zu sperren, bedeutet dies einen Offenbarungseid.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zeitungen titelten zu dieser Maßnahmen: „Abschied von den Bildungszielen“ und „staatliche Schulen in Gefahr“. „Bildung ist Investition in die Zukunft.“ Herr Ministerpräsident, auch Sie nehmen diesen Satz ganz gern in den Mund. Ich habe Ihre Reden nachgelesen. Dabei muß ich feststellen, daß diese Aussage bei Ihnen nichts als eine hohle Phrase ist. Bei Schuleinweihungen singen Sie das Hohelied der Bildung und im Alltagsgeschäft verabschieden Sie sich von dem Grundsatz, gleiche Bildungschancen für alle zu schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie bringen, ist keine Reform der Schulpolitik, sondern Kahlschlag. Wir wissen bereits, wozu dies führen wird: Wer es sich leisten kann, wird seine Kinder auf Privatschulen schicken. Die anderen können dagegen sehen, wo sie bleiben. Dies ist die traurige Bilanz Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir GRÜNEN treten für ein optimales Angebot in staatlichen Schulen ein. Gerade heute, wo lebenslanges Lernen obligatorisch ist, muß ein ausgezeichnetes Basisangebot vorhanden sein. Wir kennen die Schwierigkeiten im Stellenbereich. Dennoch sind wir der Meinung, daß mit Phantasie und Flexibilität ein Weg gefunden werden kann, der zumindest einige hundert Lehrerinnen- und Lehrerplanstellen zusätzlich möglich macht.

(Staatsminister Erwin Huber (Finanzministerium): Das sind Phantasiezahlen!)

Herr Huber, ich werde Ihnen jetzt sagen, wie Sie diese Maßnahmen bezahlen können.

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Herr Minister, ich darf Sie bitten, keine Zwischenrufe von der Regierungsbank zu machen.

Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen unseren Bezahlungsvorschlag bereits. Sie sollten eine Milliarde Schulden zurückzahlen. Dadurch würden Sie jährliche Zinszahlungen einsparen, womit Sie wieder diese Lehrerplanstellen finanzieren könnten.

(Michl (CSU): Das hat doch mit der Privatisierung nichts zu tun!)

Ich bin mir nicht so sicher, ob Sie nicht auch die Schulden zurückzahlen möchten.

(Michl (CSU): Das ist eine andere Frage. Mit diesem Geld Lehrerplanstellen zu schaffen, wäre ein Blödsinn!)

Wir brauchen Gestaltungsspielraum, damit wir den dringenden Anforderungen gerecht werden können. Mit einer solchen Umfinanzierung könnte man die Staatsverschuldung senken. Als weitere wichtige Aufgabe sehen wir ein ökologisches Modernisierungsprogramm für staatliche Gebäude vor. Ein Teil der zirka 8000 staatlichen Gebäude befindet sich in einem erbärmlichen Zustand. Da müßten Sie nur in die Münchner Innenstadt-kliniken gehen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): So ist es! Dazu kann man auch Verrottung sagen!)

Auch in Würzburg ist es nicht viel besser. Der Bericht des Kultusministers am Dienstag im Haushaltsausschuß hat mir die Notwendigkeit dieses Programms noch einmal eindrucksvoll verdeutlicht. Gerade die Wärmedämmung ist eine der sinnvollsten Maßnahmen im Hinblick auf die CO₂-Einsparung.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Weil es Geld bringt!)

Ja, das bringt Geld. Wir GRÜNEN sorgen vor, während hier im Hause nur kurzfristig Schaumschlägerei betrieben wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mir die Arbeit gemacht, durch Anfragen Daten zusammenzutragen. Nach diesen Daten muß ich annehmen, daß ein Großteil des Altbestandes der staatlichen Gebäude einen zwei- bis dreimal höheren Energiebedarf hat, als die aktuelle Wärmeschutzverordnung für Neubauten vorsieht. Diese Investition würde kurz- und mittelfristig die Haushaltskasse schonen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit würden künftige Generationen entlastet, von denen Sie, Herr Kollege Glück, immer wieder gern reden. Des weiteren soll überall, wo es möglich ist, Solarenergie zur Brauchwassererwärmung eingesetzt werden. Wir denken darüber hinaus auch an den Schutz des Grundwassers und an die Kanalisationen, die überall erneuert werden müssen. Deshalb sagen wir, daß in geeigneten Gebäuden Regen- und Brauchwassersysteme installiert werden sollen.

Auch zu diesem Thema bin ich in der Rede des Ministerpräsidenten fündig geworden. Der Ministerpräsident hat 1994 angekündigt, daß genau dies getan werden soll. Passiert ist jedoch bis heute nichts. Meine Damen und Herren, gerade die Regenwassernutzung wird angesichts der versiegelten Stadtflächen immer nötiger. Eine Klein-

stadt wie Landshut muß in den nächsten Jahren 14 Regenüberlaufbecken für 60 Millionen DM bauen, wenn keine anderweitigen Lösungen gefunden werden.

Ich kann Ihnen sagen, daß es in anderen Städten nicht anders aussieht. An diesen Zahlen können Sie erkennen, wie wichtig Investitionen des Staates in zukunftsweisende Projekte sind. Ein derartiges Programm würde dazu dienen, modernen Umwelttechniken die Markteinführung zu erleichtern. Viele umweltfreundliche Materialien sind momentan wegen der geringen Produktionsmenge noch unverhältnismäßig teuer. Deshalb sollte dieses staatliche Programm über einen Zeitraum von acht Jahren laufen. Dies erscheint verwaltungstechnisch praktikabel, gewährleistet eine kontinuierliche Auftragsvergabe an entsprechende Unternehmen und leistet damit einen Beitrag zur Stabilisierung der gebeutelten Bauwirtschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus sind diese Arbeiten sehr personalintensiv und so angelegt, daß sie vor allem für kleinere und mittelfristige Handwerksbetriebe interessant sind. Auch hier haben wir in vielen niederbayerischen Landkreisen Erfahrungen sammeln können. Dort gibt es jetzt einen Zusammenschluß der einzelnen Innungen, der Betriebe und der Sparkassen, die sich mit einem günstigen Kreditprogramm zur Förderung von Solaranlagen angeschlossen haben.

Neulich haben mir auf einer Baumesse kleine Handwerker erzählt, daß sie bis zum Herbst mit dem Einbau von Solaranlagen ausgebucht sind. So betreibt man regionale Wirtschaftspolitik. Staatliche Gebäude sind über ganz Bayern verstreut, so daß alle Regionen davon profitieren könnten.

Nun zu der Vorschlagsliste der Staatsregierung: Sie stellt eine akribische Aufzählung von fast jeder einzelnen Mark dieser 2,3 Milliarden DM dar. Ich war davon nicht überrascht, weil ich dies in meiner Fraktion bereits vor einem Monat vorausgesagt habe. Niemand wird es sich nehmen lassen, den Verwendungszweck für jeden einzelnen Pfennig vorzutragen. Oberflächlich betrachtet hört sich die Liste dieser Maßnahmen in weiten Teilen sehr sinnvoll an. Seien wir ehrlich, bei den Haushaltsberatungen hätte sicher jeder Kollege den einen oder den anderen Titel noch besser ausgestattet. Dies wäre um so erfreulicher gewesen, wenn eine solche Investition im Stimmkreis irgendeines Abgeordneten getätigt worden wäre, weil dieser sich dann damit hätte profilieren können. Ich sehe gerade den Herrn Meyer, der seinen Stimmkreis in Vilshofen hat.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Vilshofen geht diesmal leer aus!)

Das ist richtig. Und das, obwohl sich der Herr Meyer so dafür eingesetzt hat. Darauf komme ich nachher noch zu sprechen. Wir GRÜNEN haben uns entschlossen, nicht in diesen Wettstreit der Einzelwünsche einzutreten, bei dem etwa gefragt wird, warum Landshut nur 2 Millionen DM und Prien 5 Millionen DM bekommt. Coburg und Garmisch

bekommen nichts. Liebe Tessa, du wirst leer ausgehen. Wo war da der Einsatz des Herrn Neumeier?

Grob gesagt: Wünsche gibt es viele.

(Zurufe von der CSU)

- Er wird sicher gleich einen Antrag stellen.

(Unruhe)

- Aber so ist es doch. Herr Glück lächelt auch. Ich möchte nicht an Ihren Fraktionssitzungen teilgenommen haben oder an einer Vorstandssitzung von Ihnen, wie der am Montag, in der jeder für seine Region das Maximum herausholen wollte. Da muß man sich doch nicht schämen. Es ist doch nur natürlich, daß man sich bemüht, etwas voranzubringen.

Wie gesagt: Wünsche gibt es viele. Doch muß man sich fragen: Macht es Sinn, diese einmaligen Erlöse nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen? Außerdem muß man sich fragen: Könnten manche Ziele nicht auf andere Weise erreicht werden, zum Beispiel über gesetzliche Vorgaben?

Wir sind der Meinung, daß das Alltagsgeschäft aus Mitteln des Stammbudgets erledigt werden muß

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

und Sondereinnahmen für Maßnahmen der Zukunftssicherung zu verwenden sind. Noch eines möchte ich hier sagen: Manches in der uns vorgelegten Liste ist kontraproduktiv bzw. hebt sich gegenseitig auf. Ein Beispiel: 100 Millionen DM extra für den Staatsstraßenbau. Jedem Landrat eine Straße - das scheint das Motto dieser Auflistung zu sein. Herr Meyer, wenn ich sehe, wie sich die Abgeordneten aus dem Landkreis Passau, also Herr Kobler, Herr Brandl und auch Sie, für diesen Staatsstraßenbau eingesetzt haben, dann muß ich schon sagen: Mit den Projekten in Satzbach und Ratmannsdorf haben Sie nicht gerade viel gewonnen. Nach einem solchen Einsatz hätte ich mehr erwartet. Aber gut, Sie werden schon selbst sehen, wie Sie zu Ihrem Ziel kommen.

Den Naturschützern wird sozusagen als „Zuckerl“ der Naturschutzfonds aufgestockt, damit sie ein paar Groschen haben, um die Wunden zu heilen, die durch den Straßenbau geschlagen werden. Die Naturschützer werden dann die Lärmschutzwälle bauen und die Mittelstreifen begärtnen dürfen. Die Aufstockung ist doch Augenwischerei. Meine Damen und Herren von der CSU, wenn Sie wirklich etwas für den Naturschutz tun wollen, dann sollten Sie dafür sorgen, daß wir eine mit Personal und Kompetenzen gut ausgestattete Naturschutzverwaltung bekommen. Damit kann man Umweltschutz durchsetzen, Herr Ministerpräsident, nicht über irgendwelche Fonds.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben immer wieder entsprechende Haushaltsanträge eingebracht, übrigens mit Deckungsvorschlägen.

Wir brauchen vor allem auch Gesetze, die dazu beitragen daß Natur und Umwelt geschützt werden, zum Beispiel ein Verbandsklagerecht und ein Bodenschutzgesetz. Die Zielrichtung Ihrer Deregulierungskampagne, die Sie gerade wieder einmal puschen, ist unübersehbar: Natur- und Umweltschutz sowie Bürgerrechte sollen eingeschränkt werden. - Das Beschleunigungsgesetz sei hier nur als Beispiel genannt.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Führen Sie eine Sondermüllabgabe ein. Schon 1992 haben wir einen Antrag hierauf gestellt. Sie haben damals gesagt: Nein, den nehmen wir nicht an, obwohl wir ihn im Prinzip befürworten; aber die Bundesregierung wird eine solche Abgabe einführen. - Auf die von dieser Aussitzer-Bundesregierung einzuführende Abgabe warten wir immer noch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit einer solchen Abgabe könnte man wirklich entscheidend zur Altlastenvermeidung beitragen.

Nun zu den Beschäftigungsmaßnahmen. Wir müssen feststellen, daß die hierzu vorgestellten Initiativen unausgegoren sind. So soll ein Logistikzentrum in Prien errichtet werden. - Warum eigentlich gerade dort? Hochleistungsrechner, Leitprojekte, Telekommunikation - ganz schwindlig ist mir geworden beim Aufzählen all dieser Projekte. Ich frage Sie hier: Wie sieht eigentlich der Abfluß der Mittel aus, die über bereits bestehende Programme zur Verfügung gestellt werden? - 235 Millionen DM waren allein aus den zuletzt erzielten Privatisierungserlösen für genau solche Leitprojekte bereitgestellt worden. Wohin ist das Geld geflossen, in welche Projekte, und wie viele Arbeitsplätze sind entstanden? Es muß doch eine Evaluation stattfinden, bevor weiterhin wahllos Mittel für anonyme Projekte vergeben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Geld ist da, das Konzept fehlt. Schauen Sie: Den Krisenregionen ist nicht damit geholfen, daß jetzt schnell einmal ein paar Millionen dorthin geschoben werden. Wichtig ist ein Konzept, nach dem systematisch der dort stattfindende Strukturwandel unterstützt wird. Hierzu müssen natürlich bereits vorhandene Strukturen genutzt werden. Hier muß Know-how der davon Betroffenen genutzt werden. Hier müssen Gespräche stattfinden. Außerdem muß man schauen, was überhaupt möglich ist und was Marktchancen hat.

In dem Zusammenhang muß ich allerdings hinterfragen, ob denn die bisherige Regionalförderung nur aus Fehlinvestitionen bestanden hat. Im Laufe von zehn Jahren wurden immerhin - ich habe hierzu natürlich eine Anfrage gestellt, um mich auf eine gute Datenbasis stützen zu können - 2,5 Milliarden DM an Zuschüssen und 5,9 Milliarden DM an zinsgünstigen Darlehen für die Förderung der regionalen Infrastruktur und der gewerblichen Wirtschaft vergeben. Da muß man sich fragen: Was ist daraus geworden? Wie sieht es aus mit Arbeitsplätzen, die dadurch entstanden sind? Wie viele sind über einen

Zeitraum von mehr als acht Jahren erhalten geblieben? Letzteres ist wichtig. Wir haben schließlich oft genug über Betriebe debattiert, die über Wirtschaftsförderprogramme großzügig mit Mitteln aus dem bayerischen Staatshaushalt unterstützt wurden, aber dann, nach acht oder zehn Jahren, ins Ausland abgewandert sind, nämlich ab dem Zeitpunkt, ab dem sie kein Geld mehr zurückerhalten mußten.

(Zustimmung bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Fondslösungen, die Sie hier vorschlagen, sind selbst dann problematisch, wenn die Mittelvergabe über den Landtag erfolgt. Die Einlagen sehen zwar mächtig aus; zu verteilen sind aber nur die Zinserträge. Das sind beim Umweltfonds nur 10 Millionen DM.

(Zurufe von der CSU)

Bei „Hochschule international“ sind es nur 1,4 Millionen DM, wobei noch gar nicht klar ist, was sie da genau wollen. Wir meinen, hier sollte man sich etwas anderes überlegen, weil Ihre Vorschläge nicht zum Ziel führen, meine Damen und Herren von der CSU.

Die regionale Kulturförderung sollte nach unserer Auffassung am besten vor Ort geregelt werden. Insofern wäre es auch sinnvoll, die pauschalen Zuweisungen an die Kommunen zu erhöhen. Dann kann vor Ort entschieden werden, was wichtig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte es mir ersparen, auf jede einzelne Maßnahme einzugehen, die in dem zur Diskussion stehenden, ellenlangen Katalog aufgeführt ist. Man muß schon dankbar sein, daß nicht jedes Nachttischchen in der Uniklinik und jede Straßenlaterne an eine Staatsstraße aufgezählt wurden. Ich muß also nicht auf jede einzelne Maßnahme eingehen. Dazu wird es noch Ausschlußberatungen geben.

Ich ziehe nun das Fazit im Hinblick auf den Geldregen, der jetzt über Bayern herabprasselt: Leider muß ich feststellen, daß diese Staatsregierung wieder einmal der Versuchung erlegen ist, wahl- und ziellos Geld auszugeben, anstatt finanzielle Gestaltungsspielräume für die Zukunft zu schaffen. Das Tafelsilber ist verscherbelt und verteert, und wieder einmal ist eine Chance vertan, die Weichen für die Zukunft zu stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Nächster Redner ist Herr Kollege Schösser, dem ich hiermit das Wort erteile.

Schösser (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Ministerpräsident! Herr Kollege Alois Glück ist im Augenblick nicht anwesend; dennoch möchte ich zwei Vorbemerkungen machen.

Erstens. Ich habe mich an die Zeit erinnert, als ich acht Jahre alt war. Da kam eine Märchentante zu uns in die Schule. Es hat damals immer 50 Pfennig gekostet, wenn sie Märchen erzählt hat. Heute kostet es keine 50 Pfennig. Es war auch nicht 50 Pfennig wert, was Herr Kollege Glück als Märchenonkel hier erzählt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU: Oh!)

Zum zweiten.“ Gewerkschafter waren nie Maschinenstürmer. Das Zitat von Jakob Deffner taucht immer häufiger auf. Doch werden die folgenden Worte von ihm nie gelesen:

Der Auftrag der Gewerkschaften ist, Rationalisierungseffizienzen umzubauen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sozialverträglichkeit, darauf kommt es uns an im Zusammenhang mit Rationalisierung.

Ich sage ganz klar: Würden die Rationalisierungsgewinne endlich für eine gerechte Verteilung von Arbeit verwendet, gäbe es keine 4 Millionen Arbeitslosen in diesem Land. Das ist der entscheidende Ansatz, und genau den hat mein Kollege Deffner damals gemeint.

Im übrigen geht es darum, daß sowohl die Gewinne als auch die Löhne und Gehälter steigen. Wenn nicht, fehlt die Binnennachfrage, und dann wird nicht investiert, sondern mit den Gewinnen spekuliert. Hier müssen wir gegensteuern.

(Beifall bei der SPD - Dr. Scholz (SPD): Ja, noch nie waren die Aktienkurse so hoch!)

In den vergangenen Wochen und Monaten haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die bayerische Staatsregierung in zähem Ringen versucht, einen Beschäftigungspakt Bayern zu erarbeiten. Dieser Beschäftigungspakt soll zum Ziel haben, den Beschäftigungsabbau in bayerischen Betrieben zu stoppen, die Zahl der Arbeitslosen in absehbarer Zeit entscheidend zu verringern und ein ausreichendes Ausbildungsangebot zur Verfügung zu stellen. Der Berg erhob sich und ist nun dabei, ein relativ kleines Mäuslein zu gebären - aber gut, besser als gar nichts.

Über die Wochen hinweg waren die Arbeitgeberverbände sozusagen in kapitalistischer Schlachterstimmung. Sie hatten nur eines zum Ziel: Die in der Regierungsverantwortung Stehenden ihre üblen Auftragsarbeiten im Sozialabbau und bei der Senkung der Unternehmensteuern erledigen zu lassen. Sie wollen Sozialabbau, sie wollen Steuergeschenke, sie wollen einen Naturschutzpark, damit aus Vermögen leichter noch mehr Vermögen gemacht werden kann. Sie wollen jede Bequemlichkeit beim Abzocken, aber bringen wenig ein bei Produktinnovation, Investition, Kreativität und Leistungsvermögen.

Als Vorsitzender des DGB stehe ich zu den bis jetzt im Rahmen des Beschäftigungsprogramms gefundenen Kompromissen. Zufrieden bin ich nicht. Zwar gehen wir in einigen Bereichen einen gemeinsamen Weg; wo wir aber für Arbeitsmarktpolitik, Regional- und Strukturpolitik

sozusagen Autobahnen bauen sollten, werden lediglich Feldwege angelegt. Ich erkenne an, daß die Bayerische Staatsregierung mit einigen Tabus gebrochen hat, zum Beispiel die späte Einsicht, daß die Einrichtung eines Arbeitsmarktfonds und damit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf Landesebene unverzichtbar ist; daß eine verstärkte Förderung von Kursen für die Nachholung des Hauptschulabschlusses dringend vorangetrieben werden muß; daß eine schulinterne Bildungsoffensive zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen unabdingbar ist; daß die Anzahl der Ausbildungsstellen im Beschäftigungsbereich des Freistaates um 5 % erhöht werden muß - auch wenn mir lieber wäre, dies würde auf dem alten Niveau von 4000 Auszubildenden anstatt von jetzt nur knapp 3200 geschehen - und daß ein Abbau von Überstunden auch im öffentlichen Dienst zu neuen Beschäftigungsverhältnissen führt.

Wichtig ist auch, daß bei der Vergabe von Bauaufträgen vom Auftragnehmer eine Nachunternehmererklärung eingeholt wird, nach der mindestens 70 % der Leistungen durch den eigenen Betrieb des Auftragnehmers zu erbringen sind; denn trotz Entsendegesetz und trotz Schlichtungsverfahren für den Mindestlohn wollen die Arbeitgeber in der Bauwirtschaft offenbar die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifabschlusses verweigern. Damit wäre das gesamte Gesetzesverfahren obsolet.

Auf den göttlichen Rat von Engel Aloisius an die Bayerische Staatsregierung, die 40-Stunden-Woche für Beamte zurückzunehmen, warten wir allerdings noch immer ungeduldig. Ich sage ganz klar: Wer Beamten die 40-Stunden-Woche verordnet, das heißt, statt Arbeit Arbeitslosigkeit fördert, braucht sich nicht zu wundern, wenn seine Rechnung nicht aufgeht; denn würde weniger als 40 Stunden gearbeitet, brächte man vielleicht auch den einen oder anderen aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Entweder das Geld wird beim Freistaat bezahlt oder beim Herrn Jagoda, sprich bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Eine weitere wichtige gemeinsame Erkenntnis scheint mir zu sein, daß man die Wirtschaft nicht der Wirtschaft allein überlassen darf. Strukturerneuerungshilfen für Regionen mit großen Beschäftigungsproblemen müßten dringend vorgebracht werden. Ich denke dabei an die mittlere Oberpfalz, an Schweinfurt und an Oberfranken-Ost. Wichtig ist, daß mit zusätzlichen Finanzmitteln die Aufstockung der Fördermittel der EU für die strukturschwächsten Gebiete vorgebracht wird. Auch eine landeseigene Investitionsförderung für die vom Strukturwandel hart betroffenen Industriestädte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Augsburg sowie die Förderung von beschäftigungswirksamen Leitprojekten sind langjährige Forderungen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften, die nun endlich auch bei der Bayerischen Staatsregierung Priorität erhalten.

Zu einer erfolgreichen Standortpolitik gehört unverzichtbar auch, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß durch den gezielten Ausbau der Forschungsinfrastruktur betriebliche Innovationen angestoßen werden. Ohne die Frage beantworten zu können oder zu wollen, ob ein Forschungsreaktor mit oder ohne hochangereichertem Uran erforderlich ist, stehen der DGB und ich zu der Not-

wendigkeit, die Investitionen für einen neuen Forschungsreaktor aufzubringen. Aber, Herr Ministerpräsident, für wenig zielführend halte ich die Pläne bezüglich einer gezielten Senkung von Unternehmensteuern, einer weiteren Privatisierung von ureigenen öffentlichen Aufgaben und bezüglich eines rigorosen Sozialabbaus, im Gegenteil: Was in den letzten Wochen auf bayerischer Ebene mühsam an Beschäftigungsförderung und arbeitsmarktpolitischen Projekten erarbeitet worden ist, stößt nun der CSU-Vorsitzende mit seinem dicken Sparhintern als Finanzminister wieder um.

(Beifall bei der SPD)

Zwar verstärken wir auf bayerischer Ebene, wenn auch nur in bescheidenem Ausmaß, die Arbeitsförderung, in Bonn ist die CSU aber Helfershelfer dabei, daß die Mittel für die kontinuierliche Arbeitsmarktpolitik gekürzt werden. Auf der einen Seite wenden wir Millionen auf, auf der anderen Seite streichen wir Milliarden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir bemühen uns um beschäftigungspolitische Initiativen in den Regionen, während in Bonn mit Hilfe der CSU die Mittel für die Rehabilitation um 30 % gekürzt werden, wobei man in Kauf nimmt, daß in Bayern 20 Rehabilitationseinrichtungen geschlossen werden müssen und 4000 Beschäftigte dieser Einrichtungen ihren Arbeitsplatz verlieren, von weiteren 3000 Arbeitsplätzen ganz zu schweigen, die mittelbar mit Klinikbetrieben in Verbindung stehen.

Wir bemühen uns um mehr Ausbildungsplätze und darum, daß junge Menschen in den Arbeitsprozeß integriert werden können; in Bonn aber reicht die CSU die Hand für eine vorzeitige Erhöhung der Lebensarbeitszeit und macht die Ausbildungs- und Arbeitsplatzinitiativen vor dem Hintergrund von 4 Millionen arbeitslosen Menschen wieder zunichte. Wo bleibt eigentlich die Stimme Bayerns, wenn man Frauen nach einem anstrengenden Arbeitsleben kurz vor dem Erreichen der Altersgrenze eröffnen will, sie hätten noch drei oder gar fünf Jahre dranzuhängen, ehe sie Renten erhalten? Das hat sehr wohl mit Vertrauensschutz zu tun, Herr Glück; denn bei dem 1992 beschlossenen Rentenreformgesetz hat man gemeinsam an den Vertrauensschutz gedacht und ist davon ausgegangen, daß die betroffenen Frauen die Altersgrenze von 65 Jahren nicht vor 2012 erreichen werden - und das ist im Vergleich zu 2001 schon ein pikfeiner Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Wo erheben Sie Protest, Herr Ministerpräsident, wenn Rentenkürzungen bei zumeist unzureichend hohen Kleinrenten erzwungen werden, nur weil die Politik versagt und der Arbeitsmarkt wegen Rekordarbeitslosigkeit zu wenig Geld in die Sozialversicherungskassen bringt? Worin liegt die Logik, einerseits die Überalterung unserer Gesellschaft zu beklagen - mit allen negativen Auswirkungen auf die Rentenfinanzen -, andererseits aber Familien mit dem Mut zum Kind die versprochene Kinder-

gelderhöhung vorzuenthalten und die Freibeträge nicht zu erhöhen? Wie meineidig ist das Wort vom Sparen bei Arzneimitteln, bei Brillengestellen, beim Zahnersatz und bei der Zuzahlung von Reha-Maßnahmen? Ich frage mich immer, wer da eigentlich spart. Es wird nicht gespart, sondern der Versicherte trägt künftig die Kosten alleine. Der Lebensunterhalt für Kranke wird teurer, die Solidarität in der Gesellschaft wird kleiner. Darauf läuft die Bonner Politik hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es nicht um Sparen, sondern um Streichen und Kürzen, um Umverteilung von Lasten von oben nach unten. Die Reichen neiden den Armen mittlerweile den letzten Groschen. Verschämte Armut und unverschämter Reichtum spalten die Gesellschaft. Starke entziehen sich der Verantwortung, schwache Schultern müssen immer mehr Lasten tragen. Von jeder Steuermark kommen nur noch 10 Pfennig aus den Kassen von Unternehmen.

Eine Minderheit der Bevölkerung hortet Kapital und Vermögen, während die Mehrheit immer mehr Steuern und Abgaben zahlen muß. „Sparen kann durch nichts ersetzt werden“ sagen Sie, Herr Ministerpräsident. Frage: Für wen sparen wir eigentlich an dieser Stelle? Das alte Rezept der Wirtschaftspolitik, daß die Gewinne von gestern die Investitionen von heute und die Arbeitsplätze von morgen seien, dieses alte wirtschaftliche Rezept, das uns immer angeboten wurde, geht anscheinend nicht auf.

Was ist denn aus den Gewinnen Anfang der neunziger Jahre geworden? Die Unternehmen haben über eine ganze Zeitlang hinweg Gewinne in immenser Höhe geschoben. Es gibt nur zwei Jahre mit Gewinneinbrüchen, das sind die Jahre 1992 und 1993. Aber das, was dort an Einbruch verzeichnet wurde, ist 1994 und 1995 wieder hereingeholt worden, und wir haben das hohe Niveau wieder erreicht, das wir 1989 und 1990 vor dem Hintergrund einer Währungsreform und einer ungeheuren Nachfrage in den neuen Bundesländern hatten.

Das ist die Wahrheit. Insofern muß man Unternehmen am allerwenigsten schonen und muß am allerwenigsten darauf achten, daß Unternehmensteuern gesenkt werden

Daß ich richtig verstanden werde: Natürlich bin ich für mehr Gerechtigkeit im Unternehmerlager selbst. Dafür trete ich ein. Das ist längst überfällig.

(Zustimmung der Frau Abgeordneten Renate Schmidt (SPD))

Aber insgesamt ist unter dieser Rubrik bei den Gewinnen, die erzielt wurden, im Gesamtwirtschaftsbereich im Grunde nicht an einer globalen Unternehmensteuersenkung festzuhalten.

Arbeitnehmer haben in den letzten zehn Jahren keine Nettolohnzuwächse erhalten. Die Sozialquote ist seit 1975 zurückgegangen; sie liegt derzeit im Westen des Landes im übrigen bei 27 %.

Herr Ministerpräsident, da bin ich beim nächsten Punkt. Ich höre immer die Beispiele Österreich, Schweden, und was dort alles getan werde. Wissen Sie, was Sie dabei vergessen? - Sozialabbau findet in der Bundesrepublik Deutschland seit 1982 kontinuierlich jedes Jahr statt; und weil die anderen jetzt nachziehen müssen, nachdem wir Bedingungen geschaffen haben, die für diejenigen nahezu unerträglich geworden sind, weisen Sie auf diese und sagen, schaut an, die müssen auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen ein Beispiel, Herr Glück. Wenn ich in das Ausland komme und die hören dort die Deutschen jammern, dann sagen die immer, Freunde, ihr seid nicht Opfer, ihr seid Täter. In der „Süddeutschen Zeitung“ vom Montag jammert der Fiat-Chef darüber, daß die Lira zu hoch bewertet sei. Er sagt, Italien könne nicht den Masochisten spielen und um des guten Eindrucks willen eine Überbewertung der Währung hinnehmen; Roms Währung sei beim jetzigen Kurs gegenüber der Mark überbewertet.

Man muß sich das einmal vorstellen: Jeder zockt sozusagen unter seinen Standortbedingungen die Menschen in seinem Lande nach unten und versucht, ihnen zu nehmen, was er ihnen nehmen kann. Ich meine, das ist die verkehrte Strategie in Europa.

Sie sind ein großer Fan des Fußballs. Ich kann nur sagen, wir haben gemeinsame Regeln für das Fußballspiel, und zwar weltweit. Wir haben einen globalen Markt. Ich frage: Wann befördern wir endlich gemeinsame Regeln für das Wirtschaften in Europa? Dort, wo es freie Grenzen für Waren gibt, muß es auch eine gemeinsame Währung geben und da dürfen irgendwelche Konvergenzkriterien am Ende keine Rolle mehr spielen.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Dr. Weiß (CSU): Das ist ein Witz!)

Das ist der entscheidende Punkt. Mit der Aufwertung der Mark steigt sozusagen die Ware im Ausland.

Haben Sie schon mal von einer Gesellschaft gehört, die fast weltweit die stabilste Währung aber eine marode Wirtschaft hat? Dieses volkswirtschaftliche Lehrbuch kenne ich noch nicht. Ich weiß nicht, wo Sie das bisher gefunden haben. Insofern habe ich - -

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Herr Kollege, ich mache Sie darauf aufmerksam - ich habe das bereits mit Lichtzeichen getan -, daß Ihre Redezeit zu Ende ist.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Schösser (SPD): Ich komme zum Schluß. Ich glaube, bei aller globalen Einschätzung ist eines wichtig und notwendig: Es ist sicherlich ein Bündel von Maßnahmen erforderlich, um Strukturprobleme zu bewältigen. Ich denke da an die Veränderung der Personalpolitik in den Unternehmen. Außerdem denke ich an Überstunden und Arbeitszeitkonten. Ich denke an Arbeitsumverteilung und Flexibilisierung. Ich denke an Modernisierungs- und

Beschäftigungsprogramme der öffentlichen Hand. Ich denke an vernünftige und gemeinsame Innovationspolitik sowohl in der Energiefrage als auch in Grenzfällen, nämlich in der Bio- und Gentechnologie.

Ich denke an Maßnahmen zur massiven Arbeitszeitverkürzung; ich denke an Teilzeit und Teilrente, die besser ausgestaltet werden müssen als das heute der Fall ist.

Ich denke ferner an eine vernünftige Geldpolitik der Deutschen Bundesbank. Die ist längst überfällig. Die Zinsen in diesem Lande sind zu hoch. Außerdem denke ich an eine gemeinsame Sozial- und Währungspolitik auf europäischer Ebene.

Wenn wir in diesen Punkten vorankommen, kann manches von dem Gruselkatalog, den Sie uns täglich darbieten, auf dem Scheiterhaufen der Sozialpolitik landen und muß nicht an Menschen vollzogen werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Prof. Dr. Stockinger (CSU): Setzen!)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Ministerpräsident das Wort. Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren! Zunächst ein Dankeschön in besonderem Maße an Kollegen Glück für die Unterstützung und auch die Bewertung des Programms. Ich habe eigentlich von allen Rednerinnen und Rednern relativ wenig Konkretes zu dem Programm gehört. Frau Kollegin Kellner, ich muß Ihnen ganz offen sagen, daß Sie es sich ein bißchen leicht machen. Ich weiß nicht, ob Sie dabei nur den Eindruck erwecken wollen, oder ob sich der Eindruck so verfestigt, als machten Sie all diese Maßnahmen, die von den Betroffenen dringend erwartet werden, ein bißchen lächerlich. Damit werden Sie aber der Aufgabe, die die Politik insgesamt für dieses Land hat, mit Sicherheit nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ich formuliere auch sehr vorsichtig. Die Menschen warten dringend auf entsprechende Unterstützung durch die Politik, und wir sind im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern - dazu werde ich noch etwas sagen - in der Lage, weiterhin politische Rahmenbedingungen und Hilfen zu geben. Sie kritisieren, man habe im Vorfeld gewisse Erwartungen geweckt. Dabei verkennen Sie, daß die Leute in Scharen zum Kollegen Wiesheu und natürlich auch in die Staatskanzlei kommen. Wir sind gefordert und sprechen mit Betriebsräten und Unternehmensleitungen. Wir müssen Erwartungen zerstören, weil die Leute glauben, die Politik könne unternehmerische Fehler schlechthin bereinigen.

Wir bedenken altindustrielle Gebiete mit besonderer Förderung. Wir erweitern die Regionalprogramme für die genannten Städte Nürnberg, Augsburg und Fürth, obwohl wir das eigentlich mangels Masse nicht könnten, was uns aber Gott sei Dank mit den Privatisierungserlösen möglich ist. Angesichts dieser Anstrengungen beleidigen Sie mit Ihrem Versuch, dies lächerlich zu machen, all die Betriebsräte, die ständig bei Otto Wiesheu und mir vorsprechen und den Staat um Hilfe bitten.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie glauben, wir würden diese Initiativen alleine zum Machterhalt oder zur Machtgewinnung in irgendeiner Stadt ergreifen, dann verkennen Sie wiederum, daß es mir in erster Linie um die Probleme dieser Städte als solcher geht, und zwar unabhängig davon, wer letztlich die kommunale Verantwortung trägt. Das können Sie mir abnehmen. Mir geht es zum Beispiel um die spezifischen Probleme Nürnbergs. Dabei gibt es eine Reihe von Problemen, die dort selbst verursacht wurden. Ich will das aber jetzt nicht weiter ausführen.

Mich stört nicht der Inhalt, sondern die Art und Weise Ihrer Ausführungen, mit denen Sie hier das Bemühen lächerlich zu machen versuchen, die Regionalförderprogramme etwas zu erweitern und die knappen Mittel für diese Dinge zu erhöhen, damit wir einigermaßen an die Ostförderung herankommen. Das darf man nicht so darstellen und so lächerlich machen, wie Sie das hier getan haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einen zweiten Punkt aufgreifen. Herr Kollege Schösser, wir haben in unterschiedlicher Funktion und aus unterschiedlichen Positionen heraus eine Menge miteinander zu tun. Das respektiere ich auch in dem Wissen, daß Sie die Auffassung der Staatsregierung in manchen Dingen respektieren; auch wenn Sie sie nicht akzeptieren. Das ist der normale Umgang miteinander.

Eine Äußerung ging mir aber doch über die Hutschnur. So etwas habe ich noch nie gehört, von keinem Politiker der SPD und von keinem Verantwortlichen des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie sagten, bei den Bemühungen, eine europäische Währung zustandezubringen - ohne Zweifel brauchen wir sie - dürften die Konvergenzkriterien keine Rolle spielen. Das halte ich für eine unerträgliche Aussage, die niemals akzeptiert werden kann.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich will das nicht ausdehnen, weil wir uns in dieser Frage vielleicht bei einer anderen Gelegenheit auseinandersetzen.

Eines muß ich deutlich machen: In der deutschen Politik - hier unterscheide ich nicht zwischen CDU/CSU und SPD, sofern ich die Verantwortlichen der SPD am Bundesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden im Bundestag festmachen kann - gibt es die relativ einheitliche Meinung, die vom Bundeskanzler, Bundesfinanzminister und der Bayerischen Staatsregierung hart vertreten wird: Die Konvergenzkriterien dürfen nicht aufgeweicht werden

(Schösser (SPD): Das werden sie jetzt auch nicht!)

Man darf auch den Rahmen nicht ausschöpfen, den der europäische Vertrag ermöglicht. Diese Diskussion werden wir im nächsten Jahr bekommen. Ich möchte nur ein Beispiel aus einer ganzen Reihe nennen: Die rationale Zustimmung der Bevölkerung - die emotionale bekommen Sie nie - zum Euro in Deutschland bekommen Sie nur dann, wenn Sie klarmachen, daß der Euro so hart ist wie die Deutsche Mark; einige sagen sogar: mindestens so hart.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Schösser (SPD))

Wenn Sie in der politischen Diskussion die Konvergenzkriterien dermaßen abqualifizieren, schaffen Sie, vielleicht ohne es zu wollen, eine verheerende Unsicherheit in der Bevölkerung.

Ich sage Ihnen, warum ich einer Aufweichung der Konvergenzkriterien niemals zustimmen werde. Viele Bürger, bis hin in die Facharbeiterschichten, haben sich in den vergangenen 40 Jahren ein gewisses Vermögen erwirtschaftet. Dieses Vermögen ist in DM angelegt. Wir sagen den Leuten: Dein Vermögen, deine Lebensversicherung, dein Sparguthaben wird zwar in Euro umgewandelt, aber das ist keine Währungsreform. In dem Moment, in dem die Konvergenzkriterien aufgeweicht werden, ist der Euro nicht mehr so hart wie die DM, so daß die Menschen nicht mehr das besitzen, was sie sich mühsam erspart haben. Das wäre eine Enteignung. Niemals.

(Beifall bei der CSU - Schösser (SPD): Das ist absoluter Unfug, was Sie erzählen!)

- Ich will das hier nur richtigstellen. Wenn ich Sie falsch verstanden habe, können Sie das irgendwann zurecht-rücken.

(Zuruf des Abgeordneten Schösser (SPD))

Ihre Aussage zu den Konvergenzkriterien hat mich elektrisiert.

(Fortgesetzte Zurufe des Abgeordneten Schösser (SPD) - Gegenrufe von der CSU: Hören Sie doch einmal zu! - Unruhe)

Sehr geehrte Frau Schmidt, ich halte es nicht für unter der Würde des Ministerpräsidenten, in der wichtigen strukturpolitischen Frage, ob die Villa Massimo nach München kommt oder ob man einer anderen Stadt die Chance gibt, wobei es um 25 Millionen DM geht, mit dem Oberbürgermeister, auch zur Nachtzeit, zu sprechen

(Frau Renate Schmidt (SPD): Hui, auch noch nachts!)

und ihn zu fragen, ob er eine Möglichkeit sähe, dabei einen Anteil zu erbringen. Ganz im Gegenteil: Es ist eine Selbstverständlichkeit, ja geradezu eine Bringschuld, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu reden.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Sie haben ihm die Entscheidung bekanntgegeben! Betreiben Sie doch keine Falschmünzerei!)

- Sie haben wahrscheinlich zu wenig Kontakt zu Ihren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern; deswegen haben Sie Probleme.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Frau Renate Schmidt (SPD): Die Presseerklärung liegt vor!)

Sie beurteilen offenbar die Arbeit des Ministerpräsidenten und der Staatsregierung danach, wie oft der Ministerpräsident im Parlament anwesend ist. Meine Damen und Herren, es kommt auf die effiziente Arbeitsleistung für dieses Land an, die nicht nur hier stattfindet.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Frau Renate Schmidt (SPD): Höhere Arbeitslosigkeit, höhere Preise und höhere Schulden!)

Vielleicht schätzen Sie es nicht, sich in den Fachfragen mit meinem Kollegen Faltthäuser, mit dem bayerischen Finanzminister oder mit dem bayerischen Wirtschaftsminister auseinanderzusetzen; das ist aber Ihr Problem, das ich Ihnen leider nicht abnehmen kann.

Eine Bemerkung zur Privatisierung: Ich habe bei Ihnen und bei den anderen Rednerinnen und Rednern der Opposition eine ambivalente Haltung zur Privatisierung festgestellt. Einerseits beklagen Sie, daß man ein so großartiges Unternehmen wie das Bayernwerk nicht mehr besäße, die Dividenden verlöre und Vermögenswerte in der Zukunft nicht mehr in der Hand habe. Andererseits machen Sie jetzt eigene Vorschläge - Kollege Glück hat sie genannt -, anders als noch im Sommer 1994, als Sie die Privatisierung und die Verwendung der Mittel generell kritisiert haben.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Wir wollen von Fall zu Fall entscheiden!)

Dann legen Sie Vorschläge vor, die allesamt nicht grundstockskonform sind. Der Hauptteil Ihrer Vorschläge wäre, wenn sie denn realisiert würden, ein Verstoß gegen Artikel 81 der Bayerischen Verfassung. Schauen Sie sich das einmal genau an. Bei den Haushaltsberatungen können Sie Ihre Vorschläge weiterhin einbringen.

Noch eine gewisse Aufklärung:

(Heiterkeit)

Wir werden alle noch einmal froh darüber sein, daß wir uns zur rechten Zeit auch von Energieversorgungsunternehmen getrennt haben. In diesem oder im nächsten Jahr werden wir einen fast offenen Energiemarkt in Europa haben. Dann werden unsere Energieversorgungsunternehmen, vor allem die norddeutschen Energieversor-

gungsunternehmen, die auf Kohlebasis und zum Teil auf Ölbasis operieren, ganz enorme Probleme mit den französischen Energieversorgungsunternehmen bekommen, die nur darauf warten, ihren preisgünstigen Strom aus Kernenergie in Deutschland und Europa zu verkaufen.

Das Bayernwerk war zwar immer eine Perle der bayerischen Industrie und ist es auch heute noch, aber es muß morgen oder übermorgen umstrukturieren, um in einem geöffneten europäischen Industriemarkt seine Bedeutung behaupten zu können. Frau Kollegin Schmidt, mit Verlaub, das haben Sie nicht richtig gesehen. Wir haben das Bayernwerk nicht verscherbelt. Sie scheinen vergessen zu haben, daß wir Anteilseigner eines viel größeren Unternehmens geworden sind, nämlich der Viag mit etwa 100 000 Mitarbeitern. Dieses Unternehmen gehört zu den Top Ten in Deutschland und wird in Zukunft, zum Beispiel durch Zusammenarbeit mit British Telecom, zu den Top Ten in Europa gehören. Für mich war es eine weitreichende Entscheidung, aus der tradierten Besitzerhaltung gegenüber einem Energieversorgungsunternehmen herauszukommen, das morgen oder übermorgen nicht mehr das wert sein wird, was es heute ist, und eine ganz andere Position zu erreichen.

(Lachen bei der SPD - Dr. Ritzer (SPD): Der Aufsichtsrat wird sich freuen! Das ist geschäftsschädigend! Wer schützt die Bayerwerke vor dem Ministerpräsidenten?)

Meine Damen und Herren, Sie haben ausgeführt, wir hätten 1992 76 Millionen DM Dividende gehabt.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Vor Steuer!)

- Ja, brutto.

Ich darf Ihnen sagen: Wir haben 1995 statt 76 Millionen DM, die Sie genannt haben, letztes Jahr von der Viag - auch vor Steuer - 51,7 Millionen DM Dividende und für 1996 bereits 62 Millionen DM erhalten. Das heißt, wir erreichen mit der 2sprozentigen Beteiligung bei Viag nahezu die Dividende, die wir von den Bayernwerken bekommen haben

(Frau Renate Schmidt (SPD): Sie müssen doch dieselben Jahre vergleichen!)

plus die erreichten Erlöse. Das wird von Ihnen falsch gesehen.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Milchbübchenrechnungen am laufenden Band!)

Wir haben die wirtschafts- und strukturpolitische Entscheidung getroffen: Weg von der Besitzerhaltung und hin zu der gestalterischen Haltung eines anderen Unternehmens, das eine größere Bandbreite hat.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Den 76 Millionen DM stehen jetzt 46 Millionen DM im selben Jahr gegenüber!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun kommt der letzte Punkt - die Versicherungskammer. Auch hier will ich noch einmal deutlich machen - denn das haben Sie auch beklagt, zumindest zwischen den Zeilen -, daß mit der Öffnung des europäischen Marktes die Herausforderung für die Versicherer ganz anders geworden ist, als sie vor zwei oder drei Jahren war. Das heißt, die Bayerische Versicherungskammer muß sich ganz enorm umstrukturieren, um dem internationalen Wettbewerb und dem offenen Markt in Europa Paroli bieten zu können.

Es war die Entscheidung der Staatsregierung gemeinsam mit der CSU-Fraktion, diese Belastung, nämlich ein Versicherungsunternehmen neu zu strukturieren, damit es wettbewerbsfähig bleibt, abzugeben; denn das ist keine Aufgabe, die der Staat zu erbringen hat. Deshalb wurde diese Entscheidung getroffen und nicht nur wegen des Erlöses. Sie wurde vor allem aus strukturpolitischen Gründen getroffen: Stärkung der Sparkassen, Einstellung auf neue Dienstleistungen, Entlastung der Bayerischen Staatsregierung oder des Staates von den enormen Aufgaben. Hinzukommt die Möglichkeit, den Erlös strukturell für Bayern einzusetzen. Das ist eine richtige Entscheidung. Ich wiederhole es noch einmal: Beide Entscheidungen rechnen sich hervorragend, beide Kaufpreise sind nicht angegriffen worden. Auf der anderen Seite hat man sich beklagt, daß die Kaufpreise zu hoch gewesen seien. Ich bin der Meinung, das waren exzellente Kaufpreise, wir haben exzellent erlöst und setzen das vernünftig ein.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Alternative, und wir haben dazu in diesem Hause und anderswo fundamental unterschiedliche Auffassungen. Wir treten mit diesen unterschiedlichen Auffassungen an die Bürgerinnen und Bürger heran. Wir werden sehen, was die Bürgerinnen und Bürger im Lande von diesen Entscheidungen, die wir vorbereitet haben, und die demnächst im einzelnen ausgestaltet werden müssen, halten.

Nun zu einer Bemerkung, die bei Ihnen, Frau Schmidt, und bei Ihnen, Herr Schösser, durchgängig ist. Sie haben sich sehr stark mit dem Wachstums- und dem Beschäftigungspaket und dem sogenannten Sparpaket beschäftigt, vom Kaputtsparen und ähnlichem gesprochen. Die gleiche Debatte läuft heute im Deutschen Bundestag. Erlauben Sie mir deshalb, diese zwar nicht zu kopieren, aber eine kurze Anmerkung zu machen, um unsere Position darzustellen. Herr Kollege Glück hat versucht, Ihnen unsere Position glaubhaft darzubringen, indem er jemanden zitiert hat, der stets betont, daß er der Sozialdemokratie nahestehe. Der frühere Regierende Bürgermeister von Hamburg, Herr von Dohnanyi macht sich über die wirtschaftlichen Fragen viele Gedanken. Ich könnte auch andere zitieren. Sie machen meines Erachtens den großen Fehler, die Globalisierung zu beklagen.

(Schösser (SPD): Wir stellen es fest!)

- Ja, beklagen.

(Schösser (SPD): Nein!)

- Sie stellen sie nicht nur fest, sondern Sie beklagen sie.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das hätten Sie gerne, aber das ist nicht so!)

- Sie beklagen sie,

(Unruhe bei der SPD)

weil es für uns enorme Schwierigkeiten mit sich bringt. Sie sprechen von den Fußballregeln. Das ist verdammt schwierig, weil Sie selbst in Europa solche Regelungen nicht durchsetzen können.

Der Abbau der Arbeitslosigkeit in Großbritannien, ein wichtiger Markt innerhalb der Europäischen Union

(Schösser (SPD): 200 000 in 13 Jahren!)

ist ein Beispiel.

(Schösser (SPD): 2,9 Millionen!)

- Sie können das so machen, lassen Sie mich das aber ausführen. Sie können dann eine andere Auffassung vertreten. Lassen Sie mich das aber erst ausführen.

Sie werden das in der Welt nicht mehr beeinflussen können, weil die nationalen und die regionalen Egoismen und die Unterschiedlichkeiten der Lebensstandards so ungeheuer groß sind und die Welt durch die moderne Technik ineinander vernetzt ist; Sie können zum Beispiel das Design in Deutschland entwickeln, die Dienstleistung in Indien machen lassen, in Malaysia produzieren lassen und das Produkt in Amerika oder anderswo verkaufen. Diese Situation gab es vor 20 und auch vor 10 Jahren in dieser Dichte nicht. Leider gibt es in dieser Welt unterschiedliche Wertvorstellungen und unterschiedliche Einstellungen. Wir haben in Europa enorme Probleme, weil die Sozialstandards in Europa ungeheuer unterschiedlich sind und ein Land überhaupt nicht bereit ist, die sozialen Mindeststandards zu zeichnen und geradezu stolz darauf ist, sie nicht zu zeichnen und zu sagen, das wäre ein Grund,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser (SPD))

aus der Europäischen Union auszutreten. Das macht uns viele Schwierigkeiten.

(Max von Heckel (SPD): Warten wir auf das nächste Jahr!)

- Wahrscheinlich macht es nicht viel Sinn, aber ich versuche es trotzdem darzustellen. Zu glauben, man könne unsere Standards zum Maßstab Europas bzw. der Welt machen, wäre zwar schön, ist aber unreal.

(Schösser (SPD): Wer sagt das!)

Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir unseren Standort attraktiv gestalten können. Ich sage

Ihnen voraus, Frau Schmidt, unter Gerechtigkeits- und Verteilungsgesichtspunkten klingt das außerordentlich edel zu sagen, man wolle versicherungsfremde Leistungen damit zahlen, daß eine Vermögensabgabe erhoben wird, mit der 30 Milliarden DM eingenommen werden, wie Herr Lafontaine vorgeschlagen hat. Die Vermögensteuer soll nicht beseitigt werden, sondern zusätzlich zu den 9 Milliarden DM Vermögensteuer sollen 30 Milliarden DM Vermögensteuer erhoben werden. Damit sollten die versicherungsfremden Leistungen gezahlt werden. Das klingt wunderbar und geht schön auf

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scholz (SPD))

Das hätte vielleicht eine Chance, wenn wir heute noch fest abgegrenzte Grenzen hätten und wenn das Kapital auf dem deutschen Markt zwangsweise festgehalten werden könnte. Da das Kapital so beweglich ist wie noch nie und Sie es dort versteuern wollen, wo es eingesetzt wird, besteht das Problem, daß man mit einer solchen Vermögensteuer - auch wenn es aus Gründen der Gerechtigkeit nachvollziehbar wäre - die Abwanderung des deutschen Kapitals ins Ausland fördert und keine ausländische Mark für die Investitionen bekommt.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Frau Schmidt, unser Problem besteht doch nicht darin, daß wir Löhne zahlen wollten wie im asiatischen Raum. Das wäre völlig unmöglich.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Das habe ich doch gar nicht behauptet! Das sagen Sie!)

Auch wenn Sie es nicht behauptet haben, müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen, daß unser Problem nicht Asien ist. Unser Problem ist das Auslandskapital. Wohin gehen 80 bis 85 % des deutschen Kapitals? Nach Frankreich, nach England und in die Vereinigten Staaten von Amerika, in Länder, die eine ähnlich gute Struktur wie wir haben. Das ist unser Problem. In Asien sind wir nur mit 1 % des Auslandskapitals beteiligt. Das ist viel zu wenig. Die deutsche Wirtschaft hat sich viel zu lange nur auf Europa konzentriert und Asien viel zu spät ins volle Visier genommen. Diese Versäumnisse müssen wir jetzt aufholen und dabei passieren natürlich auch Fehler. Hier liegt doch der Hase im Pfeffer.

Die Strukturen in Italien, in England, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika sind ähnlich wie unsere Strukturen. Die Bedingungen, bestimmte Teile zu produzieren, sind aber dort wesentlich günstiger. Das ist doch unser entscheidendes Problem. Herr Schösser, wir müssen uns vielmehr darüber unterhalten, welche Auswirkungen es haben kann, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika mit der Europäischen Union verhandeln. Sie tun es gegenwärtig, Herr Kronawitter, und sie wollen die TAFTA. Das würde aber bedeuten, daß die Vereinigten Staaten von Amerika zu einem wesentlichen Teil zum Wirtschaftsraum Europas gehören würden. Dann konkurrieren wir nicht mehr nur mit England, sondern auch mit Amerika und mit dem System des „hire and fire“. Das wird ungeheuer schwierig werden.

(Schösser (SPD): Mit der Kriminalität von New York? Ist das erstrebenswert?)

Sie müssen sich vor Augen halten, daß diese Verhandlungen laufen. Sie können sie verzögern und Sie können sich darum bemühen, Regeln einzubauen.

(Schösser (SPD): Wollen Sie heuern und feuern?)

Das ist doch nicht mein Bild, das wissen Sie ganz genau. Ich sage nur, Sie müssen sich darauf einstellen. Und deshalb müssen der Standard und die Kosten bei uns gesenkt werden, sonst schaffen wir es nicht. Wenn wir von 1200 Milliarden DM, die wir für den Sozialstaat ausgeben,

(Coqui (SPD): Was heißt hier für den Sozialstaat?)

20 bis 25 Milliarden DM einsparen, dann sind das 2 % unseres gesamten Sozialvolumens. Hier von Kaputtsparen, von Obszönitäten oder von Raub zu sprechen, ist verbal übermäßig. Damit werden Sie der Sache nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Schmidt, ich darf einmal ganz kurz zur Nullrunde kommen. Ich will es Ihnen wirklich ersparen, die Haushaltsdaten von Nordrhein-Westfalen und von Hessen aufzuzählen.

(Coqui (SPD): Wir sind hier in Bayern!)

Alle Ministerpräsidenten, auch die der SPD - Henning Voscherau, Gerhard Schröder und Hans Eichel, ich nenne hier Roß und Reiter - fordern die Nullrunde. Sie fordern nicht nur die Nullrunde, sondern auch die Absenkung des Weihnachtsgeldes, wo ich nicht mitmachen würde. Das sage ich ganz offen.

(Dr. Schade (SPD): Noch nicht! - Frau Renate Schmidt (SPD): Einheitliches Weihnachtsgeld, das wäre ein vernünftiger Vorschlag!)

- Frau Schmidt, Sie können als Oppositionsführerin hier doch nicht eine Position einnehmen, die alle Ministerpräsidenten, die Ihrer Partei angehören und die in der Regierungsverantwortung stehen, aus der Not heraus ablehnen. Schauen Sie sich doch die Haushaltszahlen an

(Frau Renate Schmidt (SPD): Es wäre vernünftig, das Weihnachtsgeld in der Höhe zu begrenzen!)

Die Probleme liegen bei den anderen Ländern doch auch darin, daß sie sich nicht mehr bewegen können. Schauen Sie sich einmal die Größenordnungen an. Niedersachsen hat einen Haushalt mit einem Volumen von insgesamt 38 Milliarden DM. Dieses Land hat in diesem Jahr eine Nettoverschuldung von 3,5 Milliarden DM, aber eine Verschuldung mit steigender Tendenz. Ministerpräsident Schröder kann mit der Nettoverschuldung nur dann unter

4 Milliarden DM bleiben, wenn er in seinem Haushalt jetzt noch 3 Milliarden DM oder 2 Milliarden DM einspart.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Der hat auch die Altlasten von Ernst Albrecht übernommen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vergleichen Sie damit einmal die bayerische Situation. Unser Haus hat ein Volumen von 60 Milliarden DM, die Nettokreditaufnahme liegt unter 2 Milliarden DM. Wir versuchen ohne Haushaltssicherungsgesetz durchzukommen und machen eine Strukturveränderung.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Ich sage nur CDU und Ernst Albrecht!)

Wenn Sie die Politik, die in unserem Lande betrieben wird, auf diese Art und Weise qualifizieren, müßten Sie die Kolleginnen und Kollegen in den Staatskanzleien SPD-regierter Länder von heute auf morgen geradezu aus dem Amt jagen.

(Beifall bei der CSU - Frau Renate Schmidt (SPD): Wir werden sehen, was dabei herauskommt! Wir sind ganz getrost! Ihre Nullrunde können Sie sich an den Hut stecken!)

Die entscheidende Frage ist doch die der Arbeitsmarktkosten und der Lohnzusatzkosten. So einfach geht es aber auch nicht. Die Ministerpräsidenten wissen noch gar nicht, wie sie die versicherungsfremden Leistungen einheitlich definieren sollen. Deshalb haben sie jetzt die Arbeits- und Sozialministerkonferenz beauftragt, eine einheitliche Linie durchzusetzen. Wir beauftragen damit ein Institut, weil es zwischen 30 Milliarden DM und 100 Milliarden DM eine ungeheure Diskrepanz gibt.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Aber es gibt Einigkeit, und wir müssen anfangen!)

Es wäre doch ein Fehler zu glauben, versicherungsfremde Leistungen - lassen wir einmal das Volumen weg - könnten durch Steuererhöhungen, egal ob Okosteuer, Mehrwertsteuer oder ähnliches ausgeglichen werden.

(Schösser (SPD): Aber in keinem anderen Land passiert so etwas über die Sozialversicherungsbeiträge!)

In einer Phase mit 0,5 % Wachstum brauchen wir Stabilität und Vertrauen in die Wirtschaft, um die Konjunktur in Bewegung zu bringen und unsere Strukturprobleme zu lösen. Wir lösen sie doch besser in einem konjunkturellen Hoch als in einem konjunkturellen Tief. Wenn Sie jetzt schon Steuern als Ersatz für versicherungsfremde Leistungen in Erwägung ziehen, tun Sie genau das Gegenteil von dem, was richtig wäre, nämlich sparen, investieren und Zuversicht erzielen.

(Schösser (SPD): Sie zahlen staatliche Leistungen aus der Sozialversicherungskasse!)

Ein Letztes, meine Damen und Herren. Sie wollen mehr Personal im öffentlichen Dienst, die 40-Stunden-Woche abbauen und ähnliches. Ich kenne diese Diskussion seit langem. Die CSU und die Bayerische Staatsregierung haben die Wochenarbeitszeit der Beamten mitten im Wahljahr 1 994 erhöht. Ich bin dafür auch noch von anderen Ministerpräsidenten mit Ausnahme von Frau Simonis kritisiert worden. In der Zwischenzeit haben alle Ministerpräsidenten auf Krickenbeck beschlossen, daß die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt wird. Die meisten haben sie bereits bei den Lehrern, jetzt wird sie generell in allen Ländern eingeführt, weil sich die Ministerpräsidenten nicht mehr hinaussehen.

In zehn bis zwanzig Jahren werden die Versorgungslasten unser Problem sein.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Weil Sie keine Vorsorge betrieben haben!)

Wir zahlen in diesem Land für 80 000 Versorgungsempfänger 4 Milliarden DM. Auf die Versorgung haben die Leute natürlich einen Anspruch.

(Coqui (SPD): So wie die Rentner auf die Rente!)

Wir müssen aber die überproportionale Steigerung der Versorgungslasten vermeiden. Das schaffen Sie aber nicht, wenn Sie fordern, der Staat müsse gewissermaßen die Arbeitslosen verbeamten. Wir können den öffentlichen Dienst doch nicht als den Ersatzarbeitgeber für die notleidende oder die nicht einstellungsfreudige Wirtschaft sehen.

(Schösser (SPD): Aber der Staat muß sich antizyklisch verhalten!)

Wir-finanzieren den öffentlichen Dienst doch aus den Steuergeldern, und die Steuergelder müssen vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Selbständigen zahlen. So können wir es nicht machen.

Es bleibt leider nichts anderes übrig, als einzusparen. Die Einsparungen sind notwendig. Ich sage Ihnen ganz offen, daß die Einsparungen sicherlich auch für die Politik eine ganz enorme Herausforderung darstellen, weil selbstverständlich auch Schwache sparen müssen. Das ist überhaupt keine Frage.

Die Politik ist hier enorm herausgefordert.

Es hilft Ihnen aber gar nichts: Sie besetzen im Moment die Themen, indem Sie gegen alle oder fast alle Sparmaßnahmen sind. Das haben wir doch gestern wieder erlebt. Was Sie gestern beim Asylbewerberleistungsgesetz gemacht haben, bedeutet weitere Belastungen für die Kommunen. Sie haben gestern eine ganz entscheidende Entlastung verhindert. Das werden wir auch noch deutlich machen.

(Beifall bei der CSU)

Die Sozialhilfereform, die Sie gestern im Vermittlungsausschuß abgelehnt haben, kostet die Kommunen und auch das Land massig Geld. Sie werden sich alle noch anschauen. Über kurz oder lang werden die Bundesergänzungszuweisungen für diejenigen Länder, die am Tropf des Bundes hängen, nicht mehr wie bisher laufen. Das ist aber ein Punkt, der morgen zu behandeln ist.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind gegen alles oder fast alles. Ich sage Ihnen aber auch etwas Erfreuliches. Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Akzeptanz an. Die Bundesregierung und die CSU, die ich als Teil dieser Bundesregierung nennen darf, trägt schwierige Entscheidungen und schwierige Beschlüsse. Sie stoßen selbstverständlich auf emotionalen Widerstand bei den Menschen. Das ist überhaupt keine Frage. Sie hingegen machen es sich sehr einfach. Sie nützen - das ist Ihr gutes Recht - diesen Widerstand aus und suggerieren den Menschen, Sie könnten all dies abwenden.

In den Ländern, in denen Sie regieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehen Sie bis an die Schmerzgrenze und darüber hinaus. Dazu brauche ich mir nur anzusehen, was im Lehrerbereich in Niedersachsen und in Hessen eingespart wird. Hier aber führen Sie eine riesige Auseinandersetzung. Schauen Sie sich einmal die Schulsituation in den anderen Ländern an.

(Beifall bei der CSU)

Dort, wo Sie regieren, müssen Sie, wenn Sie gestalterisch tätig sein müssen, selbst die Verantwortung übernehmen. Ich sage auch: Ich halte es nicht für gut, wenn

ein Teil der Politik den Menschen suggeriert, wir kämen ohne Änderungen wie andere Länder in Europa zu Rande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daher stelle ich fest: Wir haben heute in Deutschland nach wie vor ein hohes Maß an Akzeptanz hinsichtlich der politischen Kompetenz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein und unser oberstes Ziel ist, Bayern stark zu erhalten und stark zu machen, liebenswert zu erhalten und noch liebenswerter zu machen. Ich glaube, daß das, was die Staatsregierung heute vorgelegt hat, nicht ein simpler Haushalt ist, Frau Kellner, sondern eine Leitlinie der Politik schlechthin. Das ist schon eine Aufgabe, die der Regierungschef dann selbst dem Parlament vortragen muß und auch vortragen soll, um den Menschen im Lande klar zu machen: Wir wollen die Milliarden, die wir durch gute Politik erwirtschaftet haben, sinnvoll einsetzen, damit in Bayern die Uhren weiterhin anders gehen als in den anderen Teilen Deutschlands. Das sehe ich als meine Aufgabe an.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen und Ihren Familien angenehme, erholsame, besonders sonnige Pfingstfeiertage.

(Schluß: 14.35 Uhr)